

Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums
für Bildung und Kommunikation in
Migrationsprozessen (IBKM) an der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Nr. 57

Herausgegeben von
Rudolf Leiprecht, Inger Petersen, Winfried Schulz-Kaempf

Dieter Brühl (Hrsg.)

Kultur und Entwicklung

Theoretische und praktische Beiträge
zur soziokulturellen Ausrichtung
der Entwicklungszusammenarbeit



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Gedruckt mit durch den AStA bewilligten Mitteln der Verfassten
Studentenschaft der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Oldenburg, 2011

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2211-0

Inhalt

Abbildungsverzeichnis

Einleitung 7

Dieter Brühl
Einführung in die Themenstellung: Kultur und Entwicklung 15

Dorothea Czarnecki, Tanja Wilmink
Familie und Entwicklung 45

Dieter Brühl, Dorothea Czarnecki, Norris Haberland
Autonomie, Selbstverwaltung und Partizipation als Wege für den
erfolgreichen Techniktransfer in ländliche Armutsgegenden in
Entwicklungsländern 93

Britta Malinski, Norris Haberland
Soziokulturelles Monitoring 115

Norris Haberland
Kulturorientierte Alternativen in der Finanzierung von Projekten der
Entwicklungszusammenarbeit 131

Fazit 145

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Urbanisierung	62
Abb. 2:	Zwei Strategien der Entwicklungszusammenarbeit	82
Abb. 3:	Wirkmonitoring und Soziokulturelle Begleitung	112

Einleitung

Mit der für 2011 geplanten Fusion ihrer drei bedeutendsten staatlichen Organisationen InWent, dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) steht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vor einem neuen Abschnitt in ihrem bisherigen Bestehen. Die bevorstehende Neuordnung soll, so Staatssekretär Beerfeldt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), in einer partizipativen Vorgehensweise gestaltet werden, bei der insbesondere der Dialog mit den Partnerländern gesucht werden soll.¹ Das wäre ein guter Ansatz – allerdings sind bislang Hinweise, dass künftig von einem tatsächlichen gegenseitigen Austausch und einem Abbau des bestehenden Machtgefälles der EZ-Partner auszugehen ist, schwer zu finden. Dabei wäre die geplante Umstrukturierung eine gute Gelegenheit, auf derart gerichtete Veränderungen in der EZ hinzuwirken und zu fragen, wie auf die kulturelle Identität der Partner eingegangen werden kann. Die bisherigen Stellungnahmen deuten jedoch darauf hin, dass die Reformbemühungen vor einem vorwiegend wirtschaftlichen Hintergrund stattfinden. So werden als hauptsächliche Beweggründe der Reform die „Steigerung der Effektivität und Effizienz“ genannt mit der Perspektive, die deutsche Technische Zusammenarbeit „zum Exportschlager“ auszubauen.

Diese Vorgehensweise wäre deshalb unbefriedigend, weil der bevorstehende Umbruch die Gelegenheit böte, bestehende Paradigmen der EZ kritisch zu hinterfragen. Insbesondere sollte es darum gehen, die Bedürfnisse und Interessen der sog. Entwicklungsländer in größerem Umfang als dies bisher der Fall ist, in das politisch-institutionelle Handeln einzubeziehen. Dies schließt das bisherige Versäumnis der EZ mit ein, die kulturelle Selbstbestimmung der Partnerländer zu wahren und zu fördern. So stellte bereits der Human Development Report 2004² unmissverständlich fest, dass die Wahrung kultu-

1 <http://www.inwent.org/ez/articles/176441/index.de.shtml>.

2 Herausgegeben von dem United Nations Development Programme.

reller Identität einen zentralen Baustein für die Lebensgestaltung der Menschen bildet, damit auch den Rahmen für die Entwicklungszusammenarbeit absteckt. An die künftige Praxis der Entwicklungszusammenarbeit stellt sich demnach vor allem die Frage: Wie kann die Achtung von kultureller Identität und die Wahrung kultureller Freiheit in diesem Kontext ausgestaltet werden?

Bisher bestand eines der Kernprobleme in den Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern darin, dass die wesentlichen wirtschaftlichen, politischen, militärischen und vor allem kulturellen Impulse von den westlichen Industrieländern auf den ‚Rest‘ der Welt gerichtet waren und von einem gleichberechtigten Austausch i. d. R. nicht die Rede sein konnte. Marktwirtschaftliche Ideologien, politische Opportunitätsprinzipien verbunden mit militärischem Drohpotential und die oft defizitäre soziale und kulturelle Kompetenz der politischen und wirtschaftlichen Akteure bestimmen entscheidend die dominanten Konzepte globaler Entwicklung. Die Folgen können am Spektrum von mangelhaftem gegenseitigen soziokulturellen Verstehen bis hin zu einseitiger Machtausübung und gewaltsamer ‚Befriedung‘ abgelesen werden. Verstärkt werden diese Tendenzen durch eine bedrohliche Abnahme der Fähigkeit (oder der Bereitschaft) der politischen Akteure, Konfliktpotentiale in der Welt friedlich abzubauen. So kommt es nicht von ungefähr, dass ein weiteres wichtiges Merkmal der globalisierten Entwicklungspolitik ihre zunehmend engere Bindung an die interessenorientierten Doktrinen der Außen-, Wirtschafts- und Militärpolitik der großen Industrienationen ist³. So wird es immer schwerer, eine eigenständige Zielstellung der Entwicklungspolitik zu erkennen, die eine direkte Beziehung zur Wahrung der Selbstständigkeit, zur kulturellen Eigenständigkeit und zu den elementaren Bedürfnissen des Überlebens der Länder in den Armutszonen der Welt aufweist.

Die Defizite der Entwicklungszusammenarbeit haben in vielen hier aktiven Institutionen kontroverse Diskussionen hervorgerufen. Allerdings ist bislang noch keine entscheidende Wende in den Grundideen der Entwicklungszusammenarbeit erkennbar, die die Lehren aus dieser Diskussion konzeptionell umsetzen würde. „Entwicklungszusammenarbeit ist ein kulturelles Produkt des Westens“ stellt W. Gieler (2009, 41) in seiner kritischen Positionierung zur Entwicklungskooperation fest. Das ist die Grundlage dafür, dass der in dem Terminus Entwicklungszusammenarbeit enthaltene Anspruch der gleich-

3 Bis hin zu der denkwürdigen Verknüpfung von Militär und Entwicklung z. B. in Afghanistan, Somalia und im Irak.

berechtigten Zusammenarbeit, Kooperation zwischen den Reichen und den Armen der Welt, nicht eingelöst wurde. Um eine tatsächliche Kooperation aller Beteiligten in der EZ zu erreichen, müssen die jeweiligen Grenzen der eigenen Wahrnehmung erkannt werden. Dies kann gefördert werden, wenn in EZ-Projekten eine gemeinsame Informationsanreicherung in kooperativen Strukturen aufgebaut bzw. verfestigt wird. Damit würden die Chancen verbessert, die kulturelle Gleichberechtigung als Voraussetzung der Zusammenarbeit von Ländern unterschiedlicher Kulturen zur zentralen Triebkraft des entwicklungspolitischen Handelns werden zu lassen.

Überlegungen dieser Art waren eine Grundlage dafür, dass sich 2004 auch institutionell die Forschungsgruppe IBSAE⁴ bildete, deren Arbeitsschwerpunkt es war, sich in Forschung und Lehre mit Fragen zur Bedeutung soziokultureller Problemlagen für die Entwicklungszusammenarbeit auseinanderzusetzen. Vor dem Hintergrund einer bislang zumeist technisch und ökonomisch ausgerichteten Entwicklungszusammenarbeit stand dabei die Diskussion von „Kultur“ als Bezugsrahmen der EZ im Fokus. Soziokulturell meint in diesem Kontext den internalisierten Hintergrund des Verhaltens von Menschen in ihrem sozialen Umfeld. Die dabei wirksam werdenden Wert- und Moralvorstellungen, die die subjektiven Verhaltensorientierungen im Lebensalltag beeinflussen, sind grundlegend für die sozialen aber auch individuellen Entwicklungsprozesse. Diese Überlegung bezieht auch konventionelle sozio-ökonomische Fragestellungen und Problemlagen ein, die als eng verwoben mit den sozialen Besonderheiten, Eigenheiten und Leistungsmerkmalen einer Kultur verstanden werden können. Soziokulturell umfassen dabei u. a. persönliche Beziehungen und soziale Netzwerke, Handlungs- und Verhaltensweisen sowie gewohnte Lebensmuster, z. B. in Bezug auf Arbeit, Familienstrukturen und Gender-Beziehungen und schließlich religiöses und ethnisches Verhalten.

Ein Schwerpunkt der Arbeit von IBSAE ist dabei, die bereits seit dem Jahr 2000 vorausgegangene Lehr- und Forschungstätigkeit zur soziokulturellen Ausgestaltung von Entwicklungsprojekten auf die (Weiter-)Entwicklung und

4 Inter(Trans)kulturelle Austausch- und Bildungsprozesse und ihre Bedeutung für die Strategien der Armutsminderung in der Entwicklungskooperation. IBSAE war als eine Arbeitsstelle an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg konzipiert worden, in der Studierende unter der Koordination und in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dieter Brühl Möglichkeiten der Armutsbekämpfung unter Einbeziehung einer soziokulturellen Perspektive in die EZ ausarbeiteten.

Umsetzung eines partizipativen, soziokulturellen Monitoringkonzeptes für Projekte der EZ zu konzentrieren. Das Ergebnis eines Vergleiches bestehender Monitoringkonzepte zeigte die Notwendigkeit der Entwicklung eines eigenen Monitoringsystems mit deutlicher soziokultureller Perspektive. Dabei haben wir uns von der Überlegung leiten lassen, dass Monitoringkonzepte dazu beitragen können, den komplexen Begriff ‚Kultur‘ in EZ-Projekten empirisch handhabbar zu machen.

Es wäre allerdings ein theoretisch nicht begründbares Unterfangen, aus empirischen Studien Messgrößen für die Wirksamkeit von ‚Kulturvariablen‘ entwickeln zu wollen, an denen sich der Erfolg eines prozessualen Geschehens, wie es Entwicklungsprojekte darstellen, ‚messen‘ ließe. Kultur entzieht sich jedem Versuch einer experimentellen Methodologie. Kultur ist nicht messbar, weil sie sich uns erst über das subjektive Verhalten (und der Komplexität ihrer Ausdrucksformen) erschließt. Wir müssen ‚irgendwie‘ miteinander kommunizieren, um – im Sinne von Max Weber – Kultur ‚verstehen‘ zu können. Selbst die Analyse des institutionellen Gerüsts einer Gesellschaft (darunter wird ja nicht selten der Kernbestand einer ‚Kultur‘ verstanden) hilft uns nur begrenzt weiter, wenn uns nicht über das soziale Handeln der Menschen die solchen Strukturen immanente kulturelle Semantik verdeutlicht wird. Kultur und Entwicklung jedenfalls stehen praktisch aber auch begrifflich-theoretisch in engem Zusammenhang.

Das erfordert auch, den theoretischen Bezugsrahmen für eine solche kritische Diskussion zu erörtern. Die in einer Gesellschaft anzutreffenden Lebensformen, ihre institutionellen Ausprägungen und für den Lebensvollzug erforderlichen Handlungsmodelle sollten nicht segmentiert sondern ganzheitlich betrachtet werden. Theoretisch bietet sich für eine solche Vorgehensweise der Kulturbegriff an, der immer die Gesellschaft als Ganzes im Blick hat, gerade auch um deren innere kulturelle Differenzierung sichtbar zu machen. Solche Überlegungen erfordern deshalb eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Konzept ‚Kultur‘ in Form eines reflexiven und selbstkritischen Beobachtungs- sowie Dialogprozesses. Dem Verständnis des engen Zusammenhanges von Entwicklung und Kultur folgend gilt es eine Auseinandersetzung mit der Konstruktion und der Instrumentalisierung des Konzeptes ‚Entwicklung‘ zu führen. Vor dem Hintergrund der gängigen Klassifizierung von Entwicklung (Unterentwicklung) müssen bestehende Konnotationen hinterfragt werden, weil sie dazu neigen, Kultur aus einem verengten Blickwinkel heraus festzuschreiben, zu segmentieren und zu verdinglichen. Kultur erschließt sich

jedoch nur aus Situationen des Denkens, Kommunizierens und Handelns, sie erfordert den Blick auf Konkretionen im Kontext von Ort und Zeit und vor allem des Dialoges tatsächlicher Menschen. Damit werden wir uns neben anderem in dem folgenden ersten Kapitel „Kultur und Entwicklung“ näher befassen.

Daran anknüpfend rückt das zweite Kapitel „Familie und Entwicklung“ die Rolle von Familiengemeinschaft in Entwicklungsländern in den Mittelpunkt. Die grundlegende Bedeutung der Familie für die kulturelle Kohärenz und Entwicklung von Gesellschaften wird ebenso verdeutlicht, wie aufgezeigt wird, in wie weit sich sozialer Wandel auch innerhalb der Familienstrukturen und damit einhergehend in einer Funktionsänderung der Familie innerhalb einer Gesellschaft äußern kann. In diesem Kontext setzen wir uns sowohl mit den Potenzialen und Leistungen großfamiliärer Strukturen als auch mit ihren Grenzen auseinander. Zudem veranschaulichen wir die Verbindung zwischen veränderten Familienstrukturen und Bevölkerungsentwicklung, um abschließend aufzuzeigen, wie unsere Überlegungen von praktischer Bedeutung für die EZ sein können.

Technische Eingriffe der EZ sind potenziell hilfreich, doch stellen sie auch einen Eingriff in bestehende soziale, kulturelle und ökonomische Strukturen dar und können auch negative Wirkungen auf das Sozialsystem entfalten, in denen solche Eingriffe als Projekte der EZ stattfinden. Die EZ darf ihr Selbstverständnis daher nicht nur als Vermittler technischer Expertise sehen, sondern sollte den Anspruch haben, kulturelle Differenzierungen zu verstehen und kulturelle Freiheit zu respektieren, Wissen zu vermitteln und eigenständig fortlaufende Lernprozesse zu initiieren. Besonders das lokale Wissen ist zu berücksichtigen und zu nutzen, um langfristig sich selbst tragende Projekte aufbauen zu können. Dies bedeutet unter anderem die tatsächliche Ermöglichung von Partizipation im gesamten Projektzyklus sowie die gemeinsame Reflektion über Auswirkungen der Entwicklungsmaßnahme. Denn Entwicklung wird von den Menschen in den betreffenden Dörfern, Gemeinden und Städten selbst gemacht. Die Fachleute der EZ sollen, können und dürfen lediglich Impulsgeber und Unterstützer sein. „Autonomie, Selbstverwirklichung und Partizipation“ in Kapitel drei schlägt von diesen Überlegungen ausgehend verschiedene Möglichkeiten sozio-kultureller Begleitung und Partizipation vor.

Die zuvor über Kultur getroffenen Annahmen sind grundlegend für die Erarbeitung eines methodischen Konzeptes für ein Monitoringmodell in Kapitel

vier, das neben technischen und ökonomischen Faktoren vor allem soziokulturelle Zusammenhänge und Veränderungen aufzeigt. Die systematische Erfassung von Wirkungen der EZ-Maßnahme auf ihr soziokulturelles Umfeld ermöglicht so, eventuelle negative Auswirkungen wahrzunehmen und im Projektverlauf darauf reagieren zu können. Im Rahmen einer historischen Einordnung wird dabei aufgezeigt, dass die Einbeziehung einer kulturorientierten und partizipationsrelevanten Alternative zur bisherigen Monitoringpraxis in EZ-Projekten einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Projektentwicklung sowie für die Berücksichtigung der kulturellen Eigenständigkeit der Projektpartner darstellt und deshalb als Teil von EZ-Projekten verstanden werden sollte. Das vierte Kapitel „Soziokulturelles Monitoring“ soll auch dazu dienen, die dazu von der Forschungsgruppe IBSAE aufgestellte Systematik zur Diskussion zu stellen, die im Rahmen von EZ-Projekten in Uganda und China mehrfach zum Einsatz kam.

Ebenso wie in den bisherigen Überlegungen dargelegt, gilt es auch im Bereich der ökonomischen Dimension von EZ-Projekten einen Rahmen zu schaffen, der eine eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung ermöglicht, die insofern nachhaltig ist, als dass sie die Akteure in den sog. Entwicklungsländern langfristig zu einer eigenständigen Fortführung der Projektergebnisse befähigt. Dabei geht es nicht darum zu erörtern, wie in diesem Sinne die für EZ-Projekte notwendigen Mittel aufgebracht und eigenständig verwaltet werden können. Im Zuge bisheriger Entwicklungsprojekte hat sich gezeigt, dass allein das Einbringen externer Gelder von anonymen Gebern aufgrund mangelnder Einbeziehung der Nutzer unilaterale Machtverhältnisse schafft, die i. d. R. nicht zu einem nachhaltigen Umgang mit den dadurch bereitgestellten Ressourcen führen. Vielmehr soll deshalb der Versuch unternommen werden zu hinterfragen, wie sich insbesondere im Anschluss der Projekt- (und damit häufig auch der Finanzierungs-) Laufzeit Wege finden lassen, das Erreichte nachhaltig, d. h. dauerhaft aus der Gemeinschaft heraus und somit durch die Nutzer selbst finanziell zu tragen. Die Analyse „Kulturorientierte Alternativen in der Finanzierung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit“ in Kapitel fünf nimmt sich dieser Aufgabe an.

Die vorliegende Veröffentlichung gibt ein Resümee der Arbeit von IBSAE in den Jahren von 2004 bis 2008 wieder, die hauptsächlich von Studentinnen und Studenten getragen wurde. Diese sind inzwischen in ihrer großen Mehrzahl mittelbar oder unmittelbar in den Institutionen der EZ tätig und versuchen, die hier verfolgten Ideen und Konzepte in ihre berufliche Praxis mit

Engagement und Problembewusstsein umzusetzen. Daraus erklärt sich auch das Ziel der Autorinnen und Autoren dieser Veröffentlichung, einen gedanklichen Anreiz für die Diskussion über die Ausgestaltung der künftigen Entwicklungszusammenarbeit zu liefern.

Die Autorinnen und Autoren

Dieter Brühl

Einführung in die Themenstellung – Kultur und Entwicklung

Die Selbstverständlichkeit, mit der in der entwicklungspolitischen Diskussion eine enge Beziehung zwischen „Kultur“ einer Gesellschaft und ihrer Entwicklung angenommen wird, beruht nicht selten auf einem Missverständnis, nämlich dass Entwicklung immer Gutes verheiße. Dieses Missverständnis deutet in Wirklichkeit auf interessengeleitete Grundvorstellungen von Entwicklung¹. Sie bestehen im Wesentlichen darin, die vorgeblich „nicht-modernen“ Elemente der Kultur eines zu „entwickelnden“ Landes in den Armutsregionen dieser Welt durch „moderne“ Fragmente von „erfolgreich“ entwickelten Ländern meist der westlichen Hemisphäre zu ersetzen. Diese Substitutionsstrategie soll dazu dienen, Entwicklung und damit gesellschaftlichen Fortschritt nach westlichem Vorbild anzustoßen. Fragmente deshalb, da der Sinn dieser Vorgehensweise in der Annahme besteht, auf diesem Weg einzelne Hemmnisse (vor allem kultureller Natur) für die „eigentliche“ (ökonomische, technologische und politische) Entwicklung beseitigen zu können. Wissenschaftliche Grundlage solcher Überlegungen ist die Einbindung von Kultur und Entwicklung in einen modernisierungstheoretischen Hintergrund, der die technologische, ökonomische, politische und kulturelle Evolution der Länder der westlichen Hemisphäre in den Vordergrund stellt und zudem als dem „Rest“ der Welt überlegen betrachtet.

1 Haskamp (2002) liefert in ihrer „Untersuchung zu neuen Tendenzen der Entwicklungspolitik“ eine Vorstellung davon, wie vielfältig der Begriff Entwicklung verwendet wird. Deutlich wird vor allem, wie sehr man bei der Verwendung des Begriffs Entwicklung auf die interessenorientierten Ideologien achten sollte. Ihre Argumentation mündet in die von Nuscheler (Nuscheler 205, 226) übernommene Überlegung, dass „Entwicklung [...] nicht Entwickelt-Werden, sondern nur Sich-Entwickeln bedeuten“ kann (S. 32), also aktive Selbstentwicklung bedeutet.

Der allgemeine Hintergrund für diese Überlegung ist einerseits die mit der europäischen Kultur der Moderne verbundene Vorstellung, dass Entwicklung zwar nicht immer linear erfolge, aber im großen Überblick mit gesamtgesellschaftlichem Fortschritt gleichzusetzen sei. Daraus erschließt sich andererseits, dass der kulturelle Blick Europas nicht erst heute, sondern schon in der kolonialen Phase machtpolitisch auf die kulturelle Differenz gerichtet war. Das bedeutet, er erfolgte unter dem Blickwinkel der Überlegenheit der eigenen Kultur (s. hierzu Faschingeder 2004, 29ff) gegenüber der vermeintlichen Rückständigkeit, dem Traditionalismus und fehlender Dynamik der nicht-westlichen Kulturen. Das ist (einschließlich der komplementären Politik der nachholenden Entwicklung in vielen Entwicklungsländern) bis heute die folgenreichste Gestaltungsgrundlage für die Entwicklungspolitik des Westens. Die vielfältigen Formen der Machtausübung im Verhältnis zu den sog. Entwicklungsländern werden auf diesem Weg im Hinblick auf die eigene Interessendurchsetzung und Missionierung auf allen Ebenen der Gesellschaften der betroffenen Kulturen legitimiert und keineswegs durch eine fundamentale Orientierung an den Bedürfnissen der in dem jeweiligen kulturellen Kontext lebenden Menschen. Auf die Widersprüchlichkeit dieser Legitimationsgrundlage hat Wolfgang Gieler (2009, 41) hingewiesen: „Entwicklungszusammenarbeit ist ein kulturelles Produkt des Westens, das letzten Endes dessen eigenen Zielsetzungen widerspricht.“

1 Aufklärung, Dominanz und kulturelle Selektivität

Für das Verständnis dieses Zusammenhangs ist der von B. Rommelspacher 1995 im Hinblick auf das Innenleben multikultureller westlicher Gesellschaften angewendete Begriff der *Dominanzkultur* ein sinnvoller Ansatz. Dieser Begriff kennzeichnet, so wie ihn Rommelspacher verwendet, eine widersprüchliche Situation der westlichen Gesellschaften, die gewissermaßen als die ‚Machtausübenden‘ verstanden werden können und sich darin verstricken, indem sie in zentralen Momenten ihres Verhältnisses zu fremden Kulturen in Widerspruch zu ihrer eigenen Freiheitsgeschichte geraten. Die westlichen Gesellschaften haben eine Geschichte der Freiheitsgewinnung und der Bürger- und Menschenrechte hinter sich, die auch heute – bei allen inzwischen eingetretenen Einschränkungen – immer noch die Grundidee der innergesellschaftlichen Machtausübung ist. Die Kehrseite dieser historischen Entwicklung ist das Aufkommen eines eurozentristischen Überlegenheitsbewusstseins, das vor allem in der Politik und in der Wirtschaft seine Wirksamkeit aber auch

als kulturelle Dominanz z. B. in der Medienwelt entfaltet. So sieht Rommelspacher als Wirkung im Innergesellschaftlichen das Aufkommen einer – wie sie es nennt – „Gleichzeitigkeit von Diskriminierung und Dominanz“ (Rommelspacher 2009, 85) gegenüber den Kulturen von Einwanderern, welche für die Gegenwart als das besondere Kennzeichen von kultureller und politischer Entwicklung als Folge der europäischen Aufklärung interpretiert werden kann. Der dieser Logik immanente Grundgedanke, dass aus den freiheitlichen Momenten der bürgerlichen Revolutionen eine *Dominanz* der westlichen Kulturen (einschließlich der ökonomischen und politischen Modelle) im Verhältnis zu anderen Kulturen resultiere, die in deren *Diskriminierung* münde, ist heute neben ihrer innergesellschaftlichen Wirkung ein nicht unwesentliches Paradigma für das Verhältnis der reichen westlichen Länder zu den armen Ländern des Südens.²

Daraus hat sich nicht zuletzt in der Entwicklungspolitik eine Logik der ‚besseren‘, da freiheitlichen Kultur herausgebildet, die zunehmend in Gegensatz zu dem Menschenrecht der ‚kulturellen‘ Selbstbestimmung in den sog. Entwicklungsländern gerät. Diese Einschränkung vollzieht sich in der Weise, dass kulturelle Freiheit selektiv ‚gewährt‘ wird³, wenn der Nachweis erbracht werden kann, dass dies der ‚effektiveren‘ oder ‚optimierten‘ (bzw. im Sinne der klassischen Aufklärungsphilosophie, ‚vernunftbegabten‘), d. h. einer den politischen, ökonomischen und kulturellen Absichten der reichen Geberländer befriedigenden ‚Entwicklungs-,kooperation‘ dienlich ist⁴. So erwähnt

2 Rommelspacher weist daraufhin, dass „die modernen westlichen Gesellschaften [...] ihre politische Verfasstheit und ihr Selbstverständnis doch gerade auch dem Kampf gegen Unterdrückung und Ungleichheit (verdanken), wie dies paradigmatisch mit der Deklaration der Menschenrechte in den bürgerlichen Revolutionen artikuliert worden ist“ (Rommelspacher 2009, 84).

3 Hinzukommt, dass die in den westlichen Ländern dominante bürgerliche Vorstellung von Kultur ein Einheitsmodell³ ist, d. h. als Nationalkultur interpretiert wird. So fehlt in vielen Projektkonzeptionen der Entwicklungskooperation die Vorstellung von der kulturellen Diversität sowohl auf vertikaler wie horizontaler Ebene des jeweiligen Kooperationslandes. Unterschiedliche Stammes-, Regional-, Lokalkulturen etc. bleiben dann unberücksichtigt. Dies ist eine der zentralen Erfahrungen, die die Arbeitsgruppe IBSAE z. B. in Uganda gemacht hat und die ein wesentliches Problem für eine kulturell orientierte Projektarbeit deutlich machte.

4 Siehe hierzu die Broschüre (Gutachten im Auftrag des BMZ) „Mainstreaming Partizipation. Kulturelle Aspekte von Partizipation – Dialog auf gleicher Augenhöhe“, GTZ, Eschborn 2006. Dem Abschnitt ‚Kulturelle Aspekte von Partizipation. Dialog auf gleicher Augenhöhe‘ ist ein Zitat des Soziologen W. Lepenies vorangestellt, das geradezu – auf die Entwicklungszusammenarbeit angewendet – deren missionarischen Charakter überdeutlich werden lässt. Die Aufforderung als netter, weniger arroganter Träger deutscher Kultur auf-

Nuscheler (2005, 207f) im Hinblick auf die Kolonialgeschichte, dass die vielfältigen Bildungsbemühungen im Rahmen der Kolonisierung und Missionierung Mittel- und Südamerikas, sowie Afrikas unter dem Stichwort „Kolonisierung der Gehirne“ abgehandelt werden könne, die „in die Köpfe ... die Orientierung an europäischen Leitbildern von Entwicklung, Lebensstilen und Konsumgewohnheiten (verpflanzte)“ in dem Sinn, dass mit Hilfe der ideologischen und zivilisatorischen Angleichung der Beziehung zwischen Kolonie und Kolonialmacht dem politischen Gestaltungswillen letzterer zu nützen. Das reduzierte sich allerdings im Wesentlichen auf die machtpolitisch nutzbaren Eliten dieser Gesellschaften, während der Bevölkerungsmehrheit diese Bildung vorenthalten wurde oder z. B. in Missionsschulen reduziert auf ein Minimum an nutzbarem Wissen vor allem als Mittel zur Durchsetzung einer religiösen Gegenkultur und zur Domestizierung vermeintlich ‚Wilder‘ verabreicht wurde.

Es geht also bis heute keineswegs darum, die Gesamtheit der kulturellen Errungenschaften westlicher Zivilisation zu übertragen, sondern nur die Bestandteile, die dazu beitragen können, die Anschlussfähigkeit der sogenannten Entwicklungsländer an das ökonomische und politische System der reichen Länder zu erleichtern. Der westlichen Demokratien eigene Gleichheits- und Freiheitsanspruch wird dabei mit Blick auf die Kulturen der Entwicklungsländer zur Disposition gestellt und fällt nicht selten den machtpolitischen Erwägungen zum Opfer. Diese begriffliche Reduktion deutet an, dass es auf Kultur bezogen nicht um die Förderung selbstreferentieller Entwicklung sondern um machtbegone Substitutionen verhaltensrelevanter Normsysteme, politischer Doktrinen, Staatsysteme, ökonomischer Grundorientierungen u. ä. geht⁵.

zutreten, mündet in das Mandat, mit ‚Enthusiasmus‘ „die Akzeptanz westlicher Errungenschaften in der Welt ... zu befördern“ als „... der Kultur der selbstbewussten Freiheit“, (Wolf Lepenies, Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 2006 in seiner Dankesrede, FAZ 09.10.2006).

- 5 Diese Vorgehensweise macht deutlich, dass es einen Zusammenhang von Macht und Kultur gibt und zwar nicht nur innerhalb einer Kultur sondern eben auch zwischen Kulturen. Das von Bourdieu angenommene ‚kulturelle Kapital‘ wird zu einer wichtigen Machtressource insbesondere in Zeiten der Globalisierung. Zwar spricht Bourdieu – so auch Rommelspacher – von *innergesellschaftlicher* Dominanz einer Kultur und ihr in Dienst stellen für die Stabilität von Macht und Herrschaft, sozialen Strukturen und Geschlechterverhältnissen. Das Ganze lässt sich aber recht eindringlich auf das Verhältnis von armen und reichen Ländern im Kontext globalisierter Systeme übertragen.

Die Voraussetzungen dafür sind u. a. Vorstellungen von Kultur, die Kulturen zu Objekten externer, diskriminierender Manipulationen machen wollen und nur selten den Blick auf die interne Entwicklungsdynamik (und damit auf den Reichtum an Erfahrung, Wissen, Werten, Kunst, Ausprägungen von Religiosität und sinnvoller Umwelthanpassungen) von Kultur oder Kulturen eröffnen. Übersehen wird, dass kulturelle Entwicklung nur innerhalb einer Kultur selbst geleistet werden kann und zwar von den Menschen, die die Träger der jeweiligen Kultur sind und mit ihrem Verhalten über das Instrument kulturellen Wandels verfügen. Anstöße von außen können nützliche Irritationen für eine Kultur darstellen und dazu anregen, *immanent* darauf zu reagieren, also sich *selbst* zu entwickeln.

Ebenso wird übersehen, dass die Erforschung von Kultur in erster Linie durch das Studium des Alltags-Verhaltens der Menschen sinnvoll möglich wird und einer differenzierenden Vorgehensweise bedarf, die auf die jeweiligen mikrokulturellen Besonderheiten einzugehen in der Lage ist. Wird dies nicht hinreichend berücksichtigt, besteht die Gefahr, im Prozess des Verstehens von Kultur diese „...von ihrem eigentlichen Gegenstand, der informellen Logik des tatsächlichen Lebens, abzuschneiden“ so Geertz (1987, 25). Machtvolle – insbesondere auch ideologische – Eingriffe von außen in Kulturen hinein bedeuten geradezu das Ausblenden des Alltagsverhaltens als der Ausdrucksform von Kulturalität. Im Resultat führt dies zu dem Abwerten bis hin zum Zerstören der kulturimmanenten, auf konkrete Lebenswelten hin bezogenen Entwicklungspotenziale und den darauf aufbauenden subjektiven und kollektiven Identitäten. Nicht umsonst hat UNDP (United Nations Development Programme) mahndend in ihren Welt-Entwicklungsbericht von 2004 hineingeschrieben: „Denial of cultural liberty can generate significant deprivations, impoverishing human lives and excluding people from the cultural connections they have reason to seek“ (HDR 2004, 13).

2 Entwicklung – Unterentwicklung

Das führt zu der Überlegung, dass der Gebrauch der Begriffe ‚Entwicklung‘ und ‚Kultur‘ in der Entwicklungspolitik sich in definitorischen wie auch inhaltlichen Grauzonen bewegt. Insbesondere das Begriffspaar ‚Entwicklung‘/ ‚Unterentwicklung‘ – in der Entwicklungspolitik von überragender Bedeutung – ist, was seine wissenschaftlich begründbare Trennschärfe angeht höchst suspekt. Logisch gesehen kann hier weder einen Anfangs- noch einen Endpunkt (Grenzwerte) bestimmt werden – es sei denn durch subjektive oder

übereinkünftliche Setzungen, noch ist auf dem Kontinuum ein Übergangspunkt von Unterentwicklung zu Entwicklung (außer ebenfalls durch Setzungen) bestimmbar. Dass das nicht lediglich ein theoretisches Problem ist, sondern zu bedeutsamen handlungsorientierten, politischen und legitimatorischen Fragen führt, zeigt schon die Betrachtung des Begriffs ‚Entwicklung‘ im Verhältnis zwischen ‚reichen‘ und ‚armen‘ Ländern. Die Interpretationsoffenheit dieses Begriffes hat zur Folge, dass sich sowohl macht- und interessenorientierte als auch bedürfnis- und identitätsorientierte Inhalte bei der Verwendung dieses Begriffes wiederfinden lassen. Ein Problem besteht z. B. für die Akteure im entwicklungspolitischen Kontext einerseits in dieser Interpretations-Offenheit und andererseits in seiner de facto Schließung durch vor allem ökonomische, geopolitische und ideologische Interessenbindung. Das führt im Ergebnis zu Konstruktionen von ‚Entwicklung‘, die die Inhalte und die daraus abgeleiteten Strategien von Entwicklung an die Interessen der jeweiligen *definitionsmächtigen* globalen politischen und ökonomischen Akteure der ‚reichen‘ Länder und der von ihnen abhängigen Eliten in den ‚armen‘ Ländern binden. So kann in einem rohstoffreichen Land, wie z. B. Nigeria Entwicklung bedeuten, eine effiziente technologische Struktur zur Ausbeutung von Rohstoffquellen aufzubauen, die sozial gesehen zwar eine korrumpierbare Elite einbezieht, aber für die Verbesserung der Lebensgrundlagen in der Breite der Gesellschaft ohne größere Bedeutung ist. Der eigentlich für politisches und ökonomisches Handeln angenommene legitimierende Übergang von Unterentwicklung zu Entwicklung verkehrt sich in der Realität dieses Beispiels in die sich entwickelnde moderne Unterentwicklung, die Armut und soziale Desorganisation erzeugt und kulturelle Identität zerstört.

In diesem Zwiespalt begrifflicher Intentionen wird die Konstruktion von Inhalten von Unterentwicklung benötigt, um der Entwicklungspolitik überhaupt Aufgabenbezug und Zielbindung für Entwicklung zuordnen zu können. Dass dies letztlich im Bereich der politischen Ideologie verbleiben muss, lässt sich daran ablesen, dass die durchgängige Verwendung dieses Begriffes in der Entwicklungsländerliteratur keine klare Vorstellung davon erkennen lässt, was Entwicklung einer Gesellschaft *konkret* bedeutet und wo Unterentwicklung beginnt bzw. anhand welcher konkreter sozialer, kultureller und subjektiver Ausprägungen sie sich darstellen ließe. Vor allem gibt es wenig überzeugende Analysen, wie sich diese begrifflichen Konstruktionen im alltäglichen Leben der Menschen konkretisieren lassen. Das liegt besonders daran, dass Interessenlagen und Kriterien für die die Bewertung von Entwicklung nicht offengelegt werden und nicht selten mit einfachstrukturierten

politischen Ideologien (Kampf der Kulturen, Antiislamismus, Terrorbekämpfung u. ä.) verschleiert werden. In diesem unklaren Kontext hilft auch nicht weiter, eine ‚Recht auf Entwicklung‘ zu formulieren, wie dies auf der Wiener Menschenrechtskonferenz von 1993 durchgesetzt wurde ohne genügend Klarheit über das ‚wohin?‘ zu schaffen, wenn, wie es in der Folge geschehen ist, dies mit den klassischen Menschenrechtsformulierungen der Vereinten Nationen ausgefüllt wird, auch wenn diese durch sog. sozialen Menschenrechte ergänzt werden⁶.

So hat sich eine ontologisch zu nennende Ausprägung des Begriffes ‚Entwicklung‘ herausgebildet, die eher an Glaubensbekenntnisse dessen, was gut und richtig für die Länder jenseits der westlichen Hemisphäre sei, erinnern als an philosophisch und wissenschaftlich begründbare Vorstellungen von gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung. So fehlen in der Regel auch die empirisch wahrnehmbaren Bezugspunkte, an denen sich die Breite der Folgen, was Entwicklung für eine Gesellschaft und ihre Kulturen bedeuten könne, mit einer gewissen Präzision darstellen ließe. Das, was vorgefunden wird, ist die pragmatische und gleichermaßen interessengeleitete Reduktion des Begriffes auf ökonomische Indikatoren, technologische Innovationen und die Restrukturierung politischer Machtverhältnisse. Diese befriedigen ihren Legitimationsdruck auf der Basis der damit einhergehenden Ideologien mit einer selbstverständlichen und selbstherrlichen Annahme, dass die erwähnten Faktoren uneingeschränkt positiv für die zu entwickelnden Länder seien. Der in viele Strategien von Entwicklungsorganisationen übernommene Ansatz des ökonomischen ‚trickle down‘-Effektes, also das automatische Durchreichen wirtschaftlicher Prosperität vom gesellschaftlichen ‚Oben‘ in die Breite der Gesellschaft, hat sich in den sog. Entwicklungsländern als entwicklungs-

6 Nuscheler (2005, 231), auf den ich mich hier beziehe, zitiert einen Bericht einer Unterkommission der UN-Menschenrechtskommission: „Der Kern eines Rechts auf Entwicklung setzt sich aus folgenden Rechten zusammen: das Recht auf Leben, das Recht auf ein angemessenes Minimum an Nahrung, Kleidung, Wohnraum und medizinischer Versorgung, das Recht auf ein Minimum garantierter Sicherheit und Unverletzlichkeit der Person, das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und das Recht auf Teilhabe ... Wir stimmen mit denen überein, die das Recht auf Entwicklung als Kombination von bereits früher definierten Menschenrechten, verbunden mit dem Gedanken des Fortschritts und der Entwicklung der Gesellschaften und ihrer individuellen Mitglieder ansehen.“ Diese Formulierung beinhaltet jedoch im Wesentlichen die klassische Verknüpfung von Menschenrechten mit ihrer Einschränkung durch die modernisierungstheoretisch begründete Fortschrittsgläubigkeit der Konzepte nachholender Entwicklung. Bemerkenswert ist auch, dass in dieser Formulierung des *Rechtes auf Entwicklung*, das *Recht auf kulturelle Selbstbestimmung* explizit außen vor gelassen wird.

politischer Mythos herausgestellt und keineswegs als eine ernst zu nehmende reale Beschreibung der tatsächlich ablaufenden Prozesse sozialer und kultureller Entwicklung. Die ideologische Reduktion des Begriffs ‚Entwicklung‘ auf einen dergestalt modernisierenden Glauben an den Fortschritt der Gesellschaft, verschleiert den Blick für die ambivalenten Folgen realer Entwicklungsmaßnahmen.

Scheinbar im Widerspruch zu dieser begrifflichen Reduktion greift der Begriff Entwicklung in seiner sozialwissenschaftlichen Version auf sehr homogene und ganzheitliche Vorstellungen von Kultur und kultureller Entwicklung zurück, so wie sie vor allem von T. Parsons erarbeitet wurden. Kultur wird als ein kompaktes, funktional und strukturell geordnetes System (also als objektivierte Vorgabe) interpretiert, in dem Entwicklung als kumulative Systemevolution betrachtet wird, wo sich Objektiviertes (Strukturen, Normierungen und Handlungsdispositionen) in seinem Objektcharakter zunehmend verdichtet. Nicht umsonst haben sich in ‚modernen‘ Gesellschaftstheorien vermehrt eschatologische Ansätze zumindest in ökonomischer, politischer und philosophischer Ideologie durchgesetzt, die auf *Endstadien* der Entwicklung hinzielen. Die ‚richtige‘ Ökonomie, das ‚richtige‘ Gesellschaftssystem, das ‚richtige‘ politische System, die ‚richtigen‘ gesellschaftlichen Institutionen aber auch die ‚richtige‘ Kultur sind die Domänen endzeitlicher Spekulation für die nun ‚richtige‘ Entwicklung vor allem der armen Länder in der Welt geworden⁷.

7 Zu verweisen ist an dieser Stelle auf den Politologen Francis Fukuyama, der 1992 in seinem Werk *„The End of History and the Last Man“* die These aufstellte, dass sich im historischen Prozess eine zentrale Entwicklung zur sog. Liberalen Demokratie herausgebildet habe, die im zwanzigsten Jahrhundert in ihr typologisches *Endstadium* eingetreten sei. Nun könnte man daraus auch schlussfolgern, dass sich damit diese Entwicklung überholt habe, wie manche Problemlagen unserer Gegenwartsgesellschaften es nahelegen und die Ersetzung dieses Paradigmas durch alternative, stärker sozialorientierte Demokratiekonzepte herausfordern. Fukuyamas eschatologische Betrachtung dieser Entwicklung lässt dies nicht zu, sondern muss ihrer immanenten Logik folgend zu einer zunächst innergesellschaftlichen Heilslehre werden, die aber zwangsläufig Folgen für das Verhältnis der Gesellschaften und Staaten der untereinander zeitigt. Die Liberale Demokratie wird zum Ende der Geschichte deklariert. Setzungen dieser Art, auch wenn ein noch so großer Aufwand zu ihrer Begründung betrieben wird, führen zu einer Ideologisierung der Politik. Gemeinsam mit wirtschaftsliberalen Komponenten werden auf diese Weise Legitimationstheorien/Ideologien für das innen- aber auch außenpolitische Handeln der Staaten in der Tradition der sog. Liberalen Demokratie geschaffen, die für die entwicklungspolitischen Strategien von zentraler Bedeutung geworden sind, die auch vor ihrer illiberalen und gewaltsamen Durchsetzung nicht mehr halt machen, also ihre eigenen freiheitlichen Traditionen mit Füßen treten.

Da aber (moderne) Systemtheorien wegen ihres selbstreferentiellen Ansatzes teleologische Orientierungen eigentlich fremd sind, wird Entwicklung lediglich auf der Ebene eines verobjektivierten Abstraktums ‚System‘ abgehandelt. Dies geschieht unter der Annahme, dass Systeme und mit ihm die Teilsysteme sich in Umwelten nach dem Grad ihrer funktionalen Bewährung entweder ‚entwickeln‘ oder untergehen, wie auch immer sich dies im Realgeschehen des Alltäglichen⁸ und im Zeithorizont darstellt. In den offenen und latenten Absichten der Politik können solche Theoriekonstrukte zur Folge haben, dass der Raum für machtbezogene ‚Soll‘vorstellungen für Entwicklung entsteht und über entsprechende Ideologien legitimiert wird. Die zerstörerische Dynamik einer sich so orientierenden Entwicklungspolitik wäre abzusehen und ist leider in vielen Teilen der Welt anzutreffen. Dokumentiert wird dies zum Beispiel, wenn der militärische Eingriff als Entwicklungshilfe deklariert wird⁹. Besonders dramatisch haben sich solche Vorstellungen ausgewirkt, wenn auf dieser Basis politischer Handlungszwang in Form von Entwicklungsprogrammen generiert wird, wie der Umgang mit den der indianischen Bevölkerung Amazoniens zeigt. Müller (1995, 220) zitiert eine Erklärung des brasilianischen Innenministers der Regierung Geisel, Rangel Reis, vom 27. Dezember 1976, in der davon die Rede ist, dass zum Erreichen der politischen und ökonomischen Ziele für Amazonien notwendig sei, „... dass ... wir in zehn Jahren die im Lande lebenden Indios von 220 000 auf 20 000 reduziert haben, und dass in dreißig Jahren alle gebührend in die nationale Gesellschaft integriert sind“¹⁰.

Das wirkt sich dann auch auf die Vorstellungen von Kultur aus: Sie wird – das lehrt die Geschichte der europäischen Neuzeit – zu einer von der Gesellschaft abgehobenen Sphäre umdefiniert, die eigenständigen Regeln einer angenommenen evolutionären Entwicklung bzw. Bedürfnisbefriedigung von kulturellen Eliten folgt. So haben sich im kulturellen Diskurs Dualismen wie Kultur und Natur, Kultur und Gesellschaft und – weil für die westlichen Entwicklungstheorien besonders wirksam – Kultur und Zivilisation einge-

8 Das *Alltägliche* der Kultur(en) kann nur über das *Verhalten* erfahren werden. Deshalb schlussfolgert Bühl weitergehend, dass „jede Kultur empirisch-wissenschaftliche nur als Verhaltensstruktur“ erschlossen werden kann (Bühl 1986, 128).

9 So z. B. als *eine* Begründung für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

10 Es handelt sich um den Innenminister einer Regierung aus den Zeiten der Militärdiktatur in Brasilien, die sich in ihren politischen Vorstellungen an dem Entwicklungsmodell der Vereinigten Staaten orientierte und Amazonien als die zentrale ökonomisch ausbeutbare Reserve für die Entwicklung Brasiliens betrachtete.

bürgert. In der Entwicklungstheorie wird westliche Zivilisation dann zum normativen Orientierungsrahmen für die kulturelle Evolution in Gesellschaften der sog. Entwicklungsländer¹¹. Vor allem der Begriff Zivilisation beinhaltet neben einer Vielzahl von Facetten (z. B. die Vorstellung vom ‚gebildeten Bürger‘, von der öffentlichen Moral, vom Rechtssystem, von den abendländischen Religionen und dem richtigen Wirtschaften etc.) vor allem die zentralen Eigenschaften, Zielstellungen und Errungenschaften des politischen und ökonomischen Systems der Gesellschaften der westlichen Hemisphäre (z. B. Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie, Individualrechte, Sozialstaat etc.).

Die Folge ist, dass sich merkwürdige Konstellationen herausgebildet haben, die vor allem die ökonomisch rückständige Entwicklung eines Landes¹² außerhalb der westlichen Welt mit dem Wert(Vor)urteil der kulturellen ‚Unterentwicklung‘ als ‚fehlender Zivilisation‘ verbinden. Die eigentlich soziale und erst recht die kulturelle Entwicklung eines Landes wird im Wesentlichen als eine zwangsläufig automatisch sich ergebende Folge der Kumulation des ökonomischen und zivilisatorischen Fortschritts angesehen. Entwicklung als so bestimmte handlungsleitende politische Ideologie wird demnach zum Agens *kultureller Substitutionen* oder Manipulationen und zum strategischen Konzept sozioökonomischer und – das lehrt die Gegenwartsge-
schichte – geopolitisch-militärischer Machtausübung.

11 Es ist für die Entwicklungstheorien und für die politischen Entwicklungsstrategien von eminenter Bedeutung, dass der Begriff ‚Zivilisation‘ gewissermaßen ein Spaltprodukt der kultursoziologischen Betrachtung westlicher Gesellschaften selbst darstellt. Die Entwöhnung des Kulturbegriffes vom Alltäglichen und die damit einhergehende Überbetonung des Besonderen und Werthaltigen im Menschsein (und die daraus folgende Zuordnung zu gesellschaftlichen Eliten) erfordert geradezu einen Begriff für die verloren gegangene Alltäglichkeit von Kultur, die auch die in der Vielfalt der Lebensumstände generalisierten Lebensweisen normativ umfasst. Das bezeichnet im klassischen kulturwissenschaftlichen Diskurs der Begriff ‚Zivilisation‘ dessen Repräsentant der ‚gebildete Bürger‘ ist.

12 Wobei gerade dies ja Ergebnis westlicher Zivilisation in den meisten dieser Länder ist, nämlich in ihrem Auftreten als Kolonisation, die ihrerseits ja über Jahrhunderte politisch strategischer Ausfluss im Selbstverständnis der Eliten westlich/europäischer Zivilisation gewesen ist! Insofern ist der Begriff ‚Kolonisation‘ eng mit dem Begriff ‚Zivilisation‘ verknüpft. Diese Grundorientierung hat sich in dem Begriff ‚Entwicklung‘ bis heute erhalten, vor allem wenn es um die Rechtfertigung von Interventionen in die sog. unterentwickelten Länder und die dort anzutreffenden Kulturen geht, die zu ‚zivilisieren‘ seien.

3 Die strategische Wende: Von der Kolonial- zur Entwicklungspolitik

Historisch gesehen sind diese Konzeptionen und Strategien von Entwicklung vor allem das Ergebnis der Konsolidierungsversuche der westlichen Industrienationen in der Folge des Zweiten Weltkrieges. So erhielt der Begriff Entwicklung erst dann auf die Länder der sog. Dritten Welt bezogen politisch-ideologische Relevanz, als sich abzeichnete, dass *Entwicklungszusammenarbeit* im Kontext der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgetretenen Probleme in der geopolitischen Re-Organisation der Welt zur neuen politischen Doktrin werden könnte. Dieser Prozess vollzog sich als Folge des Dissenses bzw. der Konkurrenz der großen Machtassoziationen von Ländern im Kontext der politisch-ökonomischen Ideologien von Kapitalismus und Kommunismus.

Diese wahrhaft globale Umorientierung der Politik hat auch damit zu tun, dass die Entwertung der Strategien kolonialer Machtsysteme für Politik und Ökonomie tiefgreifende Auswirkungen auf die politischen und strategischen Doktrinen und ideologischen Diskurse des 20. Jahrhunderts hatte. Für den Kolonialismus war der Begriff Entwicklung kein zentrales strategisches Konzept¹³, das nun aber zum Kernkonzept der internationalen Politik wurde – die Geburtsstunde der Entwicklungspolitik. Es ging darum, einerseits ein Sicherheitskonzept zwischen den sich zunehmend entfremdenden großen Systemblöcken zu gestalten. Andererseits beabsichtigten die westlichen Führungsmächte ein Gegenmodell zu den alten Imperialismus- und Kolonialismuskonzepten zu entwickeln, das kompatibel sein sollte sowohl zu den geopolitischen und ökonomischen Machtansprüchen als auch zu den Freiheits- und Demokratiekonzepten der westlichen Zivilisation. Die damit entstandene Widersprüchlichkeit in den politischen Grundstrategien begründete das Dilemma der westlichen Politiken für die sog. Entwicklungsländer und das Aufkommen einer Glaubwürdigkeitskrise dieser Politik in den Ziel-Ländern der Dritten Welt.

Das politisch-pragmatische Ziel war, auf lange Sicht politisch-ideologisch Konkurrenzfähigkeit gegenüber sozialistischen Vorstellungen von gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Entwicklung in den sich zunehmend

13 Wenn auch in der Folge der kolonialen Strategie-Konzepte der unilateralen ökonomischen Ausbeutung in der Realität kollateral ‚Entwicklung‘ sozialstrukturell, kulturell und ökonomisch bewirkt wurde. Freiheitsbewegungen z. B. haben nicht selten ihre geistige Kraft in den Zirkeln des aufklärerischen Teils der gut ausgebildeten Eliten der Kolonialstädte gefunden.

emanzipierenden Kolonialgesellschaften bleiben zu können. Geopolitisch ging es darum, den wachsenden Einfluss des staatssozialistischen Machtblocks auf die Emanzipationsbewegungen in den im Entkolonialisierungsprozess befindlichen Staaten einzudämmen. Die Frage nach Kultur und kultureller Dynamik spielte in dieser Konfiguration von ‚Entwicklung‘ nur insofern eine Rolle, als dass kulturelles Selbstbewusstsein in den zu entwickelnden Gesellschaften als Ausdruck von Opposition und als unwillkommenes Hemmnis gegenüber den Modernisierungs- und politischen Homogenisierungsstrategien der Industrieländer angesehen wurde.

Bekannt ist die entsprechende Positionierung von Harry S. Truman in seiner Antrittsrede als Präsident der Vereinigten Staaten v. 1949, der geprägt vom (ökonomischen) Entwicklungsoptimismus der großen Industrieländer, weltweite Entwicklung als gesellschaftlichen *Binnenauftrag* der Industrieländer interpretierte: „Wir müssen mit einem neuen, kühnen Programm beginnen, um den Nutzen unserer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung dem Fortschritt und Wachstum der unterentwickelten Weltgegenden zugänglich zu machen“¹⁴.

Esteva (in: Schicho 2002) weist mit Recht darauf hin, dass das eigentlich Bedeutsame dieser Politikdefinition Trumans war, dass die Vorstellung von der Aufteilung der Welt in ‚entwickelt‘ und ‚unterentwickelt‘ nun in die Politstrategien der modernen westlichen Demokratien mit dem Segen der westlichen Führungsmacht eingebaut und legitimiert werden konnten¹⁵. Absicht war, auf diesem Weg die klassischen Strategien des Kolonialismus und Imperialismus ohne Macht- und Einflussverlust aufgeben zu können und die politischen Mittel zu definieren, um in einer Welt der sich entkolonialisierenden ‚Jungen Staaten‘ diese neu kategorisieren zu können – eben als Einordnung in die Spannweite einer von den reichen Industrieländern entwickelten Skala von ‚unterentwickelt‘/‚entwickelt‘. Allerdings blieb für die meisten der hier gemeinten Länder aus dieser Spannweite lediglich ‚Unterentwicklung‘ und später die Hilfskategorie ‚Schwellenländer‘ übrig. Damit wurde die strategi-

14 Zit. n. Walter Schicho, Entwicklung als gesellschaftlicher Auftrag, in: Fischer, Karin u. a., Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien, Frankfurt a. M. 2002.

15 Auf diese Weise wurde mit diesem Begriffspaar in die politischen Strategien von vorneherin eine Machtgefälle eingebaut, wo das Entwickelt-Sein grundsätzlich die Einflussnahme auf das konstruierte Unterentwickelt-Sein legitimiert. Die Bedeutung, die dieses Schisma für die Legitimierung von Entwicklungspolitik in das Innere der ‚entwickelten‘ Länder hatte, soll hier nicht diskutiert werden.

sche Wende von der Kolonialpolitik zur Entwicklungspolitik eingeläutet. Diese stellte die sich gerade von der Kolonisation emanzipierenden Länder, die also *Entwicklung* für sich in Anspruch genommen hatten, unter das Verdikt der *Unterentwicklung*. Entwicklungspolitik kristallisierte sich schon damals als das Instrument heraus, mit dem das durch die Entkolonialisierung für die westlichen Länder entstandene Machtvakuum in der Welt ausgefüllt werden sollte.

Neben allen Folgen für die Ausrichtung von Politik und für die globalisierenden Wirtschaftsaktivitäten wurde aus sozialer und kultureller Sicht zugleich für die große Mehrheit der Weltbevölkerung ein Stigmatisierungsprozess eingeleitet. Dieser hat überdeutlich seinen Niederschlag in den individuellen wie kollektiven Identitäten gefunden als Vorstellung davon, Angehöriger einer unterentwickelten Kultur oder Nation zu sein. Es wurde auf diese Weise eine nicht zu vernachlässigende Grundlage für einen weltumspannenden latenten Rassismus geschaffen. Man könnte auch formulieren, es entstanden die ersten Strukturen der Globalisierung eines sozio-kulturellen Rassismus, der sich nicht mehr aus bio-faschistischen Ideologien, sondern sich aus dem kulturell-abstrakt gewonnenen, diffusen Kontinuum von Entwicklung-Unterentwicklung der global Mächtigen herleitet.

4 Kultur und Unterentwicklung

An dieser Stelle wird bereits erkennbar, wie eng die *Verwendung* des Begriffs Entwicklung mit dem Begriff Kultur zusammenhängt, vor allem wenn man ihn in seiner tendenziellen Negation, nämlich *Unterentwicklung* betrachtet. Während nämlich Entwicklung im Wesentlichen als ökonomische und staatliche/politische Entwicklung interpretiert wird, wird Unterentwicklung nicht selten zunächst von einer angenommenen kulturellen Seite als das Fehlen von Zivilisation gesehen. Kulturelle ‚Unterentwicklung‘ wird zum Erklärungsparadigma, warum wirtschaftliche und politische Entwicklung nicht in Gang komme trotz aller Hilfebemühungen der ‚reichen Länder‘. Das ist allerdings einzig der Blickwinkel der reichen Industrieländer, die sich selbst als universelle Entwicklungsvorbilder im Ökonomischen, Gesellschaftlichen, Politischen und Kulturellen betrachten. Diese so merkwürdige Verkehrung unserer ansonsten so ökonomisch bestimmten Betrachtungsweisen hat etwas mit den Schuldzuweisungen für Armut an die Entwicklungsländer und dem oben erwähnten latenten sozio-kulturellen Rassismus zu tun: Vereinfacht gesagt, vermeintliche kulturelle, soziale und politische *Rückständigkeit* wird als Ur-

sache für das Fehlen des ökonomischen Erfolges ‚armer‘ Gesellschaften behauptet, also als Folge ihres kulturell bedingten Traditionalismus und des Fehlens der Grundeigenschaften und Fähigkeiten *zivilisierter Völker*¹⁶.

Dieser Blickwinkel beinhaltet, dass von der grundsätzlichen Überlegenheit der westlichen Zivilisation ausgegangen wird, die sich vor allem in ihrer wirtschaftlichen, technologischen und damit auch politischen Macht/Dynamik dokumentiere. In den Industrieländern hat das zu einem eigenartigen Verständnis von Kultur geführt. Es entwickelte sich ein verkürzter Kulturbegriff, der aus den Aktivitäten von Kultureliten, dem medialen Sponsoring dieser Eliten und dem ökonomisierten Herunterbrechen deren Outputs für die konsumierenden Massen speist. Die bemerkenswerte Korrelation von Eliten- und Massenkultur der westlichen Gesellschaften wird zugleich aus der Binnensituation der reichen Länder im Kontext der Weltgesellschaft auf das Schema ‚entwickelt-unterentwickelt‘ übertragen. Wer sich diesem Schema nicht unterwirft, wird als unterentwickelt deklariert. Andererseits hat sich in der neoliberalen Welt eine kulturferne Formulierung von Ökonomie und Politik herausgebildet, die einen umfassenden, die Gesellschaft als Ganzes und ihre diversifizierte Tradiertheit einbeziehenden Kulturbegriff als systemwidrig betrachtet. Die Devise ist: Alles ist systemwidrig, was jenseits der Logik der neoliberalen Wirtschaftsdogmen¹⁷ formuliert werden könnte.

Dennoch ist die Frage, wie Kultur und Entwicklung zusammenhängen, berechtigt – auch wenn sie sich nicht in der geschilderten Art und Weise beantworten lässt. Versucht man in praktischer Absicht (und das ist das Einzige, was einen Projektleiter in einem Entwicklungsprojekt motivieren könnte, diese Frage überhaupt zu stellen) eine Antwort zu finden, verführt gerade diese Absicht dazu Gesetzmäßigkeiten in einer Kultur – ganz im Sinne der Vorstellung von Kultur als „soziales Gedächtnis“ (Luhmann 2002, 587) – herauszufinden. Man möchte als praktisch Handelnder die Logiken der ange-troffenen Kulturen verstehen, die einem erklären könnten, warum Entwicklung so und nicht anders verläuft bzw. Hinweise gibt, wie man durch bessere Kenntnis ‚der‘ Kultur des Entwicklungsobjektes (Region, Staat, Gemeinde

16 Dieser Zirkelschluss und die damit verbundenen Fehlorientierungen der Entwicklungspolitik sind ein wesentlicher Grund für die Schwächen und Irrationalitäten der Entwicklungszusammenarbeit.

17 Zu den unsäglichen Plattitüden der Vertreter neoliberaler Wirtschaftspolitik s. den Artikel von Peter Schneider „Abrechnen, bitte!“ in: Frankfurter Rundschau v. 18.02.2009 (Jg. 65), 20/21.

etc.) – also von verdichtetem und strukturiertem Vergangenen – eine Optimierung der geplanten gesellschaftlichen Entwicklung – also Zukunft – erreichen kann. Abgesehen davon, dass in solchen Formulierungen eine ganze Reihe von Unbekannten auf Klärung warten (z. B. was soll eigentlich optimiert werden? Was bedeutet im gesellschaftlichen ‚Optimierung‘? Wie sieht das Ergebnis aus? Wie ist letzteres legitimiert?) ist bereits der Versuch, Kultur verobjektivierend als von den Subjekten abgetrennte Sinnsphäre zu definieren, zum Scheitern verurteilt. Sinnvoll ist jedoch der weniger traumatisierende Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit, vor jedem ‚entwickelnwollen‘, sich immanent mit den kulturellen Dimensionen einer gastgebenden Gesellschaft auseinanderzusetzen, Differenzanalysen zu betreiben und die Ansatzpunkte für gemeinsame Kommunikation und Handeln zu erarbeiten. Das bedeutet in erster Linie zu bedenken, dass kulturelle Entwicklung nur innerhalb der Kultur nach ihren eigenen Regeln und den Bedürfnissen ihrer Träger ablaufen kann und jede Intervention von außen große Risiken für die Entwicklungsfähigkeit und Stabilität der heimgesuchten Kulturen und der Identität der davon betroffenen Menschen bedeutet. Der Verlust von individuellen und kollektiven Identitäten hat sich immer schon als das am schwersten zu überwindende Entwicklungshemmnis herausgestellt, da er über den Verlust der Handlungsfähigkeit der Individuen die kulturelle Dynamik zur Selbstentwicklung ausbremst.

5 Kulturbegriff

In der Praxis der Entwicklungsarbeit hat die Verobjektivierung von Kultur zu fatalen Folgen geführt. Alles ist nun unterentwickelt, was sich jenseits der westlichen Erfolgsparadigmen artikuliert – es bilden sich Wertgefälle heraus, die Handlungsgrundlage in den verschiedensten Dimensionen des Verhältnisses zwischen den Reichen und Armen in der Welt werden können. Das Schlimme daran ist, dass selbst die gutwilligsten ‚Entwicklungshelfer‘, nicht selten mit hoher kultureller Sensibilität ausgestattet, sich diesem in Institutionen, Regelwerken, Politiken und Loyalitäten verfestigten paradigmatischen Rahmen nur schwer entziehen können.

Dazu trägt auch bei, dass für denjenigen, der in einer ihm fremden Kultur eines sog. Entwicklungslandes arbeitet, selten die Instrumente zur Verfügung stehen, die ihm in einem ersten Schritt helfen könnten, Kultur des gastgeben-

den Landes – unter Zuhilfenahme eines weiten Kulturbegriffes – in einer umfassenden Art und Weise wahrzunehmen¹⁸. Umfassend meint hierbei, dass die Mensch-Umwelt-Interaktionen in ihren alltäglich gelebten Traditionen, Normorientierungen und Verhaltensskripte als Grundlage der unterschiedlichsten kulturellen Ausprägungen einer Gesellschaft analysiert werden können. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass Kultur in jeder Gesellschaft einen funktionalen Sinn für die Systemstabilität hat. Systemstabilität ist aber in diesem Sinne nicht mit Statik gleichzusetzen, sondern beinhaltet ebenso eine dynamische Grundkomponente, die durch den Bezug des Kulturbegriffes auf das soziale Handeln, also Alltäglichkeit, zustande kommt. Erst die Aktualisierung des sozialen Gedächtnisses durch alltägliches Kommunizieren, Lernen und Handeln wird abstrakt gedachte Kultur zu lebendiger, Wirklichkeit gestaltender Kultur. Das bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass die Mensch-Umwelt-Interaktionen dazu tendieren, ein Optimum an Überlebenspotentialen zu entwickeln und über Kultur so generierte Verhaltensmodelle und dazu das entsprechende zeitliche Kontinuum zu ermöglichen. Kultur ist der *Bedeutungshorizont* des Handelns, dessen Regelmäßigkeit, Normierungen und institutionellen Verfestigungen ihrerseits dem Veränderungspotential der handelnden Menschen unterliegen. Kultur ist insofern Grundlage subjektiver Identität als sie es dem Individuum ermöglicht, sich als Teil einer über die jeweilige Kultur identifizierbaren Gemeinschaft des Denkens, Fühlens, Lernens und Handelns zu verstehen und von Anderen so wahrgenommen zu werden.

Auf einer allgemeineren Ebene bedeutet dies, dass Kultur elementare Grundlage des Verhaltens ist und Kultur letzten Endes nur am Verhalten der Menschen in ihrer Umwelt sichtbar wird. So verweisen Autoren wie Bühl, Bourdieu und Geertz (zum Beispiel) darauf hin, dass Kultur mehr ist als das lediglich subjektiv zu verstehende Individualverhalten. So spricht Bühl (1986) von Verhaltensstrukturen‘ als Ausdruck von Kultur, Bourdieu (1987) konstruiert dafür den Begriff ‚Habitus‘ als Formen strukturierter und strukturierender Struktur um den Praxiswert und die Dynamik von Kultur zu kenn-

18 Erschwerend kommt hinzu, dass er, je intensiver sich ein Entwicklungshelfer in ein Entwicklungsland einarbeitet, feststellen muss, dass er es mit einem ganzen Bündel nicht selten eigenständiger Kulturen zu tun hat, die sich erst durch den Kolonisationsprozess zu einer hybriden Gesamtkultur verdichtet haben, die weniger Horizont des Alltagslebens ist als Ausdrucksform eines an den Interessen der (meist) europäischen Kolonisatoren ausgerichteten Staatswesens und die lokalen oder regionalen Kulturen als oberste Kulturschicht überlagert.

zeichnen. Dem semiotischen Kulturbegriff von Geertz¹⁹ geht es ebenso um das Ergründen der über die Subjektivität hinausgehenden allgemeinen Komponenten und Regeln menschlichen Verhaltens. Das geschieht unter dem differenzierenden Blick des Ethnologen, dass das Handeln einem System von Symbolen²⁰ zugeordnet werden muss, um dem Beobachter verständlich zu werden, der dem gleichen System von Symbolen zugehört oder der sich gründliche Kenntnisse darüber erworben hat. Menschliches Handeln ist insofern symbolisches d. h. kulturelles Handeln und hat demnach im Ergebnis ähnlich wie bei Bourdieu immer einen auf Kollektivität bezogenen Charakter²¹, denn für Geertz gilt, dass „Kultur ... deshalb öffentlich (ist), weil Bedeutung etwas Öffentliches ist“ (Geertz 1987, 18) und sich zunächst also an alle einer Kultur zugehörigen Individuen richtet. Darüber hinaus entsteht aus dem Öffentlichkeitscharakter von Kultur zugleich ihre Außenwirkung, d. h. Kultur bietet sich grundsätzlich außerhalb ihrer Grenzen zum Verstehen an – Kultur will verstanden jedoch nicht von außen verändert werden.

Soziale Strukturen und insbesondere Symbolsysteme sind grundlegend für das sich selbst Verstehen und die soziale Ort- und Zeitbestimmung jedes einzelnen Menschen. Fragen wie ‚Wer bin ich?‘, ‚Wo gehöre ich hin?‘, ‚In welcher Zeit lebe ich?‘, ‚Was sind die mich tragenden sozialen Strukturen?‘ sind für den einzelnen Menschen nicht aus seiner Individualität heraus beantwortbar. Sie benötigen den Bezug zu den der jeweiligen Kultur immanenten kollektiven Strukturen, die dem Einzelnen die für seine Identität wichtige Welterschließung und vor allem aber den Zugang zu der symbolisch codierten Umwelt erst ermöglichen. Der Mensch erfährt seine Identität in der Kultur, denn Kultur stellt für ihn das entscheidende Mittel der Wirklichkeitserfah-

19 „Ich meine mit Max Weber, dass der Mensch ein Wesen ist, das in selbstgesponnenen Bedeutungsweben verstrickt ist, wobei ich Kultur als dieses Gewebe ansehe (Geertz 1987, 9).

20 Für Geertz werden dem Handeln erst über die Teilnahme an der kulturellen Symbolwelt Bedeutungen zugeordnet. Auf diesem Weg von dem rein Physischen über das Symbolische wird Handeln soziales Handeln.

21 Die eigentlich sich hieran anschließende Diskussion über die Theorien von Maurice Halbwachs u. a. zum kollektiven Gedächtnis als wesentlichem Bestandteil von Kultur, kann hier nicht geführt werden, s. hierzu den Artikel von Astrid Erll „Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen“ in: Ansgar Nünning und Vera Nünning (Hg.), *Konzepte der Kulturwissenschaften*, Stuttgart u. Weimar 2003, 156-185. Zu den methodologischen Folgerungen s. auch den von Lutz Niethammer 1980 herausgegebenen Sammelband „Lebenserfahrungen und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der ‚Oral History‘“. Hier wird die Kultur des Alltags in der subjektiven Spiegelung zum Wissenschaftsprogramm der ‚Oral History‘ als einer Sozialgeschichte, die sich an der Kultur der handelnden Menschen generell und nicht allein von Eliten orientiert.

rung dar – sie ermöglicht ihm den kommunikativen Austausch mit anderen Menschen und somit Lernen. Denn Kultur als kollektives und generations-überschreitendes Gedächtnis stellt sich dem Subjekt als ‚Erinnerungskultur‘ (Erll 2003, 176f) dar, die den Rahmen für identitätsgesichertes, spezifisches Verhalten des Menschen in seinem sozialen Umfeld bildet. Daraus folgt für die hier geführte Diskussion, dass Kulturen a) nicht ohne Weiteres substituierbar sind und b) eine immanente selbstreferentielle Dynamik, also Lernfähigkeit besitzen. Diese Grundlagen von Kultur müssen beim Austausch zwischen Kulturen oberste Leitlinie sein, wenn nicht individuelle wie kollektive Identitätsauflösung und Anomie im Gesellschaftlichen ausgelöst werden sollen.

6 Ein Beispiel für kulturelle Destruktion

Im Ergebnis kann das Kulturverständnis in den europäisch beeinflussten ‚Kultur‘nationen unter anderem durch das kulturelle Vorurteil gegenüber der großen Mehrheit der Kulturen vor allem der armen Länder der Welt beschrieben werden. Diese Vorurteilshaftigkeit wird besonders deutlich in den kolonialisatorischen Eroberungszügen Europas, in denen die Begegnung mit fremden Kulturen nach dem Einfachschemata des Bewusstseins von der Überlegenheit der europäischen Eroberungskulturen gelöst wurde: Militärisch gestützte Macht hat zugleich die Definitionsmacht über das was vernünftig, gut, schön, nützlich, wahr und erhaltenswert ist. Hier zwei Beispiele zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, als die kolonialisatorischen Eroberungszüge ihren Zenit bereits überschritten hatten und die europäischen eher aufklärerischen und an ‚Fremden‘ interessierten Weltreisenden den Blick auf den inneren Sinn der Kulturen der eroberten Völker zu richten begannen. Die Ureinwohner Lateinamerikas verfügten über ein für das Mensch-Umwelt Verhältnis optimiertes (in unsere Gegenwartssprache übersetzt) ‚Gesundheitssystem‘, das die europäischen Eindringlinge immer in Erstaunen und zugleich in kulturelles Unverständnis versetzte. Maximilian Prinz zu Wied-Neuwied, der relativ umfassend das Gesellschafts- und Kultursystem einiger der nativen Völkstämme in Brasilien analysierte, berichtete darüber: „Krankheiten sind unter den Tapuyas im Ganzen selten. Geboren in der freyen Natur, nackt dort aufgewachsen, an alle Abwechselungen des Tropenklimas, an heftige Hitze des Tages, Kühle und Feuchtigkeit, der Wälder und Nächte gewöhnt, empfindet ihr harter Körper keinen äußeren Eindruck der Luft, und ihre einfache, beständig gleiche Lebensart, bewahrt sie vor Uebeln, welche zu den unver-

meidlichen Folgen der Civilisation gehören. Häufiges Baden und stete Uebung der Kräfte geben ihrem Körper jene Vollkommenheit die man bey uns kaum dem Nahmen nach kennt. Gegen äußere Verletzungen und selbst gegen einige innere Krankheiten hat die Erfahrung sie mancherley Mittel kennen gelehrt ... usw. usw.“ (II, 52–53). Diese bewundernde Wahrnehmung führte jedoch keineswegs dazu, darin eine Chance für das kulturelle Lernen zu sehen, insbesondere für die europäischen Gesellschaften, die gerade was Gesundheitsfürsorge, Seuchenverhinderung und Hygiene anging, eher unterentwickelt waren und in dieser Hinsicht keineswegs als Vorbild für zivilisatorischen Fortschritt gelten konnten. Das ihren Lebensbedingungen durchaus angemessene, also vernünftige Verhalten der Tapuyas wurde dem vermeintlichen Status ihrer ‚Wildheit‘ zugerechnet als einem eher Tieren angeborenen instinktorientiertem Verhalten²². Schon damals verhinderten die Konzepte der Überlegenheit der europäischen Zivilisation und der ‚Wildheit‘ nicht europäischer Völker den friedfertigen und lernenden Austausch der Kulturen.

Ähnliches ließe sich für die ästhetischen Elemente von Kultur formulieren. Europäische Weltreisende des 18. und 19. Jahrhunderts – so der erwähnte Maximilian Prinz zu Wied und Neuwied – fanden z. B. in der Regel die ästhetischen Bemühungen indianischer Frauen, die sie selbst und ihre Männer als den Gipfel von Eleganz und Schönheit empfanden, z. B. Holzpflöcke und die tellerförmigen Einlagen in der Unterlippe oder den Ohrlappen (je größer umso schöner) als abstoßend und extrem hässlich und als Ausdruck von absonderlicher ‚Wildheit‘ bzw. fehlender Kultur. Sich mit einer Botocudofrau²³ einzulassen, wäre ihnen nie in den Sinn gekommen, es sei denn als Vergewaltigungsorgien in den Vernichtungszügen der kolonialen (männlichen) Soldateska. Die fehlenden Fähigkeiten zum Dialog und zur verstehenden Auseinandersetzung mit den ihnen fremden Kulturen und der feste Glaube an die Überlegenheit der europäischen Zivilisation, versperrten ihnen den Weg zu einem tieferen Verständnis der angetroffenen Kulturen. Sie wurden Opfer ihrer eigenen Ignoranz – es blieb ihnen lediglich die Macht der moralischen (und religiösen) Verurteilung gefangen im strukturellen Gefüge ihrer eigenen

22 Die Vorstellung Indianer eher Tieren zuzurechnen hat sich bis in die Gegenwart gehalten. So berichtet Müller (1995, 220) von Männern, die vor einem kolumbianischen Gericht ihre tödliche Verfolgung von Indianern „...gewissermaßen zum hygienischen Akt verklärte(n). ›Indianer wegputzen, das ist doch normal‹ ... ›Die Wilden sind nicht unseresgleichen. Sie sind Affen. ... Wir betrachten sie als Schädlinge‹“.

23 Die von den Portugiesen nach diesem Körperschmuck (‚botocudo‘) so benannte in Brasilien angetroffene Gens der Botocuden (originalsprachlich ‚Aimorés‘ bezeichnet).

Erinnerungskultur. Diese lieferte die Rechtfertigungs-Grundlage brutalster Machtausübung und – im Extrem – der Ausrottung der ihnen nicht verständlichen Kulturen. Funktionierende Stammes-, Herrschafts-, Familien- und Versorgungsstrukturen sowie an die Lebensumstände angepasste Moral- und Normsysteme und Religionen entzogen sich dem Verständnis der europäischen Kolonisatoren und ihrer auf wirtschaftliche Ausbeutung oder religiöse Missionierung ausgerichteten Interessen. Die Triebkraft der Kolonisation bestand in dem kulturellen Vorurteil der Suprematie der europäischen Zivilisation gegenüber dem Rest der Welt.

7 Kultureller Austausch

Die Reiseberichte des Prinzen zu Wied und Neuwied über einige Stammesgebiete in Brasilien sind eines der Dokumente aus den Anfängen des 19. Jahrhunderts, in denen sich das aufkeimende Interesse am Verständnis der Vielfalt eigenständiger Kulturen in der Welt und deren funktionale Bedeutung von Kultur für die Gemeinschaft von Menschen allmählich abzeichnete. Die eher wissenschaftlichen Ansätze führten zu bemerkenswerten naturwissenschaftlichen, geografischen aber auch soziokulturellen Erkenntnissen, dass Kultur in erster Linie situativ, also orts- und zeitgebunden analysiert, *empfunden* und *verstanden*, aber nicht *bewertet* werden sollte. Diese immanente Kritik an den kolonialisatorischen Aktivitäten Europas machte bereits deutlich, dass jeder Versuch, einfachen Kulturtransfer (dazu gehört auch die Übertragung von politischen, religiös-weltanschaulichen, sozialen, und ökonomischen Modellen) zu unternehmen, zum Scheitern verurteilt ist, wenn es um das Bestreben nach einer ganzheitlichen und auf kulturellen Austausch bezogenen Entwicklung aufeinandertreffender Kulturen geht. Die Geschichte zeigt, dass der Versuch des Kulturtransfers in der Regel zu Krieg und Vernichtung von ‚Unterentwickelten, Wilden und – aus welchen Gründen auch immer – ‚Unterlegenen‘ führt²⁴, also zur Pervertierung kulturellen Austausches. Zu diesem Versuch des Kulturtransfers gehört im Übrigen auch die christliche Missionierung der in dem Kolonisationsprozess angetroffenen Völker. Ähnliches trifft ebenso auf die islamische Eroberungen und die islamische ‚Missionierung‘ in Asien und Afrika zu.

24 Siehe dazu als Beispiel die auf die Gegenwart bezogene Diagnose von Huntington zum vermeintlich unausweichlichen ‚clash‘ zwischen den Kulturen der Industrieländer und dem Rest der Welt.

Kultureller Austausch hingegen benötigt das gegenseitige kulturelle Verstehen (einschließlich der Einsicht in die mit dem Verstehen aufkommenden Grenzen des Kultur-Verstehens) und den auslotenden Dialog, um sich selbst als Kultur entwickeln zu können. Dass die Möglichkeit dazu besteht, hat Paulo Freire vielfach mit dem dialogischen Prinzip als Pädagogik des voneinander Lernens in zahlreichen Kulturen dieser Welt vorexerziert. Lévi-Strauss verweist in den ‚Traurigen Tropen‘ (Triste Tropiques, 1955) darauf, dass das Verstehen fremder Kulturen nur Sinn macht und erfolgreich sein kann, wenn auf diesem Wege das Verständnis der jeweils eigenen Kultur gefördert wird und damit durch die Person des nun sich selbst ‚Verstehenden‘ auch für die Angehörigen einer anderen Kultur transparent wird. Vor allem wird aber auf diesem Weg die Bedeutung der eigenen Kultur für die ‚Anderen‘ als ‚Grounding für Entwicklung‘ relativiert und durch die Präzision des Verstehens zu einer nutzbaren Ressource. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass die Wahrnehmung und Akzeptanz der sozialen und kulturellen Verschiedenartigkeit von Kulturen zur Abwertung der jeweils anderen Kultur führt. Das Ganze läuft darauf hinaus die Kulturgebundenheit der eigenen Absichten zu erkennen und für andere erkenntlich zu machen. Darunter fällt dann auch z. B. – darauf weist Faschingeder (2000) hin – die Kulturgebundenheit dessen, was jeweils unter ‚Entwicklung‘ verstanden wird. Entwicklung wird so zum dialogischen Aushandeln der Möglichkeit eines gemeinsam zu beschreitenden Weges. Das Aufeinandertreffen von Kulturen wird auf diesem Weg zum Anreiz des selbstbestimmten voneinander Lernens.

Daraus kann man schließen, dass Entwicklungskooperation in jedem Fall zunächst die Einleitung eines kooperativen Konstruktionsprozesses erfordert, was Entwicklung (als Kernbegriff der ‚Entwicklungs‘kooperation) in der jeweiligen Situation für die Kooperierenden bedeutet. Das ist deshalb erforderlich, damit nicht die jeweilig andere Seite die Kultur des Gegenübers als Entwicklungshemmnis definiert, um die Überlegenheit der eigenen Kultur demonstrieren zu können. Für Wissenschaftler bedeutet dies ansonsten nicht selten, dass sie (Soziologen, Ethnologen, Pädagogen, Psychologen etc.) in der praktischen Zusammenarbeit dazu eingesetzt werden (oder sich gerne einsetzen lassen), vorgebliche ‚Entwicklungshemmnisse‘ in der ‚zu entwickelnden‘ Kultur überwinden zu helfen bzw. für einen modernisierungsorientierten Entwicklungsweg zu neutralisieren.

Die Vorstellung davon, dass Kultur ein Entwicklungshemmnis sei – sozusagen das Paradigma für ‚Unterentwicklung‘ – hat sich als verhängnisvoll für

die Zusammenarbeit zwischen den reichen und den armen Länder erwiesen. Die sich daraus ergebenden hierarchischen Strukturen in der Entwicklungs-kooperation sind bis heute das eigentliche Entwicklungshemmnis geblieben. Denn Kultur und kulturelle Dynamik stellt in jeder Gesellschaft die entscheidende Grundlage für Entwicklung dar, da sie Kommunikation, Lernen, Wissen, Handeln und Motivation der Menschen im Wesentlichen begründet. So wie Kultur empirisch nur durch das kommunikative Handeln der Menschen wahrgenommen werden kann, so entsteht Handlungsfähigkeit aus dem, was Kultur auch ist: ein Bedeutungs- und Wissensvorrat für das menschliche Handeln. Kultur bedeutet nach gängigen Vorstellungen, so Bühl (1986, 124) „ein ideeller, öffentlich wertgeschätzter und unterschiedlich über die Bevölkerung verteilter Wissensvorrat...“. Dieser Wissensvorrat hat durch seine Inhalte wie auch durch seine strukturelle Ordnung einen direkten Bezug zum Alltag der Menschen. Nur über ihn gelingt es dem Einzelnen sein Alltags-handeln abzusichern und seine Identität in den vielfältigen sozialen Organisationsformen und den von ihnen generierten Symbolwelten zu konstruieren. Daraus kann man erkennen, wie bedeutsam es für die Entwicklungszusammenarbeit ist den partnerschaftlichen und durch kulturelle Vorurteile unbelasteten Austausch von Wissen von der Alltagsebene bis hin zu Wissenschaft und Forschung zu optimieren.

Diese einfache Definition von Kultur als universellem Wissensspeicher, die Bühl auf der Basis der Analysen von Keesing (1974, in Bühl 1986, 124) referiert, gibt aber nicht präzise wieder, was Kultur zum Handlungsbackground werden lässt. Bühl selbst geht einen wichtigen Schritt weiter, in dem er auf die „systematischen Rückwirkungen“ der symbolischen Komponenten von Kultur auf die Identität des Menschen verweist: „...die symbolischen Komponenten (wirken) auf das Gefühlsleben, die Sensorik und Motorik des Menschen bis hin zur Regulation des Gefäßsystems und der Ordnung der Peristaltik ... Ja, ‚Kultur‘ zeigt sich erst in dieser Rückkopplung“ (Bühl 1986, 124). Denn Kulturen sind „Systeme von tief internalisierten, aber sehr generellen Verhaltensmuster, die menschliche Gemeinschaften befähigen, sich an die sich verändernde ökonomische Umwelt und an die sich wandelnden Zielsetzungen und Mittel der eigenen Mitglieder wie auch der anderen, mit ihnen interagierenden Kulturgemeinschaften anzupassen“ (ebd., 125). Die Rückkopplung von Kultur und Mensch bestimmt damit auch das prozessuale Verhältnis zwischen subjektiver Identität und gesellschaftlichen Institutionen als dem strukturellen und strukturierenden Ausdruck von Kultur. Kultur wird erst durch das Handeln des Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen

manifest und stellt zugleich erprobte Handlungsmodelle hierfür zur Verfügung. Er erwirbt also seine Handlungsfähigkeit durch seinen kulturellen Hintergrund (Identität) und stellt durch sein Handeln die Dynamik und Entwicklungsfähigkeit von Kultur her. Jeder Ansatz kulturell generierte Handlungsmodelle durch solche aus fremden Kulturen ersetzen zu wollen, wird sich schnell als Hemmnis für jegliche Entwicklungsdynamik erweisen, weil eine solche Vorgehensweise den Menschen – zumindest zeitweise – die Grundlagen für identitätssicherndes Handeln entzieht.

Aus dieser Überlegung heraus kann man bereits schließen, dass Kultur²⁵ über dieses Wechselverhältnis Grundlage gesellschaftlicher Entwicklung ist, ebenso wie der Versuch Kultur extern zu dominieren und damit für Identitäten zerstörerisch zu sein, sich in umfassendem Sinn entwicklungshemmend auswirkt. Der Eingriff in Kultur hat tiefgreifende Konsequenzen für die Integration des Einzelnen in das gesellschaftliche Ganze und das subjektive Selbstverständnis seiner gesellschaftlichen Existenz. Neben den Folgen für die Handlungsfähigkeit der Menschen resultiert daraus unter anderem der Verlust der Fähigkeit – und dies ist für die Entwicklungskooperation entscheidend – Interaktionen und Kommunikationen mit anderen Kulturgemeinschaften aufzunehmen. Das betrifft im Übrigen dann alle beteiligten Kulturen, die zunächst machtausübende wie die davon betroffene Kultur²⁶. Die kulturellen Systeme sind nicht mehr anschlussfähig. Es entstehen auf diese Weise Situationen, in denen das Gegenteil wirksam wird, was eigentlich Sinn der Entwicklungszusammenarbeit sein sollte. Die Systeme werden steril und die Fähigkeit zu dem lebenswichtigen Austausch von Ressourcen geht verloren – ‚Entwicklung‘ findet nicht mehr statt. Typische Symptome dafür sind das ‚Nicht-Verstehen‘ der Kultur des Anderen oder das hilflose ‚Unterwer-

25 Der generalisierende Begriff ‚Kultur‘ soll nicht ausblenden, dass in Gesellschaften der Gegenwart normalerweise ganze Bündel und Vermischungen von Kulturen angetroffen werden, die das Alltagshandeln der Menschen in unterschiedlichen Ausprägungen und Kombination bestimmen können. Daraus wird ersichtlich, dass das kulturelle Kommunikationsproblem zwischen Gesellschaften auch auf innergesellschaftliche Zustände zutreffen kann, was man z. B. an der Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika oder aus dem europäischen Einigungsprozess ablesen kann.

26 Das Eingeständnis nur durch Machtausübung über eine Gesellschaft und ihre kulturellen Ausprägungen Einfluss auf diese zu nehmen bedeutet nichts anderes, als das Scheitern der eigenen Kommunikationsfähigkeit einzugestehen. Das mag in extremen Gefahrensituationen für Gesellschaften das unausweichliche Übel sein, kann aber nicht für Entwicklungs- ‚zusammenarbeit‘ gelten, die ja gerade auf die Normalisierung und den Ausgleich der Beziehungen zwischen reichen und armen Länder zielt.

fen‘ sowie die Ausflucht in die indirekte und die direkte Gewaltanwendung in allen ihren Schattierungen, um die jeweils eigenen Kulturziele (Interessen, Bedürfnisse, Absichten, Institutionen etc.) gegenüber der anderen, als unterentwickelt deklarierten Kultur durchzusetzen bzw. vermeintliche ökonomische Vorteile durch *Unterwerfung* zu erlangen. Der Erhalt von ‚Funktions- und Adaptionfähigkeit‘ (Bühl) oder ‚Anschlussfähigkeit‘ (Luhmann) der kulturellen Systeme ist das alles überragende *transkulturelle* Ziel jeglicher Entwicklungszusammenarbeit – ohne sie geht nichts. Wer den ‚clash‘ der Kulturen predigt, hat es schon aufgegeben, friedfertige *Entwicklungszusammenarbeit* betreiben zu wollen.

8 Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit

Dennoch sollte der Diskurs über die Bedeutung der Kultur im Entwicklungsprozess nicht von maximalistischen Positionen aus geführt werden. Ebenso problematisch ist aber der Rückfall auf vermeintlichen kulturellen ‚Realismus‘²⁷, der letztlich Grundlage für den auf unilateralen Modernisierungstheorien beruhenden entwicklungspolitischen Pragmatismus ist, der bis heute in den Strategien der reichen Industrieländer in ihrem Verhältnis zu den ‚armen‘²⁸ Ländern vorherrscht. Die Bedeutung der Berücksichtigung von *kultureller Diversität* in einer dem Wort gerecht werdenden Entwicklungszusammenarbeit besteht in erster Linie in der Achtung des Rechtes der Menschen auf *kulturelle Selbstbestimmung*. Erst auf dieser Basis kann im Dialog zwischen den Kulturen herausgefunden werden, was Entwicklung in jedem Einzelfall bedeutet und welche Mühen es kostet, derart selbstkonstruiertes Wissen um Entwicklung in sinnvolles Handeln umzusetzen.

27 Gemeint ist hiermit das auf den Kulturvergleich bezogene Einfach-Schema entwickelt/unterentwickelt oder zivilisiert/unzivilisiert.

28 Betrachten wir die hier gemeinten Länder aus dem Blickwinkel des Rechenschiebers, so ist diese Bezeichnung hinreichend für die ökonomische Betrachtung von Armut. Schließt man jedoch den Reichtum von Kultur und die auf ihrem Boden gewachsenen Erfahrungsschätze z. B. für das Überleben unter schwierigsten klimatischen und geographischen Bedingungen ein, relativiert sich der Begriff ‚arme Länder‘, der ja im Übrigen ähnlich wie ‚unterentwickelt‘ einen Konstruktion von Seiten der sog. ‚reichen‘ Länder ist. Der Begriff ‚arme Länder‘ ist seit den neunziger Jahren als recht hilflose Beschreibung der realen Situation in den Ländern der Dritten Welt entstanden, unter anderem nachdem registriert worden ist, wie wenig erfolgreich die sog. ‚Entwicklungshilfe‘ der Vergangenheit in der Bekämpfung der ökonomisch bedingten Armut gewesen ist.

Der Wunsch nach bzw. die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von ‚reichen‘ und ‚armen‘ Ländern in der Welt ist heute neben vielen ökonomischen, politischen aber auch moralischen Fragestellungen auch eine Frage der Selbstkontrolle des Handelns der handelnden Institutionen. Dabei geht es nicht um eine simple Erfolgskontrolle, sondern um das Beschreiben, Analysieren und Bewerten des entwicklungspolitischen Handelns und der Folgen für die Menschen in den unterschiedlichen sozio-kulturellen Kontexten. Sozio-kulturelle Monitoringkonzepte als *ein*²⁹ Instrument der Selbstkontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit sollten aus diesem Grund bei dem Rückgriff auf den Begriff Kultur im Entwicklungsprozess die folgenden Punkte berücksichtigen:

1. Ausgehend von einem umfassenden Kulturbegriff sollte beachtet werden, dass Staatsgrenzen selten auch Kulturgrenzen sind. Man kann ebenso davon ausgehen, dass Kultur in einem konkreten Land immer eine Vielfalt von situativen (lokalen, regionalen, räumlichen, klimatischen, historischen, religiösen) Eigenheiten aufweist, auch wenn ein sog. ‚gemeinsames, kulturelles Erbe‘ angenommen wird, das sich meist aber lediglich als die Ausdrucksform einer Dominanzkultur politischer, ökonomischer, religiöser oder ethnischer Eliten erweist. Es macht also Sinn von Kultur im Plural, also von Kulturen zu sprechen und hierauf Entwicklungszusammenarbeit hin zu differenzieren.
2. Kulturen sollten immer auch als integrativer, Wissensvorräte nutzender Diskurs zur Ausgestaltung und Kontinuitätsbildung sozialer Verhältnisse verstanden werden. Das gilt auf lokaler, regionaler, nationaler wie globaler Ebene.
3. Kultur als kulturelles Vorurteil ist immer auch Ausdruck politischer, sozialer, wirtschaftlicher und diskursiver Macht und in der Regel auch widersprüchlichen Handlungsabsichten. Es dient dann nicht selten als Rechtfertigungsideologie der Machtanmaßung derer, die sich dieser Konstruktionen bedienen. Sie wird dann zu einer Grundlage, kulturelle Freiheit der ‚Anderen‘ einzuschränken. Voraussetzung für das Gelingen von Entwicklungszusammenarbeit ist der Aufbau von Mechanismen der Kontrolle von Macht und einseitiger Dominanz.

29 Solche verobjektivierenden Verfahren, die dem eher kognitiven Vorgehen in der Entwicklungstätigkeit entsprechen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grundlage dafür immer auch eine auf die Persönlichkeit bezogene Problematik darstellt. Mit Recht stellt Geertz (1995, 26) die Frage, „What happens to *verstehen* when *einfehlen* disappears?“.

4. Kulturen haben jedoch für die Menschen und ihre Handlungsmöglichkeiten eine doppelte Bedeutung. Zum einen liefern sie Wege (Symbole, Beutungszuweisungen, Wissensvorräte, Werthierarchien, Normen, Skripte und institutionelle Eigenschaften) um Interaktion, Kommunikation und soziale Beziehungssysteme zu ermöglichen. Zum anderen führt gerade die Komplexität von Kultur bzw. von Kulturen zu ‚Verstrickungen‘ in die Kultur, die die Distanzgewinnung und den Aufbau von Handlungsfähigkeit von kulturellen Dekonstruktionsprozessen abhängig machen. Das Erlernen und Erforschen von Kultur als Grundlage von Bildung ist insofern als ein zentraler Prozess des Umgangs mit Kultur anzusehen und sollte deshalb ein zentraler Bestandteil von Entwicklungszusammenarbeit sein.
5. Für die Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung ist, dass Kultur über die Zeit verarbeitete Alltagserfahrungen, Sinnproduktionen, Handlungsmodelle, Wertsysteme und Wissensreservoirs von sozialen Systemen darstellen, die tiefgreifende Bedeutung für die Identität und die subjektiven Handlungsskripte jedes einzelnen Menschen das Überleben der sozialen Gemeinschaften haben. Auf diese Weise werden in Gesellschaften über ihre Kultur(en) selbstreferenzielle Potenziale für Entwicklung generiert. Der Inhalt bzw. Zielstellung von Entwicklung wird dann nicht definitorisch festgeschrieben, sondern wird erst als Ergebnis innerdynamischer Prozesse von Kulturen und externer Anstöße durch die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Kulturen erkennbar.
6. Kultur ist demnach auf den Dialog und Austausch mit anderen Kulturen angewiesen, um Ressourcen für die eigene kulturelle und soziale Dynamik zu erhalten und um das Bedeutungsgefüge der eigenen Kultur verstehen zu können.

An diesen Vorstellungen von Kultur und Entwicklung setzt das von IBSAE entwickelte soziokulturelle Monitoring an. Die Absicht ist demnach, demjenigen, der sich fremde Kultur erfahrbar machen möchte, Instrumente an die Hand zu geben, mit deren Hilfe die Alltäglichkeit des Lebens in Armut und die hier sich entwickelnde Kunst des Überlebens (Alltagskultur) einschließlich der damit verbundenen Verhaltensskripte, Normorientierungen und Institutionalisierungen zumindest ansatzweise wahrgenommen und verstanden werden können. Das soziokulturelle Monitoring ist also ein minimalistisches Konzept des Versuches der Kulturwahrnehmung in der Entwicklungszusammen-

menarbeit. Des Weiteren erlaubt ein solches Konzept, auf der Basis seines evaluativen Charakters Wege zur Selbstevaluation der Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen, unabhängig davon, aus welchem sozio-kulturellen Kontext sie stammen. Hinzukommt, dass Monitoringkonzepte als Instrumente der interkulturellen Wissenskonstruktion ausgestaltet werden können um die Vernetzung der unterschiedlichen Bereiche und Ebenen des Wissens zu erleichtern. Das bedeutet auch, Entwicklungsaufgaben werden von den Resultaten her betrachtet und nicht als Voraussetzungen eines dialogischen Prozesses zwischen den beteiligten Akteuren aus den unterschiedlichen Kulturen angesehen. Der dialogische Prozess ermöglicht dann Wissen zu generieren und in pädagogische Prozesse einzubauen, die helfen können, aufgabenbezogen Probleme in der gesellschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Adressaten zu lösen.

Literatur

- Bliss, Frank Hrsg. (1986): Sozio-kulturelle Faktoren der Entwicklungsarbeit und der Beitrag der Ethnologie, Bonn: PAS e.V.
- Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bühl, Walter (1986): Kultur als System, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 27/1986 „Kultur und Gesellschaft“, S. 118ff.
- Erl, Astrid (2003): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, in: Ansgar Nünning und Vera Nünning (Hg.), Konzepte der Kulturwissenschaften, Stuttgart u. Weimar 2003, 156-185.
- Faschingeder, Gerald (2000): Kultur und Entwicklung. Ein unscharfes Begriffspaar zwischen Wiederbelebung und Dekonstruktion, in: epd-Entwicklungspolitik. Heft 20 (2000), Frankfurt am Main: GEP Verlag, S. 1ff.
- Faschingeder, Gerald (2004²): Kultur und Entwicklung. Zur Relevanz sozio-kultureller Faktoren in hundert Jahren Entwicklungstheorie, Wien: Brandes & Appsel/Südwind.
- Freire, Paulo (1973): Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg: Fischer Taschenbuch Verlag.

- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*, New York: Free Press.
- Geertz, Clifford (1987): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a.M.: Edition Suhrkamp/Suhrkamp Verlag.
- Geertz, Clifford (1995): *From the Native's Point of View. On the Nature of Anthropological Understanding*, in: Nancy Rule Goldberger und Jody Bennet Veroff (Hg.), *The Culture and Psychology (Reader)* New York und London 1995: New York University Press.
- Gieler, Wolfgang (2009): *Entwicklungspolitisches Verständnis und die Bedeutung von Kultur im globalen Kontext*, in: Gieler, Wolfgang und Jürgen Bellers Hrsg.: *fremdes Verstehen: Entwicklungspolitische und ethnologische Beiträge*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Haskamp, Sandra (2002): *Neue Tendenzen in der Entwicklungspolitik. Idee und Grundlagen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*, Oldenburg: Verlag Dialogische Erziehung (vde).
- Huntington, Samuel P. (1998⁵): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München und Wien (Europa Verlag GmbH).
- Levy-Strauss, Claude (1955): *Triste Tropiques*, Paris: Librairie Plon.
- Luhmann, Niklas (2002): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, in zwei Bänden, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft als Lizenzausgabe Suhrkamp Verlag 1997.
- Müller, Wolfgang (1995): *Die Indianer Amazoniens. Völker und Kulturen im Regenwald*, München: Verlag C.H. Beck.
- Niethammer, Lutz Hg. (1980): *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt am Main: Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft.
- Nünning, Ansgar und Vera Nünning Hg. (2003): *Konzepte der Kulturwissenschaften*, Stuttgart und Weimar: Verlag J.B. Metzler.
- Nuscheler, Franz (2005): *Entwicklungspolitik*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/Dietz.
- Prinz zu Wied-Neuwied, Maximilian (2001): *Reise nach Brasilien in den Jahren 1815–1817* 2 Bände (Reprint der Ausgabe von 1820), St. Augustin: Gardez! Verlag.

- Rommelspacher, Birgit (1998²): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit, Berlin: Orlanda Frauenverlag GmbH.
- Rommelspacher, Birgit (2009): Intersektionalität – über die Wechselwirkung von Machtverhältnissen. In: Ingrid Kurz-Scherf, Julia Lepperhoff und Alexandra Scheele (Hg), 2009: Feminismus; Kritik und Intervention. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 81–96.
- Schicho, Walter (2002): Entwicklung als gesellschaftlicher Auftrag, in: Fischer, Karin u. a., Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien, Frankfurt a.M./Wien: Brandes&Apsel/Südwind.
- Schneider Peter (2009) „Abrechnen, bitte!“ in: Frankfurter Rundschau v. 18.02.2009 (Jg.65), S. 20/21.
- United Nations Development Programme, UNDP (2004): Human Development Report 2004. Cultural liberty in today's diverse world, New York: UNDP.

Dorothea Czarnecki, Tanja Wilmlink

Familie und Entwicklung

1 Einleitung

Entwicklungskooperation, die ihren Namen verdient, beruht neben den ökonomischen politischen und technischen Komponenten auf der Vernetzung dieser Faktoren in konkreten Projekten. Die Familie – und das ist der Gegenstand dieses Artikels – findet bei der Planung und Durchführung von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – Projekten selten hinreichende Berücksichtigung. Dabei steckt in diesem innerhalb einer Gesellschaft vielleicht wichtigstem Teilsystem eine Menge Potenzial, welches – im Falle einer durchdachten Einbeziehung – besonders für die Entwicklungszusammenarbeit von großem Nutzen sein kann.

Von dieser Überlegung ausgehend stellt sich die zunächst zu beantwortende Kernfrage: Welche Rolle spielen Familiensysteme bei der kulturellen Kohärenz von Gesellschaften in Schwellen- und Entwicklungsländern? Das führt dann zu der für Entwicklungsprojekte eher praktischen Frage, welche Bedeutung und welches Potenzial traditionelle Familienstrukturen – insbesondere Großfamilien – für den Bereich Entwicklung haben und ebenso welche ihrer Grenzen für den Entwicklungserfolg zu bedenken sind. Familien und Verwandtschaftssysteme sind ihrerseits nicht unbeeinflusst von den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen geblieben, die vor allem durch Kolonisation, Imperialismus und Globalisierungsprozesse den Lauf der Geschichte in vielen der sog. Entwicklungsländer gestaltet haben. Was resultiert also aus den erheblichen Veränderungen dieser Familienstrukturen durch externe Einflüsse? Inwiefern haben die Entwicklungsdekaden zu einem Prozess der Auflösung dieser traditionellen familiären Strukturen beigetragen? In wie weit ist der soziale Wandel als ein Wandel der Familie zu verstehen? Und wie wirkt sich dieser soziale Wandel auf die Bevölkerungsentwicklung eines Landes aus? Zudem werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie in der heutigen Entwicklungs-

zusammenarbeit sinnvoll mit dem Potenzial großfamiliärer Strukturen umgegangen werden kann. Ziel ist es, eine theoretische Basis herauszuarbeiten, aus der sich praktische Schlüsse für die Entwicklungszusammenarbeit ziehen lassen.

2 Familie, Kultur und Bildung

Brühl/Zange (2007) haben den Versuch unternommen, der Frage nach der Verbindung zwischen Kultur, Sozialisation und Gesellschaft eine theoretische Antwort zu geben: „Die jeweilige Kultur einer Gesellschaft stellt die zentralen sozialen Ressourcen für den Sozialisationsprozess zur Verfügung, da ihre Grundelemente die Grundausstattung unserer Persönlichkeit entscheidend gestalten“ (63). In der Kultur einer Gesellschaft, aufgefasst als der „übergesellschaftliche und überindividuelle Erfahrungsspeicher der Menschen“ (ebd.), spiegeln sich die jeweiligen Traditionen, Werte und Normen, Verhaltensmuster und Modelle personaler wie sozialer Identitäten wieder, die wiederum im Einzelnen von der Familie und den jeweiligen Individuen repräsentiert, gelebt und sozialisiert werden. Sozialisation ist demnach als ein „Prozess der reflektierenden Auseinandersetzung mit der eigenen Kultur“ (64) zu verstehen. Innerhalb dieser Auseinandersetzungsprozesse bedienen sich Menschen konkreter Mittel, um ihre Lebenswelt möglichst stabil zu gestalten und ihren Alltag bewältigen zu können. In diesem Kontext werden besonders Rituale (familiäre Interaktion, Familienfeiern, Traditionen) zu kulturellen Praktiken, die Tradition und Kohärenz sichern sowie bestehende Wertsysteme festigen und legitimieren (vgl. Audehn et al. 2007) und ihre Internalisierung und Ausübung durch jedes Familienmitglied ermöglichen. So werden der Fortbestand und die Entwicklung sozialer Systeme und ihres kulturellen Hintergrundes gewährleistet. Rituale erhalten dadurch eine besondere Bedeutung sowohl für die kulturelle und soziale Kohärenz innerhalb der Familie als auch für die Identitätsbildung der einzelnen Familienmitglieder.

2.1 Bildungsort Familie

In einer Gesellschaft werden die vorherrschenden kulturellen Werte sowohl durch die Ausübung von Ritualen als auch als situationsbezogene Verhaltensskripte von Individuen internalisiert, erprobt, stabilisiert oder angepasst und schließlich in ihre Umwelt wie auch an die Folgegeneration weitergegeben. Die darin enthaltenen Wertvorstellungen prägen die Erziehungsziele und

-methoden Erwachsener, indem diese durch Riten und Bräuche „das kollektiv geteilte symbolische Wissen der Familie [praktizieren, umsetzen, anwenden, leben]“ (Audehn et al. 2007, 424). Diese Form der Weitergabe von Kultur ist eine elementare Leistung von Familiengemeinschaften. Büchner/Brake (2006) haben aufgezeigt, dass Familie als ein zentraler Bildungsort innerhalb von Gesellschaften zu verstehen ist. Diese Sichtweise beruht darauf, dass die Reduzierung von Bildung auf formaler Schulbildung aufgehoben und stattdessen an der Kulturtheorie Bourdieus orientiert wird. Ihr zufolge finden durch wechselseitige Austauschbeziehungen von Bildung und Kultur zwischen den Generationen Lernprozesse statt, die es dem Einzelnen erst ermöglichen, nicht nur in der Familiengemeinschaft selbst seinen Platz zu finden, sondern auch innerhalb einer Vielfalt von Lebensumwelten der Gesellschaft. Schule wird so lediglich als ein Bildungsprozess unter einer Vielzahl von kulturell definierten Wegen des Erwerbens von Bildung und der Teilnahme an sozialem und kulturellem Lernen verstanden.

Auch wenn Büchner/Brake sich in ihrer Untersuchung auf Industrieländer beziehen, so lassen sich ihre Überlegungen auch auf das Modell der traditionellen Großfamilie in Entwicklungsländern, die mehrere Generationen und Einzelfamilien unter einem Dach vereinen können, übertragen. Denn besonders dort, wo der Zugang zu formaler Bildung oftmals durch ökonomisch, sozial oder kulturell bedingte Umstände verwehrt bleibt (z. B. Armut, soziale Hierarchien, Traditionen; oft werden besonders Mädchen vom Schulbesuch ausgeschlossen), nimmt die informelle Bildung¹ innerhalb der Familie einen hohen Stellenwert für die geistige und soziale Entwicklung jedes und jeder Einzelnen ein. Demzufolge hat dies grundlegende Auswirkungen auf die Entwicklung eines Landes. Denn wenn Entwicklung im positiven Sinn als eine Verbesserung der Lebensqualität definiert wird, können Lernen² und Bildung als Grundlage und Motor für Entwicklung verstanden werden. Die Stützung der Bildungsleistungen der Familie stellt demzufolge ein probates Mittel der Armutsminderung dar. Das Wissen um die eigene Kultur und Lebenswelt,

1 „Informelle Bildung bezieht sich auf lebenslange Lernprozesse, in denen Menschen Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen durch Einflüsse und Quellen der eigenen Umgebung erwerben und aus der täglichen Erfahrung (Familie, Nachbarn, Marktplatz, Bibliothek, Massenmedien, Arbeit, Spiel etc.) übernehmen.“ (Kompass: www.kompass.humanrights.ch/cms/front_content.php?idcat=1539).

2 Bei der Definition des Begriffes Lernen stützen wir uns auf die vier Säulen des Lernens der Delors-Kommission: 1) Lernen, Wissen zu erwerben 2) Lernen, zu handeln 3) Lernen, zusammen zu leben 4) Lernen für das Leben (vgl. Delors, J. et. al. 1997).

welches in der Familiengemeinschaft durch Alltagserfahrungen, Traditionen und Rituale generiert und weitergegeben wird, ist eine kaum ersetzbare Form von Bildung und transformiert sich im weitesten Sinn zu kulturellem Kapital. Evers (1999) weist darauf hin, dass Wissen sehr oft kontextgebunden sei, denn je nach Einbettung in bestimmte soziale Situationen ändere sich auch sein Erkenntniswert. „Damit nimmt insgesamt lokales Wissen an Bedeutung zu. Zuverlässiges Wissen ist in wachsendem Maße lokal begrenzt.“ (ebd., 9) Wissen und Bildung regulieren den Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen, die u. a. auch die Einflussnahme auf soziale, politische und ökonomische Prozesse steuern können. Gelingt dies, eröffnet sich so die Teilhabe an sozialer Macht.

2.2 Identitätsbildung durch Rituale

Die Familie ist nicht nur Ort von Bildungsprozessen, sondern hat zudem zentrale Bedeutung für die Identitätsbildung ihrer Mitglieder. Innerhalb der Familie setzen sich ihre Angehörigen mit den überkommenen Wert- und Normbeständen ihrer Kultur auseinander, die vor allem durch die Ausübung von Ritualen zum Ausdruck kommen. Nicht selten sind dies für das einzelne Familienmitglied konfliktreiche Prozesse, die jeweils einer situationsbezogenen Lösung bedürfen, um zur Identitätsbildung bzw. -erweiterung beitragen zu können. Diese Ambivalenz der Identitätszuschreibung sieht man auch daran, dass sie ebenso für nonkonforme bzw. exkludierte Familienmitglieder gilt. Ein Beispiel dafür sind die in sog. Entwicklungsländern anzutreffenden auf der Straße lebenden Kinder, die durch verschiedenste Umstände den Bezug zu ihren Familien zumindest teilweise aufgegeben haben bzw. aufgeben mussten. Aus den nun für sie gültigen Umwelten (Überlebensregeln und Wertsysteme) entsteht ein neue Lebensumwelt, den sie als Teil ihrer persönlichen Identitätsbildung zu nutzen wissen. Die Ausgrenzung aus dem ritualisierten Familienleben bedeutet keineswegs das Ende identitätsbildender Prozesse bzw. die zwangsläufige Auflösung familienbezogener Identitäten. Rituale dienen demzufolge zum einen der Identitätszuschreibung, zum anderen der Grenzziehung, aber auch auf diesem Weg der Übergangsbestimmung zu anderen Lebenswelten. Je nachdem, ob sie an bestimmten Ritualen teilnehmen oder nicht werden Personen hinsichtlich der Zugehörigkeit zu definierten sozialen Gruppen ein- bzw. ausgegrenzt. Rituale können Gemeinschaften stabilisieren, indem sie Mitglieder und Nichtmitglieder bzw. das Prozedere der Aufnahme in und Ausstoßung aus der sozialen Gruppe, als ‚anders‘, defi-

nieren. Man beachte, dass sich Identität nur im Miteinander bilden und formen kann, d. h. wer z. B. durch nonkonformes Verhalten oder durch Umstände erzwungen seine Familiengruppe verlassen muss, wird auch weiterhin den Bezug zu anderen Menschen in seiner Umwelt für seine Identitätsentwicklung benötigen und sich die Rituale einer neuen Lebensumwelt anzueignen versuchen. Der immerwährende, unbewusst verlaufende Prozess der Identitätsbildung wird gesellschaftlich mitbestimmt und kann nicht nur als individuelle Willensentscheidung des Einzelnen verstanden werden. Zudem sind diese Prozesse immer gebunden an Macht und Ausschluss, da sich Identität erst durch die Abgrenzung von anderen und dem Herausfinden der sozialen Abhängigkeiten stabilisiert, sich aber immer weiter entwickeln kann (vgl. Marchart 2008, 177). Rituale bestimmen also kollektive Identitätsbildungen (vgl. Audehn et al. 2007, 424). In der Umkehrung bedeutet dies, dass Gemeinschaften Rituale benötigen, um die für die individuelle Identitätsentwicklung bedeutsamen sozialbildenden Prozesse gewährleisten zu können, wie z. B. die Regelung von Inklusionen und Exklusionen als auch der Absicherung von Alltagsverhalten.

2.2.1 Rituale als Kommunikationsform

Rituale können dies leisten, da sie eine zentrale Form von Interaktion und Kommunikation sind, sprich kulturelle Wege der Übermittlung oder Übertragung von Botschaften (vgl. Marchart 2008, 137), deren Akzeptanz oder Ablehnung der Herstellung von Beziehungen zwischen Individuen und sozialen Gruppen dient. Kommunikation verweist immer auf einen kulturellen Bezugspunkt, laut dem das Ritual eine symbolträchtige „Zeremonie [ist], die Menschen zusammenbringt und darüber Gemeinschaft, letztlich soziale Identität stiftet“ (ebd., 140). Kommunikation wird hier als Prozess verstanden, mit Hilfe dessen es gelingt, eine gemeinsame Kultur zu schaffen und zu entwickeln (vgl. Marchart 2008 nach Carey 1992, 43). Der Wiederholungscharakter von Ritualen, deren Gelingen praktisches Wissen voraussetzt, ist ein wichtiges Merkmal. Dennoch handelt es sich hierbei nicht lediglich um Wiederholungen bestimmter ritueller Handlungen, sondern vielmehr um „kreative Wiedererzeugung ritueller Interaktionen“ (Audehn et al. 2007, 427). Auf diese innovative Weise gelingt es, sich an verändernde externe (gesellschaftlich-soziale) wie interne (familiäre) Umstände anzupassen und angemessen zu reagieren.

2.2.2 *Rituale als sozialisierende Wirkform*

Audehn et al. (2007) verweisen auf einen weiteren interessanten Aspekt von Ritualen: ihr pädagogisches Potenzial (429ff.). Die Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit der Familienmitglieder wird durch Riten und Bräuche wahrnehmbar und so bekräftigt, zudem werden sie dadurch zu Solidarität und Integration motiviert und befähigt. Die sozialisierende Wirkung von Ritualen kommt durch die Herausbildung von Identitäten, Fähigkeiten und Rollen innerhalb des sozialen Familienmilieus zum Ausdruck. Denn wenn Erziehung als „diejenigen Handlungspraktiken [verstanden wird], die die Bedingungen dafür bereitstellen, dass Menschen in die Lage versetzt werden, sich zu einem bestimmten geforderten Verhalten und Handeln zu entwickeln, so bilden Rituale zentrale Hintergrundbedingungen für Erziehungs- und Bildungsbemühungen“ (ebd., 429). Fehlt jedoch dieser Rahmen der vertrauten Beziehungen mit klar definierten Normen und Werten, so kann darunter die Entwicklung einer stabilen Identität des Einzelnen leiden. Über Generationen hinweg droht sogar ein Zerfall kultureller Normen und Werte innerhalb ganzer Gemeinschaften. Ein solcher Prozess des Zerfalls oder des Bedeutungsverlustes von Gemeinschaften wirkt sich unmittelbar und negativ auf das Wohl des Einzelnen aus (vgl. Hoefele/Rüdiger, 2000).

Andere Stimmen, wie Max Weber und Georg Simmel, machen jedoch darauf aufmerksam, dass es nicht zwangsläufig zu einem Bedeutungsverlust von Gemeinschaften kommen muss. Wenn sich die möglichen sozialen Gruppenzugehörigkeiten und die Bezugssysteme vervielfachen, entstehen die gesellschaftlichen Räume, die Menschen benötigen, um sich als eigenständige Individuen entfalten zu können (vgl. Veith 2001, 114). Die soziale Abhängigkeit des Einzelnen bleibt also weiterhin bestehen, allerdings wird die Familie als primäre Sozialisationsgruppe ergänzt durch außerfamiliäre Beziehungssysteme. Die darin neu entstehenden Ordnungsformen des gesellschaftlichen Miteinanders fördern eine im Familienkontext kaum mögliche Vielfalt von kultureller Wahrnehmung, Lebenserfahrungen und damit von Individualentwicklung und Selbstverantwortlichkeit. Die kulturelle und identitätsbildende Entwicklung des Menschen gewinnt seine Dynamik aus ihrem reziproken Charakter. Die Familie als soziale Umwelt wirkt nicht nur auf das Individuum ein, sondern Individuen wirken ihrerseits gestaltend auf die Familie als ihre unmittelbare soziale Umwelt ein, d. h. es bildet sich eine wechselseitige Entwicklungsdynamik heraus. Die Familie ist im Grunde ein Paradoxon: einerseits birgt sie durch ihre Grundeigenschaften nämlich durch ihren inti-

men Charakter, die große räumliche und personale Nähe und ihre immanenten Machtstrukturen große Risiken für ihren eigenen Bestand, die z. B. in Scheidungen oder innerfamiliärer Gewalt zum Ausdruck kommen können. Andererseits bildet sie in funktionsfähigem Zustand für die Familienmitglieder eine kaum zu ersetzende schützende Einheit vor schädlichen externen Einflüssen, beispielsweise vor den Folgen von Arbeitslosigkeit und Verarmung, einer unzureichenden Gesundheitsversorgung oder einem mangelnden Zugang zu Bildungseinrichtungen (vgl. Arriagada 2002).

3 Leistungsfähigkeit traditioneller Familienstrukturen – Potenziale und Grenzen

Da die Formen des familiären Zusammenlebens gemeinhin von großer Vielfalt gekennzeichnet sind, erweist es sich selbst bei einer Fokussierung auf vorherrschende Familienmodelle in Entwicklungsländern als nicht sinnvoll, nur einen einzigen Familientypus als die „traditionelle Familienstruktur“ bezeichnen zu wollen. Die praktische Arbeit der IBSAE-Gruppe in Uganda³ hat allerdings gezeigt, dass für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Familie und Entwicklung besonders das theoretische wie auch praktisch gelebte Modell der Großfamilie von großer Relevanz ist. Großfamilien stellen neben ihren vielen Eigenschaften eine personale und strukturelle Erweiterung familiärer Ressourcen dar. Das lässt sich vor allem auch daran ablesen, dass ökonomisch gesehen die Großfamilie für die Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielt. In vielen Entwicklungsländern ist gerade die Familie der Ort, an dem für eine Vielzahl von ökonomischen Prozessen die zentrale Arbeitsleistung erbracht wird. Familien und vor allem Großfamilien sind bis heute noch als „Hauptarbeitgeber“ zu sehen – allen voran für Frauen und Kinder⁴. Das gilt nicht nur für ländliche Regionen in Entwicklungsländern sondern auch für den informellen Sektor in urbanen Gebieten, wo das Organisieren von Arbeit und den erforderlichen Lernprozessen in wichtigen Produktions- und Dienstleistungsbereichen (Overwien et al. 1999) zentrale Familienaufgaben (Brühl 1989) sind, die für das Funktionieren bzw. das Überleben der ökonomischer Grundstrukturen in Entwicklungsländern unabdingbar sind.

3 Vgl. IBSAE Studien 2000–2006.

4 Für die Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderarbeit siehe weiter unten in diesem Kapitel.

3.1 Familie, Frauen und Arbeit

Die produktive Arbeitsleistung von Frauen wird in der Regel kaum wahrgenommen. Beharrlich hält sich die stereotypisierte Vorstellung des Mannes als Hauptnährer der Familie, Frauen spielen dabei lediglich die Rolle der „Zuverdienerin“. Dabei entspricht dies schon lange nicht mehr der Realität der meisten Entwicklungsländer. Auch wenn Frauen oftmals nicht von der Gesellschaft öffentlich in dieser zentralen Versorgerrolle wahrgenommen werden – verdienen sie nicht selten den größten Teil des Lebensunterhalts für ihre Familien. Selbstverständlich variiert diese Situation von Land zu Land. Die Ökonomie der Landwirtschaft in Asien verläuft nach anderen gesellschaftlichen und kulturellen Mustern als dies in Afrika geschieht. Unterschiede gibt es nach städtischen und ländlichen Regionen oder auch in Abhängigkeit von dem Fortschreiten emanzipatorischer Prozesse. Frauen spielen auch in Industrie und Dienstleistung oder als Angestellte in den Verwaltungen eine bedeutende Rolle. Sie wandern auf der Suche nach Arbeit mit oder ohne ihre Familienangehörigen in die Städte ab und übernehmen dort nicht selten die Rolle des Familienoberhauptes wie z. B. Brühl (1989) dies für den Nordosten Brasiliens aufgezeigt hat. Doch in den folgenden Ausführungen soll auf Grund des Fokus der bisherigen Arbeit von IBSAE die Bedeutung der „Frauenarbeit“ im subsaharischen Afrika und Lateinamerika in Landwirtschaft und Handel genauer betrachtet werden.

In Subsahara-Afrika sichert die Landwirtschaft den Lebensunterhalt der meisten Familien. In ihr finden sowohl Männer als auch Frauen ihre Hauptbeschäftigung. Doch schon Boserup (1982) zeigte dabei einen bedeutenden Unterschied auf, der bis heute größtenteils unverändert geblieben ist: Männer sind eher auf Plantagen als Lohnarbeiter beschäftigt, auf denen z. B. Marktfrüchte für den Export produziert werden. Der Nahrungsmittelanbau für die Selbstversorgung ihrer Familien und den lokalen Handel liegt hingegen in den Händen der Frauen. Die dabei von ihnen erbrachte Arbeitsleistung, die zusätzliche zu den innerfamiliären Aufgaben erbracht wird, übersteigt bei weitem die der Männer. Dennoch besteht eine große Differenz zwischen Arbeitsleistung und Einkommen beider Geschlechter (vgl. ebd., 51). Denn während Männer auf moderne Anbaumethoden, die sie nicht selten in Regierungs- oder EZ-Projekten erlernen, zurückgreifen und somit eine Verbesserung ihrer Produktivität herbeiführen können, arbeiten Frauen meist noch nach traditionellen Methoden, deren Produktivität in der Regel geringer ist als diejenige der Männer. Die geernteten Nahrungsmittel sind für die Selbst-

versorgung der eigenen Familie bestimmt, ein geringer Teil auch für den Handel auf lokalen Märkten. Damit lässt sich gerade so der Lebensunterhalt der Familie erwirtschaften. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 2008, 6) sind in Subsahara-Afrika 8 von 10 Frauen in einer „vulnerablen“ Arbeitssituation, d. h. entweder als unbezahlte Familienarbeiterinnen oder als Kleinst-Selbstständige beschäftigt mit nur minimalen Einkommenschancen. Bei Männern ist die Lage nicht grundlegend besser (3 von 10 Männern befinden sich in einer vulnerablen Arbeitssituation), doch im Gegensatz zu Frauen steigt das gesellschaftliche Ansehen der Männer durch den Umgang mit moderner Technik und erleichtert ihnen den Zugang zu einer bezahlten Stelle, wo Frauen abgewiesen werden, wenn ein Mann zur Verfügung steht. Diese ungleiche Situation schafft starke Abhängigkeitsverhältnisse der Frauen von ihren Ehemännern (vgl. ILO 2008, 6), die über ein Geldeinkommen verfügen können.

Auch im lateinamerikanischen Raum gilt für die Ernte von für den Export bestimmtem Kaffee, Kakao, Baumwolle, Bananen und anderen Früchten nach wie vor die „traditionelle“ Ordnung: Die Erntezeit erfordert die Tätigkeit aller Familienmitglieder (also Männer, Frauen und Kinder), da von dem Abnehmer je nach Gewicht oder Stückzahl abgerechnet wird und somit eine sehr intensive Arbeitsphase ist. Für viele Frauen wäre das der Einstieg in bezahlte Arbeit, doch in der Regel wird offiziell nur der männliche Haushaltsvorstand eingestellt und nur er bekommt den Lohn ausbezahlt, den jedoch die ganze Familie erwirtschaftet hat (vgl. UNRIDS 2010, 23).

Aus der Arbeitsleistung der Frauen innerhalb des Familienumfelds entstehen etliche Nachteile für sie, da (von) Zuhause ausgeübte, informelle Beschäftigung – sprich Heim- oder Gelegenheitsarbeit, Selbstständigkeit oder Teilzeitarbeit – nur selten einhergeht mit einer sozialen oder rechtlichen Absicherung. Die Frauen haben keine Krankenversicherung, keinen Anspruch auf Urlaub, die Arbeitsbedingungen sind meist schlecht, der Verdienst niedrig und Aufstiegschancen kaum vorhanden. Daneben bleiben Frauen qua gesellschaftlicher Geschlechterordnung allein verantwortlich für die Erledigung des Haushalts, die Versorgung der Kinder, der Alten oder hilfsbedürftigen Familienmitgliedern. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO 2008, 27) spricht von weltweit knapp 25 Prozent Frauen, die unter solchen Bedingungen unbezahlt in Familien(betrieben) arbeiten.

In ihren vielfältigen alltäglichen Handlungsfeldern treten die Frauen in Beziehung zu den verschiedensten sozialen Feldern. „Dabei nutzen sie Ressour-

cen wie Arbeitskraft und Geld aus verschiedenen Einkommensquellen, sie transferieren Produkte zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren von Subsistenz- bis Marktproduktion und sie kombinieren soziale und ökonomische Handlungsorientierungen aus den verschiedenen Handlungskontexten“ (Schneider 2001, 114) und erbringen Bildungsleistungen informeller Natur und in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen formeller Bildung. Offensichtlich reichen also ihre „ökonomisch relevante(n) Beziehungen über die Haushaltsebene hinaus“ (Lachenmann 2001, 20), und für genau diesen Sachverhalt prägte Lachenmann (1995, 2001) den Begriff *Frauenökonomie*. Er setzt die ökonomischen weiblichen Aktivitäten in Kontext zu ihrer Lebenswelt und knüpft damit die bisher fehlende Verknüpfung zwischen den ökonomisch ausgerichteten Handlungen und den sozialen Beziehungen und Ereignissen im Umfeld der Frauen. Konkret heißt das zum Beispiel, Nahrungsmittel werden gleichzeitig für die Familie und für den Handel produziert, beim Verkauf der Erzeugnisse auf dem Markt tauschen sich die Frauen in Gesprächen mit ihren Nachbarinnen aus, hüten gleichzeitig ihre Kleinkinder und beschäftigen die älteren Kinder als Verkaufshilfe (vgl. Lachenmann 2001, 4). Austauschbeziehungen auf Familien- und Gemeinschaftsebene finden dabei statt und werden ebenso von lokalen Traditionen und kulturellen Mustern gelenkt, wie sie auch auf lokaler Ebene neue soziale Beziehungen schaffen (vgl. Long 1996 nach Lachenmann 2001, 26). Für EZ-Maßnahmen bedeutet das die Notwendigkeit, die bisherige konzeptuelle Trennung von produktiver Ökonomie und reproduktiver Haus-/Familienarbeit aufzuheben. Stattdessen muss nach möglichen Verknüpfungen gesucht und diese als Konsequenzen für EZ-Maßnahmen zur Förderung von Frauen und Familie berücksichtigt werden.

3.2 Potenziale erweiterter Familien und Großfamilien

Insbesondere in afrikanischen Kontexten trifft man häufig die auf Gemeinschaft ausgerichtete „erweiterte Familie“ an, ein Zusammenleben mehrerer Familiengruppen, die nicht notwendigerweise blutsverwandt sein müssen. Dieser Familienbund basiert auf dem gemeinsamen Wohnsitz bzw. zumindest einer engen Nachbarschaft, einer relativ einheitlichen Haushaltsführung

und dem damit einhergehenden – zumindest partiellen – Zusammenlegen von Ressourcen⁵.

Enger gefasst sind dagegen die Strukturen des Modells „Großfamilie“, in dem drei und mehr Generationen unter einem Dach vereint leben. Hier entstehen für den Einzelnen Verbindlichkeiten sowie ein Verantwortungsgefühl in erster Linie gegenüber engen Familienmitgliedern, doch darüber hinaus auch gegenüber dem weiter gefassten Familienverbund. Die Stellung der Mitglieder einer Großfamilie weist eine Hierarchie auf, in der die Älteren und die Ahnen ein hohes Ansehen genießen. Jedes Familienmitglied bekleidet eine bestimmte Position. In ruralen Kontexten findet man oftmals noch die klassische Rollenaufteilung, in der die Frauen Aufgaben in der häuslichen Umgebung übernehmen, wie kochen, die Kindererziehung und Feuerholz sammeln. Das Zusammenleben innerhalb von Großfamilien ist meist durch die gegenseitige Abhängigkeit und von großer Solidarität geprägt. Das Verantwortungsgefühl und die Fürsorge erstrecken sich jedoch nicht nur auf die Kernfamilie, sondern auch auf die Gesamtheit der Mitglieder des Familienverbundes (vgl. Herzberger-Fofana 2005; Campanini 2007).

3.2.1 Solidarität und soziale Sicherung

Das Solidaritätsprinzip innerhalb afrikanischer großfamiliärer Strukturen birgt demzufolge ein großes Potenzial, als traditionelles soziales Sicherungsnetz zu fungieren. Soziale Sicherung wird in diesem Kontext verstanden als „[...] eine bestimmte Form der Bewältigung von schwierigen Lebenslagen, der Abfederung sozialer Härten und sozialer Risiken sowie der Sicherung der Grundbedürfnisse von Individuen und Gruppen“ (Ahrens 1997, 91). Die Optimierung von Ressourcen und der gemeinschaftlichen Erledigung familienspezifischer Aufgaben wie Erziehung, Pflege und Unterstützung ist ein wesentlicher Vorteil sowohl der erweiterten Familienform als auch der Großfamilie. Die gleichzeitige Anwesenheit vieler Personen in einem Wohnverband kann zudem bei den Erfordernissen der landwirtschaftlichen Arbeit, als auch insbesondere bei Notfällen und Krisen nützlich sein (vgl. Campanini 2007, 193). Bereits die im Jahr 1996 stattgefundenen Konferenz der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) in Malawi zum Thema „The Capacity of Social Security Systems in Southern Africa. Conditions, Consel-

5 Ressourcen umfassen hier finanzielle und auch personelle Ressourcen, beispielsweise im Bereich Erziehung, Arbeitskraft etc.

lations and Social-Political Relevance” hat festgestellt, dass länderübergreifend Großfamilien als Basiseinheit der sozialen Sicherung fungieren können. Sie verfügen über die Möglichkeit, kollektive Lösungen zur Bewältigung von sozialen Risiken anzubieten (vgl. Ahrens 1997, 90f). Dies soll allerdings nicht davon ablenken, dass auch diese Sozialform nicht ohne Spannungen auskommt und aufgrund der Mitgliederstärke bei beschränkten Ressourcen besondere Herausforderungen bzgl. ihrer Verteilung/Beschaffung hervorbringen kann.

3.2.2 *Großfamilie im Transformationsprozess*

Dieses umfangreiche Verantwortungsprinzip gegenüber Familien- und Gemeinschaftsmitgliedern kann sich für Einzelne auch belastend auswirken, da jedem viele Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft aufgebürdet werden, die ggf. zu Überforderung führen können: „Kranke müssen unterstützt, Trauernden muss geholfen werden und im Prinzip gebietet es die Höflichkeit, jeden zu empfangen, der an die Tür klopft. Wird ein Kind vom Land auf die Schule geschickt, so wohnt es bei den Verwandten“ (Herzberger-Fofana 2005). Insbesondere bei jungen städtischen Familien – die durch gesellschaftliche Wandlungsprozesse und durch die Erfordernisse städtischer Umweltbedingungen zu sog. „Kleinfamilien“ werden, also Haushalten mit maximal zwei Generationen – kann dadurch das Bedürfnis verspürt werden, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen. Daher distanzieren sich heutzutage nicht selten moderne städtische Familien von ihrem traditionellen großfamiliären Familienverbund und treffen eine sorgfältige Auswahl unter ihren fernen und angeheirateten Verwandten, mit denen sie engere Beziehungen unterhalten wollen (vgl. ebd.). Die Strukturen der „Großfamilie“ befinden sich also in einem Transformationsprozess. Vor allem mit dem Einzug weitreichender wirtschaftlicher und sozialer Modernisierungsprozesse verlieren Gemeinschaftsstrukturen an Bedeutung (vgl. Hofmeier/Mehler 2004, 95).

Dieser Trend birgt jedoch viele Risiken in sich, denn in sog. Entwicklungsländern ersetzen familiäre Sicherungssysteme die oftmals unzureichenden oder fehlenden staatlichen sozialen Versorgungssysteme. Eben weil diese Systeme fehlen, ist der Übergang von der Großfamilie zur Kleinfamilie eine durchaus gefährliche Entwicklung für das soziale und physische Überleben. So wird beispielsweise von Straßenkindern in Tansania/Arusha das Fehlen von großfamiliären Strukturen bzw. deren Überlastung u. a. als möglicher Beweggrund für ihre Entscheidung, ein Leben auf der Straße zu führen,

geschildert (vgl. Cordes 2008). Dies verdeutlicht die Gefahr von kulturell nicht hinreichend reflektierten Maßnahmen, die Wandlungsprozesse initiieren, welche großfamiliäre Strukturen zunehmend auflösen können. In westlichen Industrienationen können einige dieser Sicherungsfunktionen zumeist von geschaffenen Sozialsystemen aufgefangen werden. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts im Rahmen der Entstehung von Städten und der Etablierung der industriellen Produktion, hat in den Industrieländern ein Wandel hin zur Kleinfamilie stattgefunden. Da Männer und Frauen begannen, einer Arbeit außerhalb des häuslichen Umfeldes nachzugehen, waren die Kapazitäten für die Kindererziehung sowie die Versorgung kranker Familienmitglieder zunehmend eingeschränkt. Aus dieser sich zuspitzenden Notsituation heraus wurden hier staatliche Versorgungssysteme wie Kinderkrippen, Kranken- und Versorgungskassen etc. geschaffen. Im Gegensatz dazu ist der Wandel zu kleinfamiliären Strukturen in den Entwicklungsländern oftmals keine natürliche, sondern eine extern forcierte Entwicklung.

3.3 Grenzen

3.3.1 Kinderarbeit und Ausbeutung

Die soziale Realität vieler kinderreicher bzw. Mehrgenerationsfamilien in Schwellen- und Entwicklungsländern lässt jedoch oft deren Potenziale in den Hintergrund rücken. Die traditionelle soziale Sicherungsfunktion der Familie und der Stammesgesellschaften wird durch allmähliche Modernisierungsprozesse in den betroffenen Gesellschaften beeinträchtigt, ohne dass zur gleichen Zeit neue soziale Sicherungsformen entstehen. Auch von staatlicher Seite ist eine Vernachlässigung oder Unfähigkeit zu beobachten, seinen Pflichten der sozialen Sicherung nachzukommen. Aus den dadurch resultierenden desolaten ökonomischen Lebensbedingungen besteht für viele Familien die Notwendigkeit, zumindest einige ihrer Kinder zum Haushaltseinkommen beitragen zu lassen⁶. Damit wird ihnen eines ihrer elementaren Rechte verwehrt,

6 Beispiel: In Guatemala befinden sich mehr als 500.000 Minderjährige in Bedingungen der Kinderarbeit, was ein Fünftel aller 5–14-Jährigen ausmacht. Dabei arbeiten die meisten von ihnen mit der eigenen Familie im landwirtschaftlichen Sektor. Die Prävalenz der Kinderarbeit ist unter Jungen fast doppelt so hoch wie unter Mädchen, und unter Minderjährigen aus indigenen Bevölkerungsgruppen fast doppelt so hoch wie unter denjenigen aus der nicht-indigenen Bevölkerung. Kinderarbeit steht in starker Wechselbeziehung zur Armutsthematik, da 75 Prozent aller weltweit arbeitenden Kinder aus ländlichen Gebieten stammen (vgl. ILO/UNICEF/World Bank 2003). Armut darf jedoch nicht als die einzige Ur-

das Recht auf Schulbildung. Auch in Familien, in denen die Kinder nicht direkt zur Einkommensgenerierung beitragen müssen, wird den Minderjährigen häufig dieses Recht vorenthalten. Besonders finanziell benachteiligte Familien verfügen oftmals nicht über genügend Geldmittel, um den Schulbesuch ihrer Kinder zu finanzieren und/oder die Arbeitskraft der Kinder wird für die landwirtschaftliche Produktion der Familie benötigt.

Arbeitende Kinder sind in vielen Aspekten höchst vulnerabel und ernsthaften Gefahren ausgesetzt. Zum einen bestehen gesundheitliche Risiken durch die oftmals sehr schlechten Bedingungen der Kinderarbeit, die in der direkten Charakteristik der Arbeit impliziert sind, beispielsweise bei der Arbeit in Minen oder der Herstellung von Feuerwerkskörpern. Doch auch Tätigkeiten, die bei einer oberflächlichen Betrachtung als ungefährlich erscheinen, wenn beispielsweise Mädchen als Angestellte in großstädtische Privathaushalte geschickt werden, stellen sich in den meisten Fällen als moderne Formen der Sklaverei heraus. Durch ihre untergeordnete Stellung in der Haushaltshierarchie sind die Mädchen den Wünschen jeglicher Art ihrer Arbeitgeber ausgeliefert. Meist müssen sie zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung stehen. Dies beinhaltet oft nicht nur eine Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, sondern auch körperliche und psychische Gewalt, da sie als „Eigentum“ des Hauses, sprich als Objekte, angesehen werden und nicht selten der sexuellen Willkür der Familie ausgesetzt sind (vgl. UNICEF 2006, 244ff.). Doch die absolute Notwendigkeit des aus dieser Arbeitssituation resultierenden Einkommens für die Verbesserung der Lebenslage der eigenen Familie macht in den meisten Fällen einen Ausbruch aus dieser Situation schier unmöglich. Der Teufelskreis nimmt somit seinen Lauf, eine fehlende Schulbildung bedingt eine unzureichende Qualifizierung der Heranwachsenden, zieht schlechte oder keine Arbeitsmöglichkeiten nach sich und raubt jegliche Zukunftsperspektiven auf einen Ausweg aus der Armut⁷. Zudem birgt das Zusammenwohnen

che der Kinderarbeit gesehen werden. In einigen indigenen Gemeinden Guatemalas wird sie als Form der Sozialisation von Kindern und als eine notwendige Vorbereitung auf den Eintritt in das Erwachsenenleben betrachtet. Es spielen also auch traditionelle und kulturelle Werte eine große Rolle (vgl. OIT IPEC/INE 2003).

- 7 Auch wenn arbeitende Kinder in vielen Ländern zur Unterstützung der Familienökonomie beitragen, ist dieser Zustand in keiner Weise akzeptabel und muss abgeschafft werden. Doch dazu ist es notwendig, dass sich die Strukturen der jeweiligen Länder verändern. Bis das geschieht, muss Kinderarbeit als eine Überlebensstrategie anerkannt werden, die zumindest unter menschenwürdigen und gerechten Bedingungen stattfinden, kein Risiko für das mentale und/oder physische Wohlergehen des Kindes darstellen und zeitlich begrenzt sein sollte, so dass sie einen regelmäßigen Schulbesuch zulässt. Das gilt auch für Gesell-

vieler Personen auf engstem Wohnraum als Konsequenz der mangelhaften finanziellen Haushaltssituation oftmals besonders für die schwächsten Familienmitglieder, die Kinder und Jugendlichen, viele Gefahren. Es sei nicht zu vergessen, dass der Kinderreichtum vieler Familien aus Mutterschaften Minderjähriger hervorgeht, was in vielen Fällen auf Vergewaltigungen hinweist.

3.3.2 Sozialer Wandel als Wandel der Familie

Auch wenn im Folgenden für die Verdeutlichung des sozialen Wandels von Familienstrukturen überwiegend auf die afrikanische traditionelle Familienform der „Großfamilie“ eingegangen wird, ist zu betonen, dass gesellschaftlicher Wandel sicherlich nicht nur afrikanische Gesellschaften betrifft. Transformationsprozesse in Familienstrukturen sind mittlerweile in den meisten Regionen der Welt zu verzeichnen (vgl. Herzberger-Fofana 2005)⁸.

Durch sich verändernde sozio-ökonomische Bedingungen und die damit einhergehenden neuen gesellschaftlichen Werthaltungen und Normen vollzieht sich besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern ein Wandel in allen gesellschaftlichen Teilbereichen, Institutionen und Gruppen. Diese als sozialer Wandel in Gesellschaftstheorien bezeichneten Prozesse beziehen sich auf umfassende Veränderungen in der Realität gesellschaftlicher Systeme. Hierzu zählen Neubestimmungen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Machtverteilung, Veränderungen in der Sozialstruktur, des Arbeitslebens, des Bildungs-, Freizeit- und Konsumverhaltens und nicht zuletzt das infrage stellen überkommener Familienstrukturen einschließlich des Verhältnisses zwischen den Generationen⁹ und den Geschlechtern.

schaften, in denen Kinderarbeit als Teil informeller Erziehung und Ausbildung anerkannt ist und komplementär bzw. alternativ zum Aufbau formeller Erziehungsstrukturen stattfindet.

8 Die Auswahl bestimmter Länder bzw. Regionen als Fokus und/oder als Beispiel in diesem Artikel begründet sich mit den Arbeitserfahrungen einzelner Mitglieder der IBSAE-Gruppe jeweils vor Ort, speziell in Uganda und Guatemala. Zum Wandel von Familienstrukturen in Lateinamerika siehe auch CEPAL/UNFPA (2007): *Familias y políticas públicas en América Latina: Una historia de desencuentros*. http://www.eclac.org/publicaciones/xml/9/31999/LP96_Familia_lcg2345.pdf.

9 „Die Familie leidet an demselben wie alles Partikulare, das nach seiner Befreiung drängt; es gibt keine Emanzipation der Familie ohne die Emanzipation des Ganzen.“ (Adorno, T. W., zit. in: Pak, Jaisin (1985): *Familienformen und die Lage der Frau in Japan und Korea im 19. Jahrhundert. Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen*, Bd. 107. Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken/Fort Lauderdale).

Demzufolge sind die Bedingungen für Erziehung und Sozialisation vor allem innerhalb der Familiengemeinschaft unmittelbar davon betroffen (vgl. Schaub/Zenke 1996).

3.3.3 Funktionswandel der Familie im Spannungsfeld kultureller Identitätsausprägung

Dies ist jedoch nicht zwangsläufig als ein Bedeutungs- bzw. Funktionsverlust von Familie zu verstehen, sondern vielmehr als eine notwendige oder durch externe Einflüsse erzwungene Anpassung an eine sich verändernde Umwelt. Es ist also sinnvoll, von einem Wandel der sozialen Funktionen der Familie zu sprechen, der sowohl einen Verlust, den Wandel von Bedeutungen als auch das Aufkommen neuartiger Familienfunktionen umfasst (vgl. Pieper/Pieper 1975, 23)¹⁰. Denn um als gesellschaftliche Institution überleben zu können, darf die Familie keine statische Einheit sein. Ganz im Gegenteil, sie sollte genügend innere Dynamik besitzen, um sich an veränderte Umweltbedingungen in ihrer inneren Struktur und den normativen Orientierungen anpassen zu können (vgl. Kreppner 2002, 323). Der Motor der sich permanent verändernden äußeren Bedingungen ist die Kultur einer Gesellschaft, deren grundlegender Charakter ihrerseits in ihrer prozessualen Veränderbarkeit durch die bewusstseinsbegabten, handelnden Menschen besteht. Allerdings sprechen wir hier von einem *langfristigen Veränderungsprozess*, der nicht sofort neue Formen schafft (Potthast-Jutkeit 1997, 4). Kultur drückt sich durch das Verhalten und Handeln der Individuen aus und wird erst so fassbar. Dennoch bewegen sich die Menschen immer in einem Spannungsfeld zwischen kulturellen Vorgaben und den sich wandelnden Umwelterfordernissen. Gerade deshalb ist kollektives und individuelles menschliches Handeln ein kulturschaffender Prozess, in dem Kontinuität wie Diskontinuität der Kultur sichtbar werden.

In der gesellschaftlichen Wirklichkeit kann dieser Prozess durchaus ein erzwungenes Geschehnis sein, beispielsweise in politischen Willkürsystemen. Trifft das zu, kommt die Dialektik von kultureller Kontinuität und Diskontinuität nicht hinreichend zustande. Deren Sinn besteht gerade darin, Lern- und

10 Ein zentrales Beispiel hierfür sind die Veränderungen, die im Laufe der Zeit bezüglich der Erziehungs- und Sozialisationsfunktion der Familie aufgetreten sind und heute als Trends in den meisten Gesellschaften der Welt gelten. Erziehung- und Sozialisation als originäre Aufgabe der Familie verändert sich zunehmend in eine Begleitfunktion formeller Erziehungseinrichtungen, die hohe qualitative Anforderungen an die Familienmitglieder stellen.

Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen, die allen Betroffenen die Möglichkeit geben selbstständig und selbstbestimmt an dem, was mit ihnen und ihrer Umwelt geschieht, aktiv teilzuhaben. Hierdurch können sich Identitäten herausbilden, die in der Lage sind, durch die Akzeptanz und Internalisierung neuer Handlungs- und Verhaltensmuster den Veränderungen der gesellschaftlichen Realität adäquat zu begegnen.

4 Ursachen des sozialen Wandels

4.1 Urbanisierungsprozesse

Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse in Gesellschaften gehen mit Migrationsbewegungen einher, die in enger Verbindung zum sozialen Wandel stehen. Fraglich bleibt allerdings, ob sie als eine Ursache des sozialen Wandels betrachtet werden können oder als eine seiner Folgen. Auf der Suche nach (besseren) Arbeitsmöglichkeiten verlagern die Menschen zunehmend ihren Lebensmittelpunkt aus den dezentralen ländlichen Räumen in die urbanen Zentren. Diese chancen- aber auch risikoreiche Abwanderung bzw. Arbeitsmigration hat sehr häufig regelmäßige Transferleistungen (als Geld oder in Waren) der Migranten als Beitrag zum Familienhaushalt zum Ziel. Doch die Migrationsprozesse haben ein unkontrolliertes Wachstum der Städte zur Folge, in denen sich nur schwer angemessene Lebensbedingungen für alle herstellen lassen. Vor allem die Mega-Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern wie beispielsweise Ciudad de Mexiko oder São Paulo verkörpern soziale Räume, in denen die soziale Ungerechtigkeit in Form eines Gefälles zwischen Arm und Reich andernorts nur selten so nah beieinander zu beobachten ist (vgl. Hansjürgens/Heinrichs 2007). Diese Entwicklung scheint kein Ende zu kennen. Seit dem Jahr 2008 leben zum ersten Mal mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer findet in Zukunft nicht mehr auf dem Land, sondern in Städten statt, und der Grad der Urbanisierung wächst stetig (Abb. 1, S. 62).

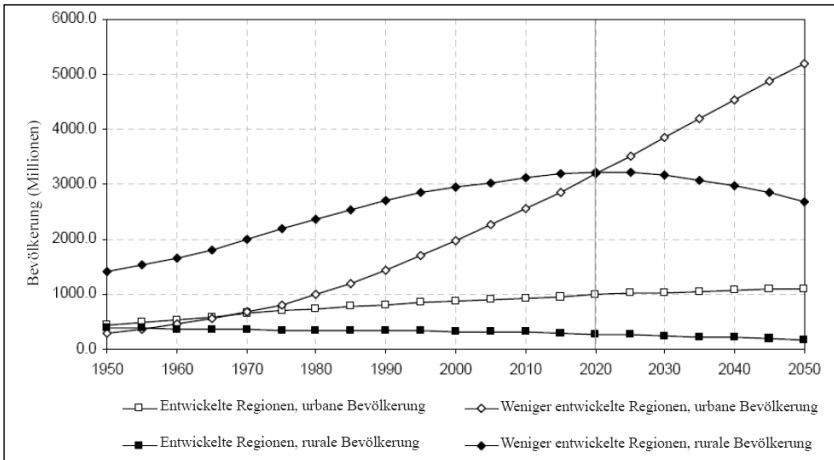


Abb. 1 Urbanisierung Quelle: Population Division, UN: World Urbanization Prospects: The 2009 Revision (veränderte Darstellung)

Laut Einschätzung der UN werden im Jahr 2030 weltweit fast 60 Prozent der Bevölkerung in Städten wohnen, ein erheblicher Anstieg im Vergleich zu knapp 49 Prozent im Jahr 2006 (vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung o. J.). Städte werden zu Keimzellen moderner Gesellschaften, das Leben auf dem Land wird besonders von jungen Generationen, oft durch Medieneinwirkung beeinflusst, als bäuerlich und rückständig angesehen. Der Wunsch nach einer individuellen und freien Verwirklichung von Lebenschancen wird so stark, dass die Risiken einer gleichbleibend schlechten, jedoch urbanen Situation in Kauf genommen werden (vgl. Häußermann o. J.). Großfamiliäre Strukturen, die Orientierung an der Gemeinschaft lösen sich langsam zu Gunsten von Kernfamilien und Individualisierung auf.

4.2 Männer- und Frauenmigration in Afrika

Man betrachte nur einmal das Beispiel südliches Afrika. Dort haben soziale, politische und ökonomische Veränderungsprozesse stattgefunden, die zu einer Transformation einst etablierter Muster sozialer Beziehungen und sozialer Institutionen wie Familie, Religion und wirtschaftlichen Handelns führten. Da die jeweiligen politischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen länderspezifisch sehr unterschiedlich sind, gibt es auch entsprechende Unterschiede in der Art und Weise, wie sich diese Veränderungsprozesse vollzo-

gen haben. Dennoch kann generell festgestellt werden, dass durch diese Veränderungsprozesse insbesondere die Großfamilie als Basiseinheit traditioneller und informeller sozialer Sicherungssysteme eine Schwächung erfahren hat (vgl. Ahrens 1997, 92). Aufgrund fehlender Perspektiven migrieren viele Männer auf der Suche nach Arbeit in die Städte. Eine mögliche Folge dieser Arbeitsmigration ist, dass die Männer in den Städten sesshaft werden und die Familien zerbrechen. Bleibt jedoch die finanzielle Unterstützung der Männer aus, bedeutet das für die Familie auf dem Land zumeist zunehmende Armut und Verelendung.

Die fehlende strukturelle Entwicklung in ländlichen Regionen und die daraus resultierenden schwierigen Lebensbedingungen bewirken darüber hinaus vielerorts zusätzliche Antriebe für die Landflucht. Dabei verlassen auch zunehmend Frauen die ländlichen Gebiete, sei es um ihren migrierten Männern zu folgen oder in der Stadt selbständig Arbeit zu suchen. Viele Frauen aus ruralem Kontext, die keine ausreichende Schulbildung aufweisen können, haben kaum Verdienstmöglichkeiten in den Städten. Ihnen bleibt oftmals nur der Weg in die Prostitution. In einer Studie über Malawi gaben beispielsweise 93 Prozent der befragten „Barmädchen“¹¹, die fast ausschließlich aus ländlichen Gebieten kamen, finanzielle Notlagen als Motiv für ihren Einstieg in die Prostitution an. Hierbei setzen sich die Frauen einem hohen HIV-Infektionsrisiko aus, um ihre Familien ernähren oder das Schulgeld jüngerer Geschwister bezahlen zu können (vgl. Nohlen 2002, 506; Hirschmann 2003, 59).

Gerade junge Leute begründen oftmals ihre Abwanderungsabsicht mit der fehlenden Lebensqualität und -perspektive auf dem Lande als Folge der Rückständigkeit der Agrarproduktion und der Familienverhältnisse. Unzureichende Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen, Energie- und Wasserversorgung und Konsummöglichkeiten sind weitere Faktoren, die hierzu maßgeblich beitragen.

Mit der Vernetzung der Welt geht insbesondere durch die Wirkung der Medien eine Idealisierung westlicher Werte und Lebensformen einher. Dadurch wird der westliche urbane Lebensstil heutzutage auch in vielen afrikanischen Gesellschaften zunehmend dominant und für die Menschen als erstrebenswertes Lebensziel angesehen. Die Bereitschaft dafür Teile traditioneller

11 Da in vielen afrikanischen Ländern südlich der Sahara, beispielsweise in Malawi, Prostitution gesetzlich verboten ist, werden die Frauen offiziell als „Barmädchen“ angestellt, um unter diesem Deckmantel inoffiziell als Prostituierte zu arbeiten (Vgl. Hirschmann 2003, 58).

Lebensformen, z. B. in Großfamilien aufzugeben wächst. Allerdings bedeutet das keinesfalls die komplette Abkehr von traditionellen Kulturformen, sondern vielmehr die Tendenz zur Hybridisierung der Lebensstile, dessen Ausgang ungewiss ist. Beide Konzepte – Modernität und Tradition – beinhalten ihre jeweiligen familiären Lebensformen mit ihren Vor- und Nachteilen (vgl. Herzberger-Fofana 2005).

5 Folgen des sozialen Wandels für die Familiengemeinschaft

5.1 Negative Aspekte

In modernen Gesellschaften verlieren Solidarität und Verantwortungsbewusstsein im traditionellen Sinne gegenüber Familienmitgliedern zunehmend an Bedeutung. Teilweise sind sie noch in ländlichen Regionen zu finden, wohingegen sich im urbanen Raum bereits seit Jahrzehnten zunehmend eine an einem individualisierten Menschenbild orientierte Lebensform herausbildet. Hier wird „Solidarität [...] durch Mitleid ersetzt und das eigene Vorankommen gewinnt an Priorität“ (Herzberger-Fofana 2005). Junge Menschen im urbanen Afrika schaffen sich heutzutage oftmals neue Netzwerke aus Freunden, Nachbarn und Kollegen, die an die Stelle der ursprünglichen Familie und Verwandtschaftssysteme treten. Im Gegensatz zu den Verwandten werden diese als weniger fordernd empfunden und bieten dennoch in Notfällen Unterstützung. Individualisierungsprozesse und kulturell bedingte Erfahrungen mit familiären Solidaritätsstrukturen gehen so eine für die Bewältigung der Lebensrealität in afrikanischen Städten erforderliche Verbindung ein. Die erkennbare Form der Hybridisierung der Familie ist demnach eine Anpassungsformation an die geänderten sozialen und ökonomischen Bedingungen des urbanen Kontextes in afrikanischen Gesellschaften. Dass diese Anpassungsprozesse sich nur wenig mit größerer subjektiver Zufriedenheit einhergehen, werden durch die überraschenden Ergebnisse der Studien von IBSAE in Uganda angedeutet. Diese lassen in ihren Ergebnissen den Schluss zu, dass Familien im urbanen Raum oftmals nicht zufriedener mit ihrer Lebenssituation sind als Familien im ländlichen Raum (vgl. Jürs 2007). Grund hierfür können nicht fehlende Versorgungsmöglichkeiten sein, da die Lebensbedingungen in den Städten, wie z. B. Angebot an Schulen, Zugang zu Energiequellen, vorhandene Infrastruktur und ärztliche Versorgung komfortabler sind als im ruralen Raum. Eine „moderne“ Familie im urbanen Afrika hat jedoch mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie städtische Familien in Europa. Die beschriebene herrschende Unzufriedenheit lässt aus der Kombi-

nation der ökonomischen Unerreichbarkeit der urbanen Vorteile, mit dem Fehlen stabiler familiärer Solidarbeziehungen und den damit einhergehenden Defizit emotionaler und sozialer Stabilität erklären. Es zeigt sich, dass die Netzwerke zwischen Freunden, Nachbarn und Kollegen in Krisenzeiten oftmals wenig Halt geben und zerbrechlicher sind als familiäre Sicherungsnetze.

Durch die weitreichenden sozio-ökonomischen Veränderungsprozesse, die beispielsweise in den Ländern des subsaharischen Afrikas und Lateinamerikas stattgefunden haben, ist die soziale Institution Familie in ihrer Funktion der sozialen Sicherung geschwächt. Die Familie bleibt zwar fortwährend ein wichtiges System der sozialen Sicherung, kann aber zunehmend nicht mehr alle Bedürfnisse ihrer Mitglieder abdecken. „Zwar bestehen die Kontakte zwischen migrierten Personen zu ihrem Heimatgebiet weiter, doch sowohl auf dem Land wie in der Stadt sind Menschen gezwungen, verschiedenen einkommenschaffenden Tätigkeiten zwecks Überlebenssicherung nachzugehen, wodurch sie weniger Zeit für die Pflege z. B. der Alten haben“ (Ahrens 1997, 98). Ahrens folgert, dass afrikanische Großfamilien als Basiseinheit der sozialen Sicherung überfordert sind, die sozialen Risiken und Auswirkungen von Kriegen und Willkürregimes, die restriktive Durchsetzung von Struktur Anpassungsmaßnahmen zu bewältigen. Die Überwindung der zunehmenden städtischen wie ländlichen Armut, die Versorgung von alten und kranken Menschen und Waisen haben die Leistungsgrenzen der traditionellen afrikanischen Großfamilien längst überschritten (vgl. ebd., 99). Dies ist eng verknüpft mit einem Aufbrechen lokaler Bindungen sowie mit Migrationsbewegungen, d. h. mit der Verstädterung bzw. Entvölkerung ländlicher Regionen, welche letztendlich zu einer generellen Entstehung von Armut in den Familien führt.

Beispiel: Auflösung der Großfamilie und Ausbreitung von HIV&AIDS

Anhand einer beispielhaften Betrachtung von HIV&AIDS-Epidemien im subsaharischen Afrika wird deutlich, welche Auswirkungen die Destruktion von traditionellen Familienstrukturen und das Brechen lokaler Bindungen haben können. Die epidemische Ausbreitung des HI-Virus erklärt sich aus einer Vielzahl an soziokulturellen, sozioökonomischen und politischen Faktoren, die in einem interdependenten systemischen Gefüge zueinander stehen. Einer dieser Faktoren, neben zahlreichen anderen, ist die hier behandelte Auflösung traditioneller Familienstrukturen (vgl. Wilmlink 2008).

Die traditionellen Lebensverhältnisse in Subsahara-Afrika wurden durch die Kolonialisierung und durch die Entwicklungsdekaden derart verändert, dass ideale Voraussetzungen für die Ausbreitung des HI-Virus geschaffen wurden. Die koloniale Herrschaft und die damit einhergehende Zwangsarbeit sowie die entlohnte Wanderarbeit in Minen und auf Farmen hatten die Entfernung der Männer aus ihren familiären und dörflichen Zusammenhängen schon seit der Kolonisation zur Folge. Dieser Aufbruch lokaler Bindungen führte zu einer Destruktion traditioneller Lebensverhältnisse und Entmachtung sozialer Kontrollen durch die Familie (vgl. Gronemeyer 2002). In Südafrika hat das in einigen Regionen verankerte System der Wanderarbeit und die damit einhergehende räumliche Trennung zur Auflösung ehelicher Bindungen und Destabilisierung traditioneller Familienstrukturen beigetragen. Eine andauernde Abwesenheit der Männer von ihren Familien kann dazu führen, dass die migrierten Männer neue Haushalte im urbanen Kontext gründen. Dies erhöht somit die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Aufbruchs lokaler Bindungen (vgl. OP 2005; Tietze 2006; Grau 2006). Aufgrund der räumlichen, sozialen und auch emotionalen Trennung von der Ehefrau gehen männliche Arbeiter häufiger wechselnde sexuelle Kontakte mit weiblichen Partnern insbesondere mit Prostituierten ein. Dadurch wird ihr eigenes Infektionsrisiko, als auch das Infektionsrisiko der Ehefrau und der Kinder sowie das der Prostituierten deutlich erhöht.

Bereits Mitte der achtziger Jahre kamen amerikanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu dem Erkenntnis, dass in abgelegenen Gebieten in Zentralafrika die Ausbreitung des HI-Virus durch stabile Formen des traditionellen Dorflebens eingeschränkt wurde. Außereheliche sexuelle Kontakte wurden verurteilt und konnten innerhalb der Gemeinschaft nicht verborgen werden. Sie gehen davon aus, dass die Auflösung dieser traditionellen Strukturen die Ausbreitung der Epidemie bereits damals begünstigt hat. Die Urbanisierung, welche die Auflösung traditioneller Strukturen fördert, stellt einen Schlüsselfaktor für das Auftauchen von HIV&AIDS in Afrika dar. Urbanisierung und Migration sowie die daraus resultierenden sozialen Veränderungen, wie die fehlende lokale Bindung und erhöhte Mobilität, sind Faktoren, die somit maßgebend zu der Ausbreitung der HIV-Epidemien beitragen (vgl. Garrett 1996, 512).

Durch die vom Westen eingeleiteten Modernisierungsprozesse befindet sich der afrikanische Kontinent in einem Zustand der Destruktion von traditionellen Lebens- und Familienzusammenhängen. Wie die obigen Beispiele zeigen,

bringen diese *entlokalisierte* und *enttraditionalisierte* Verhältnisse mit sich, die dem HI-Virus einen effektiven sozialen Nährboden für seine Ausbreitung schaffen. Die Zerstörung traditioneller Familien- und Gemeinschaftsstrukturen schränkt die Fähigkeit der Menschen ein, eigene Formen der Bewältigung zu entwickeln und lässt Desorientierung, Anomie und Vereinzelung entstehen. Die Destruktion traditioneller Familien- und Gemeinschaftsstrukturen führt dazu, dass die Instanz Familie und Gemeinschaft der „HIV&AIDS-Epidemie“ keinen adäquaten sozialen Widerstand leisten kann.

Beispiel: Arbeitsmigration und veränderte Geschlechterrollen

Gleiche Einflussfaktoren, wie beispielsweise Arbeitsmigration, führen nicht immer zu denselben Folgen des sozialen Wandels. Vielmehr treten sie in sehr unterschiedlichen Ausprägungen in Abhängigkeit von dem jeweiligen sozialen und kulturellen Umfeld auf.

Im subsaharischen Afrika zum Beispiel wurde die Versorgung von alten und kranken Menschen oder die Aufrechterhaltung von Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen ehemals von allen Mitgliedern der ‚extended family‘ mitgetragen. Das gängige Phänomen, dass Männer aufgrund der vorherrschenden Armutsverhältnisse auf der Suche nach Lohnarbeit in die Städte wandern, hat aber nun zur Folge, dass die Funktion der sozialen Sicherung vorwiegend von Frauen übernommen werden muss. Aus dieser Migrationsbewegung resultiert zudem, dass die Arbeitsbelastung der Frauen zusätzlich dadurch erhöht wird, dass sie den Teil der landwirtschaftlichen Arbeit, den die Männer vorher ausgeführt haben, ebenfalls übernehmen müssen (vgl. Ahrens 1997, 95f). Man kann also folgern, dass sich dadurch eine partielle Wandlung der Geschlechterrollen vollzieht, oder zumindest „neue Formen geschlechtlicher Arbeitsteilung“ (Grau et al. 1997, 18) entstehen.

Bezogen auf unser Beispiel ist generell erkennbar, dass die Urbanisierung und Migration Auswirkungen auf das quantitative Verhältnis von Frauen und Männern in den Städten haben. In Städten Lateinamerikas herrscht in Folge der Arbeitsmigration ein Frauenüberschuss durch ein hohes Angebot an weiblichen Dienstleistungsberufen in den Städten, während die Landwirtschaft Männerarbeit ist. Wie wir oben sehen konnten, verhält es sich in Afrika jedoch umgekehrt. Dies hat in beiden Fällen familienstrukturelle, dennoch keineswegs gleiche Folgen: In Afrika erschwert der Frauenmangel in den Städten das Festhalten an der Tradition polygener Haushalte, in Lateinamerika hingegen werden matrifokale Familien in den Städten gefördert

(Mitterauer et al. 1997, 173; Brühl 1989, 253ff.). In diesen matrifokalen Familien wird die traditionelle Geschlechterrolle der Frauen – also im Grunde die Mutterrolle mit ihren schwerpunktmäßigen Zuständigkeiten der Versorgung der Kinder, der emotionalen Zuwendung und der Haushaltsführung – um ihre Funktion des ökonomischen Rückgrats der Familiengemeinschaft erweitert. Bereits 1989 hat Brühl festgestellt (262): „Familien, in denen die Frauen den gesamten Verantwortungsdruck [...] übernehmen können, scheinen am ehesten der städtischen Umwelt extremer Armut gerecht zu werden.“

Beispiel: Mehrbelastung und Auflösung sozialer Schutzmechanismen

Doch das Übernehmen der Versorgerrolle, ohne ihre übrigen Verpflichtungen abgeben zu können, wie es im umgekehrten Fall Männer in der Regel unwidersprochen für sich in Anspruch nehmen, setzt die Frauen einer extremen körperlichen und seelischen Mehrbelastung aus. Wie bereits dargestellt, schrumpfen die in Städten lebenden Familiengemeinschaften oft auf die Mitglieder der Kernfamilie zusammen. Durch die dadurch bedingte räumliche als auch soziale Distanz zu den übrigen Familienmitgliedern, die auf dem Land geblieben sind (vgl. ebd., 280), schwindet auch das Potenzial der sozialen Sicherung innerhalb des eigenen Familiennetzwerks. Wenn sich dann keine Ausweichmöglichkeiten wie soziale Kontakte zu Nachbarinnen oder Betreuungsangebote von privater karitativer, kirchlicher oder staatlicher Seite ergeben und das Haushaltseinkommen zu gering für private Betreuungsmaßnahmen ist, bleibt meist keine andere Alternative, als die Kinder sich selbst zu überlassen, während ihre Mütter den Lebensunterhalt der Familie verdienen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten im weiblich dominierten informellen Sektor nur eine geringe Einkommensquelle darstellen, so dass mehrere, meist kurzzeitig befristete Jobs kombiniert werden müssen, um überhaupt eine Lebensgrundlage für die Familie gewährleisten zu können. Aus dieser ökonomischen Notlage heraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch Kinder zum Familieneinkommen beitragen zu lassen¹².

12 Siehe hierzu auch Brühl, Dieter (1989): *A terra era nossa vida. Armut und Familie in Nordostbrasilien. Eine Untersuchung zum familiären Wandel in Stadt-Land-Vergleich*. Besonders junge Kinder haben nach dieser Studie die größten Erfolgchancen auf ein Einkommen bei Gelegenheitstätigkeiten und Bettelerei: „Kinder sind gezwungen in die Rolle der Erwachsenen frühzeitig einzutreten, um dann immer später immer weniger dem Verantwortungsdruck von Erwachsenen und der so ansozialisierten Verantwortlichkeit gerecht werden zu können, da älter werden gleichbedeutend damit ist, immer seltener eine bezahlte und halbwegs regelmäßige Arbeit zu finden.“ (239) Im Unterschied zu Arbeitsprozessen auf dem

Gekoppelt mit Langeweile, Experimentierfreudigkeit, dem Wunsch nach Zuwendung und Beachtung, dem ‚falschen Umgang‘, Alkohol oder Drogen finden sich viele Risikofaktoren, die das Wohl der Kinder durch die Auflösung familiärer sozialer Schutzmechanismen gefährden können.

Beispiel: Kommerzielle sexuelle Ausbeutung Minderjähriger und das Prinzip des internationalen „Prostitutionstourismus“

Ein Beispiel für eine der extremsten Konsequenzen sozialer negativer Wandlungsprozesse und der damit verbundenen Erosion traditionaler Familienstrukturen stellt die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen dar. Neben dem direkten sexuellen Kontakt Erwachsener mit Minderjährigen gegen Bezahlung fällt darunter auch jegliche anderweitige Kommerzialisierung des kindlichen Körpers. Es gibt wesentliche Faktoren und Umstände in den Lebenssituationen von Kindern, welche deren Verletzlichkeit fördern und sie anfällig werden lassen für vermeintliche Hilfe, die eine schnelle Verbesserung ihrer Notlage verspricht. Denn Armut ist einer der einflussreichsten Faktoren der dazu führt, dass Minderjährige in diese Art von Ausbeutung geraten.

Wenn das Kind sich an der ökonomischen Versorgung der Familie beteiligen muss, damit diese überleben kann, wird der kindliche Körper oft einerseits als Kapital eingesetzt und andererseits als Ressource ausgebeutet. Teils geschieht das durch die Eltern, die in der Funktion von sog. Mittelsmännern oder Zuhältern ihre Kinder an Freier verkaufen. Teils entscheiden sich die Minderjährigen vor dem Hintergrund ihrer Lebenssituation auch bewusst dafür, um auf diese Weise das zum Überleben benötigte Geld zu erwirtschaften oder auch um ihren Konsumwünschen nachzugehen.

Häufig führt ein Zusammenschluss von politischen und wirtschaftlichen Missständen der jeweiligen Region zusammen mit familiären und strukturellen Ursachen (beispielsweise Missbrauchs- und Gewalterfahrungen, Bürgerkrieg, Vertreibung oder elende Wohnverhältnisse) Kinder und Jugendliche auf die Straße und damit in vielen Fällen über kurz oder lang in sexuelle Ausbeutungsverhältnisse. In dieser Verkettung von sich bedingenden und gegen-

Land, die in die Familienstruktur eingebettet sind und „das Überleben *innerhalb* einer Sozialkultur“ (238) ermöglichen, drängt die Notwendigkeit zur Arbeit im urbanen Kontext Kinder und deren Familien an den Rand dortiger Gesellschaften bis hin zu einem „Abgleiten in deviantes oder gar kriminelles Verhalten.“

seitig verstärkenden Ereignissen bestehen komplexe und multikausale Zusammenhänge. Zwar erhöhen familiäre persönliche und lebensumständliche Faktoren das Risiko von Kindern und Jugendlichen, Opfer kommerzieller sexueller Ausbeutung zu werden, sind jedoch nicht deren Ursachen. Diese sind vielmehr in den ökonomischen und sozialetischen Hintergründen der AusbeuterInnen zu suchen, die skrupellos die soziale Vulnerabilität dieser Kinder und ihrer Familien auszunutzen suchen (vgl. OIT/IPEC 2003). Den Kindern wird gezielt die Möglichkeit geraubt, durch eine angemessene Schul- und Berufsbildung ihr zukünftiges Wohlergehen und ihre personale Entwicklung sicherzustellen, und somit wird der Teufelskreis aus Armut, Ausbeutung und Exklusion stetig reproduziert.

Erklärungsversuche, ökonomische Faktoren, wie Armut, sowie verhaltensdefinierende Faktoren, wie den Verlust von Normen und Werten der Opfer und deren Familien, dürfen nicht als Ausrede und Legitimation für eine menschenrechtsverletzende Ausbeutung von Macht gelten. Besonders bei der Ausbeutung von Kindern und Frauen im internationalen „Prostitutionstourismus“ bekommen diese Formen der asozialen Machtausübung auch eine kulturelle Komponente. Hier wird die weibliche Sexualität kulturell¹³ in dem Sinne definiert, um die ebenso kulturell konstruierten Formen männlicher Bedürfnisse zu bedienen (vgl. Biemann 2002). Dies kann in zwei Extreme einer erzwungenen, perversen Modifikation der – aus der Sicht der Touristen¹⁴ – „fremden“ Kultur münden: Entweder muss ein Verleugern üblicherweise ausgelebter Bräuche und Normen stattfinden und damit eine Aufgabe eines Teils der eigenen Identität, wie dies bspw. hinsichtlich der Zwangsprostitution indigener guatemaltekischer Frauen und Mädchen der Fall ist. Die sonst im täglichen Leben übliche, die kulturelle Identität als Frau zum Ausdruck bringende Tracht wird dort bei der Ausbeutung in Bordellen verboten und durch Hosen oder modische Miniröcke ersetzt. Von der jeweiligen indigenen Gruppe selbst, der die prostituierten Mädchen und Frauen angehören, wird umgekehrt aber auch ein „Missbrauch“ der traditionellen Kleidung in der Prostitution abgelehnt.

13 Wobei hier auch nicht selten der Brückenschlag zwischen Kultur und Zivilisation getan wird. Zu einer interessanten Betrachtung der Verbindung beider Begriffe siehe Goethe, Tina (2002): Das Erlebnis der Grenze. Über die Verwandtschaft von Rassismus und Tourismus. In: Backes et al. (2002): Im Handgepäck Rassismus. Beiträge zu Tourismus und Kultur. iz3w, Freiburg.

14 Auf die Verwendung der weiblichen Form wird bewusst verzichtet, da laut heutigem Ermittlungsstand die Täter zum überwiegenden Teil Männer sind.

Andererseits erfolgt im sog. Prostitutionstourismus eine stereotypische Überspitzung der dem Land/Kulturkreis als charakteristisch zugesprochenen weiblichen Attribute, wie beispielsweise der schon an Unterwerfung grenzenden Gefügigkeit, gepaart mit kulturellem Exotismus, thailändischer Frauen. In beiden Fällen vollzieht sich eine Kommerzialisierung der Weiblichkeit als auch Kultur, in der das Fremde nicht nur als anders, sondern als absonderlich bis minderwertig und unterentwickelt verstanden wird. Ein Kolonialdenken kommt dabei zum Ausdruck, quasi eine Neo-Kolonialisierung¹⁵ der Geschlechterrollen, welche in sich die Komponenten Sexismus, Rassismus und Kolonialismus vereint: „Sie alle entwerfen das Bild des sexuell aktiven oder ausschweifenden Mannes, während die Frauen als sexuell verfügbar, gleichzeitig jedoch als verführerisch und bedrohlich gelten. Dieses Hurenstigma wird nicht nur Frauen, sondern auch fremden Ländern zugeschrieben. [...] Die kolonialgeschichtliche Fortsetzung der Eroberung findet hierbei auf körperlicher Ebene statt.“ (Magg 2002, 77). Verbindendes Element aller Komponenten ist eine Form des Rassismus, der im Exotismus seinen Ausdruck findet und „[...] vor allem durch die sexuelle Anziehungskraft des Fremden bestimmt wird. Aus dieser Sexualisierung resultiert die Macht über und die Beherrschung des oder der Fremden.“ (79).

Wie aus diesen Beispielen ersichtlich wird, kann der soziale Wandel traditioneller Familienstrukturen zahlreiche negative Aspekte mit sich ziehen. Doch das Phänomen des sozialen Wandels ist nicht ausschließlich mit negativen Veränderungsprozessen in Verbindung zu bringen. Es hat ebenso positive und der Entwicklung eines Landes sehr förderliche Effekte hervorgebracht, wie im folgenden Abschnitt erörtert wird.

5.2 Positive Aspekte

5.2.1 *Erweiterte Sozialisation und Selbstbestimmung*

Eine der positiven Folgeerscheinungen des sozialen Wandels ist beispielsweise eine teilweise Entlastung der Familie von der Sozialisations- und Bildungsfunktion, wenn sich ein gutes staatliches Bildungssystem entwickelt. Der Schulbesuch bedeutet zugleich die Bekämpfung des Analphabetismus,

15 Michel (2007) nennt es auch *Rekolonisation*: „In gewisser Hinsicht rächt sich Europa, das mit seinem Niedergang kämpft und seine Zukunft infrage stellt, für den Verlust ehemaliger Kolonien. [...] Körper sind leichter zu bekommen als Territorien.“

die Konfrontation mit aktuellen Wissensbeständen wie auch eine größere soziale Mobilität und damit einhergehend verbesserte Lebenschancen durch beruflichen Erfolg. Jugendlichen, die Bildungsangebote wahrnehmen können, stehen meistens zum einen mehr Berufsmöglichkeiten offen, und zum anderen gewinnen sie durch die vorausgehende, sie qualifizierende Schulzeit mehr Zeit für die endgültige Berufsentscheidung. Gleichzeitig bedeutet ein Schulbesuch genauso wie die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit zusätzliche Erfahrungs- und Orientierungsmöglichkeiten gegenüber rein häuslicher Sozialisation, was eine umfassendere individuelle Entfaltung zur Folge hat (vgl. Mitterauer/Sieder 1980, 114).

Beispiel: Unreflektierte Modernisierungsprozesse in Südkorea

In Südkorea hat sich in diesem Kontext in den 60er Jahren ein interessanter Prozess vollzogen (vgl. Choi 1983, 65ff.), der allerdings dazu aufruft, Modernisierungsprozesse auch aus einer kritischen Perspektive zu betrachten. Die Verbreitung des modernen Schul- und darauf folgend auch des universitären Systems galt als Ausdruck der neuen Bildungsmöglichkeiten bzw. des Bildungswunsches. Damit zusammenhängend wurde die Infrastruktur des Landes verbessert, wodurch häufige Reisemöglichkeiten in die Städte eröffnet worden sind. Beide Entwicklungen zusammen hatten einen direkten Einfluss auf die Entstehung eines neuen Wertemaßstabs für das städtische und „moderne“ Leben. Modernisierung galt als Zielwert gesellschaftlicher Entwicklung und wurde oft gleichgesetzt mit einer sinnvollen Industrialisierung und der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes. Dabei wurden weder politische noch sozio-kulturellen Aspekte von Modernisierung berücksichtigt, bzw. sind einige Entwicklungen bewusst gesteuert worden: Die gezielte, staatlich geförderte Verbreitung von Transistorradios unter der ruralen Bevölkerung animierte die Ausprägung einer neuen Jugendkultur, „die in Popsongs und [...] Seriendramen romantische Liebe und ein westlich orientiertes Konsumleben in den Städten idealisierend darstellte. Dabei wurde ein Grundstein zur Kritik und totalen Ablehnung des repressiven Einflusses des konfuzianischen Puritanismus und der elterlichen Autorität in der Familie gelegt.“ (ebd., 66) Lange Zeit herrschte eine äußerst unkritische Einstellung zu den von der Regierung propagierten Vorstellungen von der Modernisierung der (süd)koreanischen Gesellschaft. Erst nach einigen Jahren begann auf gesamtgesellschaftlicher Ebene rückblickend eine differenzierte Reflexion, als sich die „Kosten“ der wirtschaftlichen Entwicklung bemerkbar machten. Besonders der moralische Verfall und das Aufkommen eines egozentrischen Indi-

vidualismus', neben Umweltverschmutzung, Verkehrschaos und ungleicher Verteilung des wirtschaftlichen Wachstums, lösten die lange versäumte Kritik an den überstürzt verherrlichten Modernisierungsprozessen aus.

5.2.2 Veränderte Geschlechterrollen und erhöhte Autonomie

Auch die Entstehung neuer Wertemaßstäbe, ein Abbau traditioneller sozialer Normen und Kontrollmechanismen (vgl. Peuckert 2008, 29), geänderte Rollenverteilungen der Familienmitglieder, beispielsweise die Versorgerrolle betreffend, oder die Entstehung neuer, „moderner“ Familienformen stehen mit Folgen des sozialen Wandels in engem Zusammenhang. Die aus diesen gesellschaftlichen Entwicklungen resultierende größere Selbständigkeit der Frauen, die Möglichkeit zur finanziellen Unabhängigkeit gegenüber dem Ehepartner und damit sich verbessernde gesellschaftliche Machtpositionen ist zumindest aus unserer westlichen Perspektive heraus als einer der primären positiven Effekte sozialer Transformationsprozesse zu beurteilen.

Untersuchungen von IBSAE in Uganda haben gezeigt, dass besonders Frauen in urbanen Haushalten mehr in Entscheidungsprozesse im Haushalt eingebunden sind als im ländlichen Raum (vgl. Jürs 2007). Dies ist ein Indikator für ein zunehmendes Selbstbewusstsein der Frauen in urbanen Regionen und eine Tendenz zur Veränderung der Geschlechterrollen in den Städten. Hierbei ist festzuhalten, dass diese Änderungen zumeist mit dem Bildungsgrad der Haushaltsmitglieder im Zusammenhang stehen. Besonders in Familien, deren Mitglieder über eine höhere Schulbildung verfügen, werden Frauen deutlich häufiger in familiäre Entscheidungsprozesse mit einbezogen als in Haushalten mit geringerem Bildungsgrad der erwachsenen Mitglieder. Dies äußert sich durch einen vermehrten Zugang zu Geldmitteln, dem gemeinsamen Treffen von Entscheidungen und der beobachteten Tendenz zu einer gemeinsamen Haushaltsführung.

5.2.3 Veränderte Familienstrukturen und (Bevölkerungs-) Entwicklung

Sozialer Wandel findet also offensichtlich u. a. durch ein Aufbrechen tradierter Geschlechterrollen zu Gunsten einer gesteigerten Bildungsbeteiligung von Frauen und durch Veränderungen in ihrer Familienrolle seinen Ausdruck. Die erhöhten Alphabetisierungsraten und der steigende Bildungsgrad der Frauen verstärkt ihre Bereitschaft zur Geburtenkontrolle (nicht selten gegen den Widerstand der Männer). So werden ungewollte Schwangerschaften, auf die rund ein Viertel des weltweiten Bevölkerungswachstums zurückzuführen ist,

vermindert (vgl. Nuscheler 2008, 4) und die Kinderzahl pro Frau gesenkt. Nuscheler spricht in diesem Kontext von einem „kausalen Zusammenhang zwischen demographischer und sozio-ökonomischer Entwicklung“ (ebd., 3), dessen Erfolg hinsichtlich einer Verringerung der Bevölkerungsraten auf einem von innen kommenden, soziokulturellen Wandel basiert.

Modifikationen in der Technologie und Sozialstruktur von Gesellschaften gehen auch mit Veränderungen in der normativen Kultur¹⁶ einher. Durch einen Fortschritt in der Arbeitstechnologie können vorhandene Ressourcen besser genutzt und somit mehr Menschen ernährt werden, was wiederum zu einem Bevölkerungswachstum führen kann. Doch als eine Reaktion auf eine ungleiche Verteilung der Überschüsse, von Grundbesitz, Arbeitsteilung und Spezialisierung bilden sich Strukturen sozialer Ungleichheit heraus, die ein höchst explosives soziales Konfliktpotenzial innehaben (vgl. Schulz 2004).

5.2.4 Armut, Fertilität und kalkulierte Familienplanung

Auch der Geschlechts- und Altersaufbau einer Gesellschaft ist von entscheidender Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung und mögliche soziale Probleme der Zukunft. Es bleibt zu befürchten, dass diese sich künftig vielfältigen werden, angesichts der Tatsache, dass 97 Prozent des Wachstums der Weltbevölkerung in sog. Entwicklungsländern, d. h. in Armutsregionen mit erheblichen strukturellen Schwierigkeiten, stattfindet (vgl. Nuscheler 2008). Obgleich die Geburtenzahlen in den letzten Jahren zurückgegangen sind, ist die Differenz zu den Geburtenraten in Industrieländern noch immer enorm. In Guatemala zum Beispiel, das mit 4,4 eine der höchsten Fertilitätsraten Lateinamerikas hat, beginnt die Mutterschaft oft schon ab dem Alter von 14 Jahren. Das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes ist 18 (vgl. Flasco *Dialogo*, N°58, 2). Besonders für junge Frauen aus der indigenen Bevölkerung, die keinen Zugang zur Schulbildung haben und in ländlichen Gegenden wohnen, ist das Risiko einer frühen Mutterschaft hoch, oft auch bedingt durch eine Zwangsheirat mit durchschnittlich 15 Jahren (UNPD 2002, 200).

Dies illustriert, worauf Studien schon lange hindeuten: Die Faktoren Armut, Bildungsgrad und Fertilität stehen in enger Relation (vgl. CELADE/CEPAL

16 Normative Kultur wird in diesem Zusammenhang verstanden als das Wertesystem einer Gesellschaft: „Normen sind das Ergebnis der Differenzierung des Verhaltens, das in einem bestimmten sozialen System institutionalisiert ist.“ (Parsons 1958 zit n. Abels 2007).

2007). Je bildungsferner und sozio-ökonomisch schwächer die gesellschaftliche Stellung der Frau ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für sie, noch vor ihrem 20. Lebensjahr schwanger zu werden und im Laufe ihres Lebens viele Kinder zu gebären (ebd., 53). Diese generelle Problematik früher Schwangerschaften und hoher Geburtenraten besteht nicht nur in Mittelamerika, sondern auch in vielen weiteren Entwicklungsregionen. Die Schwangerschaften können dabei oft mit vielen Komplikationen aller Art für die werdende Mutter verbunden sein. Die Hälfte aller Schwangerschaften weltweit ist ungeplant, davon sind wiederum etwa 25 Prozent ungewollt. In dieser Zahl sind minderjährige, unverheiratete Mädchen und junge Frauen überproportional hoch vertreten, da besonders sie kaum über Zugang zu Verhütungsmitteln verfügen (vgl. UNFPA 2009). Eine fehlende Geburtenkontrolle bedeutet auch ein erhöhtes gesundheitliches Risiko für die Mütter. Laut Angaben des UNFPA (United Nations Population Fund) enden jährlich weltweit 52 Millionen, also ein Viertel, aller Schwangerschaften, in Schwangerschaftsabbrüchen. Oft werden sie heimlich und/oder unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen für die schwangeren Frauen durchgeführt, bei 68.000 Frauen jährlich mit Todesfolge.

5.2.5 Familienplanung und die Rolle von Kindern

Für eine an sozialen Problemen orientierte Entwicklungszusammenarbeit schafft die traditionell hohe Orientierung am Wert Kinderreichtum große Probleme, wenn es um die Durchsetzung einer kalkulierten Familienplanung geht. Doch so wichtig auch eine solche politische Intervention ist: Jede Familie muss dessen ungeachtet das Recht haben, so viele Kinder zu bekommen wie sie es sich wünscht. Die Schlussfolgerung für eine kalkulierte Familienplanung sollte demnach sein, nicht nur über Maßnahmen der Schwangerschaftsverhütung zu informieren, sich um deren Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung zu bemühen und Frauen den Zugang dazu zu ermöglichen, sondern auch alternative Familienkonzepte vorzustellen, die nicht auf einer Auffassung von Kindern als Versorgungspotenzial basieren (vgl. CELADE/CEPAL 2007, 52ff.).

Es wäre verhängnisvoll, ohne eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen sozialen, kulturellen, geografischen und ökonomischen Lebensumstände der Familie für eine rigorose Familienplanungspolitik zu plädieren. Kinder spielen im großfamiliären Rahmen eine andere Rolle als in Kleinfamilien: Sie verkörpern ein strukturelles Element zur ökonomischen Erhaltung der Fami-

lie, selbst wenn nur kleine Erledigungen zu ihren Arbeitsbereichen gehören wie z. B. das Besorgen von Wasser oder Feuerholz. Durch eine Reduzierung der Kinderzahl wäre es der Familie also nicht ohne weiteres möglich, ihr Überleben zu sichern. Denn der anfangs genannte Zusammenhang zwischen demographischer und sozio-ökonomischer Entwicklung wird auch in der direkten Betrachtung der Familienzusammensetzung deutlich. Wenn ein Haushalt viele kranke und/oder alte, sprich nicht mehr arbeitsfähige oder nur wenige Familienmitglieder beherbergt, wirkt sich dieser Mangel an Arbeitskräften unmittelbar auf die Haushaltsökonomie und damit auf das Wohlergehen der Familie aus (vgl. IBSAE/GTZ 2005). In Kleinfamilien stellt sich jedoch eine völlig andere Situation dar, da diese Familienform überwiegend im urbanen Bereich zu finden ist. Dort können Kinder so gut wie keine angemessenen Arbeiten ausüben. Stattdessen ist die Gefahr sehr groß, dass sie keine Schulen besuchen und die Straße zu ihrem zentralen Lebensraum wird. Sie gehen betteln, verüben Diebstähle, fallen den Mechanismen verschiedenster Formen von Ausbeutung (s. auch obigen Exkurs zur sexuellen Ausbeutung) anheim, um nur einige Beispiele zu nennen. Denn in den Lebensumständen, die eine Großstadt bietet, kann allein mit dem Gehalt der arbeitenden Eltern keine vielköpfige Familie versorgt werden. Hier ist eine verringerte Kinderzahl im Sinne eines Wohlergehens der gesamten Familie im Gegensatz zur Familie im ländlichen Raum vorteilhaft.

Anhand des folgenden Beispiels einer Maßnahme der GTZ im Bereich Familienplanung in der zentralafrikanischen Republik soll deutlich werden, welche Gefahren eine vorsätzliche Missachtung von traditionellen Familien- und Gemeinschaftsstrukturen im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit mit sich bringen kann.

Beispiel: Familienplanung in Zentralafrika

Die allgemein bekannten explosionsartigen Zuwachsraten der Weltbevölkerung erzeugen gemeinhin Verunsicherung und weisen auf eine weitere Verschärfung der damit verbundenen Problemlagen hin. Der afrikanische Kontinent nimmt hierbei insofern noch eine Sonderrolle ein, als dass sich hier die Bevölkerung alle 22 Jahre, d. h. nach kaum einer Generation verdoppelt (vgl. »L’Africa et L’Europe, Atlas du XX siècle«, 1994, 83; «Le Monde», 27 Mars 1994, 2). Oft werden diese Zahlen jedoch eher genutzt, um auf die vermeintlichen Täter zu zeigen, als um nach Hintergründen und Zusammenhängen zu fragen. Die Zahlen scheinen eine aggressive Bevölkerungspolitik zu legiti-

mieren, ja sogar dringlich erforderlich zu machen. Gerade wenn der „Täter“ so schnell gefunden zu sein scheint, sollte doch auch berücksichtigt werden, dass beispielsweise in der Kolonialgeschichte ein Anstieg der Geburtenzahlen als zusätzliche Rekrutierungsmöglichkeit für Kolonialherren erwünscht war. Daher wurden Wege gefunden, um traditionelle Regelungen der Geburtenkontrolle aufzulösen und die vorher geringere Kinderzahl möglichst unbegrenzt zu erhöhen.

Knieper (2000) schildert ihre eigenen Erfahrungen mit der GTZ-Maßnahme, in der in Zusammenarbeit mit einer zentralafrikanischen Frauenvereinigung und drei Ortskräften eine dem örtlichen Kontext angepasste Sexualerziehung in den Schulen formuliert werden sollte. Anfangs wurde die Entwicklung einer modernen Familienplanung angestrebt, welche die dortige Realität und das traditionelle Geschehen mit einbezieht. Dieser partizipative Ansatz wurde von den beteiligten Zentralafrikanerinnen und Zentralafrikanern unbedingt gewünscht. Die Eigenmaßnahme war von ihnen selbst konzipiert und erfasste in „anderer“ als der üblichen westlichen Weise die dortigen Probleme und sah auch „andere“ Maßnahmen vor als die bereits bekannten westlichen:

Zum einen wurde die Eigenmaßnahme durch die Frauen der Gemeinde übernommen. Damit erhielten diejenigen die Verantwortung für Inhalt und Vorgehensweise, die in erster Linie mit Fragen der Familienplanung konfrontiert sind. Zum anderen wurde ein Nationales Komitee organisiert, welches allen Interessierten zugänglich sein sollte, die sich mit Familienplanungsfragen beschäftigen. Diese Öffnung nach außen ist insofern von Bedeutung, als dass Fragen der Familienplanung zwar am unmittelbarsten Frauen betreffen, aber die Erörterung dieser Problematik auch als eine Angelegenheit betrachtet werden kann, die auf der Gemeindeebene angesiedelt ist und auch die Männer einbeziehen sollte. Für die Akzeptanz einer Maßnahme zur Familienplanung hat sich die uneingeschränkte Möglichkeit der offenen Klärung ihrer Intention und Vorgehensweise als besonders wichtig herausgestellt. Im traditionellen Verständnis ist die Auseinandersetzung mit Fragen der Familienplanung sinnvoll in den Erziehungsprozess eingebunden. Die Bindung der Familienplanung an das Gesundheitswesen hingegen zeugt für viele Einheimische von einer befremdlichen westlichen Herangehensweise. Daher sollte Familienplanung dortigen Vorstellungen entsprechend später im Bereich Erziehung angesiedelt werden.

„Die Hinwendung zur Tradition beendete die sich wiederholenden Revolten, die manifeste Verweigerung, das heimliche, versteckte Sich-wehren, die ver-

zerzte Auseinandersetzung, die jeder Familienplaner kennt und fürchtet [...]“ (ebd., 56). Familienplanung wird in diesem Sinne nicht mehr diktiert oder nur empfangen, sondern vor Ort beurteilt und auf die Möglichkeit einer modernen Familienplanung in einem zentralafrikanischen Kontext geprüft.

Leider hat das Folgeprojekt, welches die Arbeit der Eigenmaßnahme weiterführen sollte, die Bedeutung traditioneller Werte negiert und die ursprünglich gewünschte Trennung von religiösen Organisationen missachtet. Die Geberseite bestand darauf, das Projekt administrativ im Gesundheitsministerium anzusiedeln. Der traditionelle Ansatz, der die Akzeptanz und somit das Engagement und die Unterstützung der zentralafrikanischen Seite sicherte, wurde systematisch aus dem Vorhaben eliminiert. Es wurde betont, dass die Geberinstitutionen an den üblichen Ansätzen einer modernen medizinischen Familienplanung festhalten wollen. So kämpfte das Projekt infolgedessen, „[...] wie fast jedes westliche Familienplanungsprogramm, gegen eine Administration, die den ‚fremden‘ Versuch, das westliche Programm, effektiv zu boykottieren wusste“ (ebd., 13).

Der Modernisierungstheorie folgend zeugen viele Maßnahmen der Bevölkerungspolitik von einer westlich geprägten ethnozentrischen Herangehensweise, in der es „[...] fremde Lebensverhältnisse, Verhaltensweisen und Wertnormen planmäßig und systematisch zu verändern gilt, um letztlich das Ideal einer nach westlicher Lesart vorherbestimmten ‚Zwei-Kind-Kleinfamilie‘ zu erreichen“ (ebd., 19).

Knieper richtet sich deutlich gegen eine demografisch motivierte Familienplanung. Aufklärung dürfe sich nicht ausschließlich auf das eigene Selbstverständnis beziehen, sondern müsse zunächst versuchen, die ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten zu verstehen. Es bedarf dabei einer Öffnung gegenüber traditionellen Lebensformen und Verhaltensmodellen, d. h. gegenüber dem jeweiligen historischen und kulturellen Kontext.

6 Abschließende Überlegungen und Folgerungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Wenn es um das Thema Familie geht, stehen immer an erster Stelle Frauen und Kinder in Mittelpunkt der Betrachtungen, selten die Männer. Wenn es doch einmal der Fall ist, dann drehen sich die Betrachtungen eher um ihre Ernährerfunktion als ihre Vaterrolle. Diese Herangehensweise an diese Thematik ist Folge von Stereotypisierungen der Geschlechtsrollen und bewirkt z. B. eine andauernde Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt. Zugleich entlässt sie die Männer aus ihrem Anspruch oder Chance auf eine gleichberechtigtes Wahrnehmen und Erleben ihrer Vaterschaft immanenten sozialen Rollen und Verantwortung. So schwierig die Situation einiger Frauen besonders auch in den Entwicklungsländern sein mag, Frauen haben sich eine starke Lobby geschaffen. Mit ihren zielstrebigem politischen Bewegungen über Jahre hinweg haben sie die Debatte um ihre Förderung und Gleichberechtigung, eine Stärkung ihrer Rechte (sowohl als Mütter als auch als in der Berufswelt) vorangetrieben und handfeste Resultate gefordert – mit Erfolg, wie man am Konzept des „gender Mainstreaming“ sieht. Ob in Deutschland (Bundesregierung), auf Europaebene (EU-Kommission) oder weltweit (UN), dieser Ansatz hat sich zumindest dem Anspruch nach flächendeckend durchgesetzt und beginnt in vielen Ländern sich strukturell zu verankern. Kinder hingegen sind in einer viel schwächeren gesellschaftlichen Position. Anders als die Frauen können sie kaum selbst die Initiative ergreifen und für ihre Rechte kämpfen, sondern sind auf den Einsatz Erwachsener angewiesen. Dieser bleibt jedoch zu oft aus, denn Politiken gerade in Ländern der sog. Entwicklungsländer nehmen die Partizipation von Kindern an gesellschaftlichen Prozessen als zu verfolgendes Thema weder wahr noch ernst. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Fokus endlich nicht mehr nur punktuell wie bisher, sondern ähnlich flächendeckend wie bei der Frauenbewegung auf die Bedürfnisse und Rechte von Kindern im Sinne eines „children Mainstreaming“ richtet.

Obwohl inzwischen verstanden worden ist, dass für das Wohlergehen einer Familie mehr als nur eine rechtliche und ökonomische Basis geschaffen werden muss, zeichnet sich interessanterweise bisher noch kein ernstzunehmender Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit ab, der den Schwerpunkt auf den Einfluss von sozio-kulturellen Einflussfaktoren auf Familie und Gesellschaft legt. Die Frage drängt sich auf, warum das so ist. Zum einen hat die Familie gesellschaftlich und politisch keine Lobby, die ihr den Rücken stärkt,

denn Familien bilden keine ‚pressure group‘ mit politischer – oder was um ein vielfaches effektiver ist – wirtschaftlich geschlossener Marktmacht.“ (Netzler 2002, 16) Zum anderen stoßen sozio-kulturelle Faktoren in der Entwicklungszusammenarbeit nur auf punktuelles Interesse, das je nach „Trendwelle“ mal mehr, mal weniger Beachtung in den Konzeptionen der Projektplaner findet. Diese Form der Nichtbeachtung trifft dann auch die Familien in ihren vielfältigen Erscheinungsformen, die die primären Träger und Weiterführer kulturbestimmter Lebensbedingungen sind. Jedoch scheint es, dass die Berücksichtigung des Faktors ‚Kultur‘ momentan wieder ein Hoch hat, widmet ihm die GTZ doch eigens einen Bereich auf ihrer Homepage¹⁷ und wählt ‚Kultur‘ zum Fokus ihrer Fachtage 2010¹⁸, allerdings unter dem Blickpunkt der kulturellen Vielfalt als Bereicherung (also ein Extra) für Projekte und nicht als ein grundlegendes und unabdingbar zu berücksichtigendes ‚Muss‘ in der Projektarbeit. Inzwischen wurde sogar eingesehen, dass auch die kulturelle Dimension einbezogen werden muss, wenn sich die Indikatoren menschlicher Entwicklung verbessern und die Millenniumsziele erreicht werden sollen – eine Tatsache, die noch bei der Formulierung der Millenniums-Entwicklungs-Ziele kaum erwähnt wurde (vgl. Culture and Development, Girona 2010).

In diesem Kapitel wurde versucht herauszuarbeiten, welche bedeutende Rolle die Instanz Familie für die Entwicklung einer Gesellschaft spielt. Familie kann als wichtigster Ort der informellen Bildung innerhalb von Gesellschaften betrachtet werden. Im Rahmen dessen finden durch wechselseitige Austauschbeziehungen Lernprozesse statt, die es dem Einzelnen ermöglichen, sich innerhalb der Familie und darüber hinaus innerhalb der Gesellschaft zu sozialisieren. Die Familie als der zentrale Ort von Bildungs-, Lern-, Sozialisations- und Arbeitsprozessen und des Kulturtransfers hat deshalb auch enorme Bedeutung für die Herausbildung der personalen und sozialen Identität ihrer Mitglieder. Ein besonderes Potenzial gerade in strukturschwachen armen Ländern haben großfamiliäre Gemeinschaften, die für ihre Mitglieder und für deren Lebensvollzug enorm wichtige Schutzfunktionen bzw. soziale Sicherung innerhalb der Familie anbieten. Diese Leistung galt lange unhinterfragt erbracht. Kolonialismus, Urbanisierung, ökonomische und soziale Modernisierung und kulturelle Entraditionalisierung haben Rolle und Funktionen der afrikanischen Großfamilie wesentlich geschwächt. Speziell in den Armuts-

17 <http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/30608.htm>.

18 Vgl. GTZ Fachtage 2010 <http://www.gtz.de/de/top-themen/25641.htm>.

situationen vieler Länder gewinnen jedoch diese Funktionen der Familie wieder an Bedeutung. Wenn staatliche Sicherungssysteme fehlen oder der Bedarf lebenssichernder Grundlagen nicht in hinreichend Maße durch die Institutionen der Gesellschaft befriedigt wird, gewinnt die Großfamilie und ihre Schutz- und Sicherungsfunktionen an Bedeutung, um soziale Härten der sich ‚modernisierenden‘ Gesellschaften abfedern zu können.

Besonders dort, wo der Zugang zur formalen Bildung oftmals durch ökonomisch, sozial oder kulturell bedingte Umstände verwehrt bleibt, nimmt die beschriebene informelle Bildung innerhalb der Familie einen hohen Stellenwert für die geistige und soziale Entwicklung von Individuen ein. Wenn Entwicklung im positiven Sinn als eine Verbesserung der Lebensqualität definiert wird, kann Bildung als Grundlage und Motor für die Entwicklung einer Gesellschaft, eines Landes verstanden werden und dient demzufolge als ein grundlegendes Mittel der Armutsminderung. Fehlt jedoch der in dieser Hinsicht funktionsfähige familiäre Rahmen, so leidet darunter die Entwicklung einer stabilen Identität eines jeden Einzelnen, also seine Befähigung in einer äußerst schwierigen Umwelt zu überleben und an den Bedingungen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen mitzuwirken.

Entwicklungspolitische Maßnahmen dürfen familiäre und gemeinschaftliche Strukturen nicht schwächen. Doch Strategien der Entwicklungszusammenarbeit streben noch immer überwiegend Familienmodelle im Sinne einer Individualisierung an, ohne auf kulturelle und soziale Wirkfaktoren einzugehen. Wichtige soziale Mechanismen wie beispielsweise Solidarität innerhalb großfamiliärer Strukturen und dörflicher Gemeinschaftssysteme werden dabei oftmals außer Acht gelassen. Auf Familienverbände zielende Handlungen werden aber immer unumgänglich Auswirkungen auf Gemeinde- bzw. Gesellschaftsebene zur Folge haben.

Aus diesem, in unseren Augen defizitären, Ansatz heraus hat die IBSAE Forschungsgruppe eine weiterfassende Strategie entwickelt, die neben den politischen, ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen einer Projektregion ausdrücklich auch das soziale Umfeld und den Kultur- und Sozialbezug der Lokalbevölkerung in allen Phasen eines EZ-Projektes berücksichtigt (siehe Abbildung 2, S. 82).

Hervorzuheben ist dabei die Rückkopplung aller EZ-Maßnahmen von der individuellen auf die Gemeinde- bzw. Gesellschaftsebene, da hier eine unmittelbare Wechselbeziehung besteht, die in der Planung und Durchführung von

EZ-Projekten jedoch oft unberücksichtigt bleibt. An dieser Stelle soll anhand zweier Beispiele vor Augen geführt werden, wie und warum einerseits das Scheitern von EZ-Projekten vorprogrammiert ist, die diesen Zusammenhang außer Acht lassen und stattdessen einen auf Individualisierung abzielenden Ansatz verfolgen. Dem wird eine an gesellschaftlichen Strukturen orientierte Herangehensweise gegenübergestellt, die an Hand eines Elektrifizierungsprogramms exemplarisch die positiven Auswirkungen auf Familien- und Gemeindeebene aufzeigt.

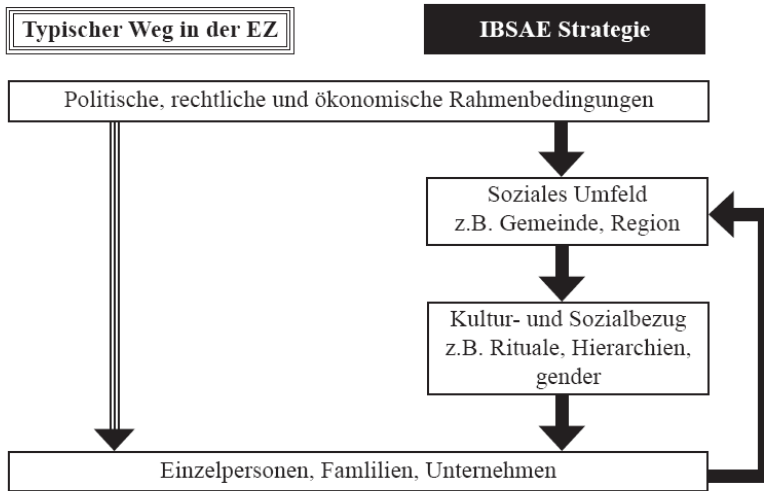


Abb. 2 Zwei Strategien der Entwicklungszusammenarbeit (eigene Darstellung)

Beispiel: Die Auswirkung einer Vernachlässigung kollektiver Strukturen

Im Rahmen eines von IBSAE untersuchten Energieprojektes in Uganda¹⁹ wurden einzelne Mitglieder derjenigen Gemeinden, in denen neue Energiesparherde verbreitet werden sollen, zu „Herdebauern“ ausgebildet. Um die

19 Das Projekt zur Verbreitung von energiesparenden Haushaltsherden wurde durch das Ministry of Energy and Mineral Development (MEMD) im Rahmen des Energy Advisory Programme (EAP) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführt. In der Zeit von 2006–2007 hat IBSAE hierzu drei Studien (eine Baselinestudie und zwei soziokulturelle Wirkungsmonitorings) in verschiedenen Distrikten Ugandas durchgeführt. Im Rahmen dessen haben Haushaltsbefragungen stattgefunden, die mit einem von IBSAE entwickelten Fragebogen durchgeführt wurden.

Motivation an dieser Ausbildung zu fördern, wurden Preise an diejenigen vergeben, die beispielsweise eine besonders große Anzahl an Herden gebaut haben. So schürte diese Maßnahme ein Konkurrenzdenken unter den „Herdebauern“, welches teilweise Neid, Missgunst oder das bloße Empfinden, dass die eigene Arbeit als weniger wertvoll erachtet wird, verursacht hat. Dies hatte Zwietracht innerhalb der Gemeinden zur Folge.

In diesem Fall wurde eine westliche Herangehensweise verfolgt, die auf Individualisierung abzielt und Solidarität, die insbesondere noch in ostafrikanischen ruralen Kontexten in großfamiliären Strukturen und Gemeinschaftssystemen vorzufinden ist, missachtet. Wenn Preisverleihungen als motivationsförderndes Element als sinnvoll erachtet werden, hätten diese zumindest auf Gemeinde- und nicht auf individueller Ebene vollzogen werden müssen. Zudem wurden die Herde aufgrund ausreichend vorhandener Finanzmittel großflächig an Haushalte verteilt, ohne eigenverwaltungs- und partizipative Elemente zu berücksichtigen. Familien leben jedoch nicht isoliert, sondern sind sozial in Großstrukturen, nämlich in die Gemeinde, eingebunden. Als Folge einer unzureichenden Integration der Gemeinden in das Projektvorhaben wurde teilweise eine ablehnende Haltung gegenüber der Nutzung der neuen Herde beobachtet. Bei dem Gebrauch des Herdes traten zudem vorher nicht bedachte Probleme auf. So konnten z. B. traditionelle Gerichte nicht in der gewohnten Weise mit Hilfe der neuen Herde zubereitet werden. Durch einen partizipativen Vorgang, der Mitgestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden am Projektvorschlag während der Planungsphase einbezogen hätte, wäre die Chance groß gewesen dies solche und ähnliche Probleme zu vermeiden.

Beispiel: Gemeindebasierte Energieprojekte

Die Einbeziehung der Gemeinde in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit können dagegen viele positive Effekte zur Folge haben, wie wir am Beispiel eines Elektrifizierungsprojektes verdeutlichen können. In Uganda hat der Großteil der Bevölkerung keinen ausreichenden Zugang zu einer angemessenen Energieversorgung, über 90 Prozent der Bevölkerung decken ihren Energiebedarf mit Energie aus Biomasse ab (vgl. Jürs 2007). Weniger als 10 Prozent der Bevölkerung hat Zugang zu elektrischer Energie, in ländlichen Gegenden sogar unter fünf Prozent, und weite Teile des Landes sind nicht an das Stromnetz angeschlossen. Aufgrund fehlender Infrastruktur ist eine Verbesserung der Energiesituation in naher Zukunft nicht absehbar. Daher müssen besonders im ländlichen Raum andere Wege der Elektrifizierung

gefunden werden. Um die Energiesituation zu verbessern, werden in ruralen Gegenden zumeist Generatoren, Solarstrom- oder Biogasanlagen genutzt. Der Großteil der ländlichen Bevölkerung verfügt jedoch nicht über ausreichend Geldmittel für den Kauf dieser teuren Anlagen und ihrer Brennstoffe, so dass lediglich wohlhabende Haushalte sich die Nutzung elektrischer Energie finanziell leisten können. Um an dieser Stelle die Entwicklung einer gesellschaftlich bedenklichen Individualisierung in der Energieversorgung zu bremsen, sollten Energieprojekte wie Solarstrom- oder Biogasanlagen auf Ebene der Gemeinden ansetzen und selbstverwaltete autonome Projekte implementieren. So könnten sämtliche Haushalte eines Dorfes, auch die finanziell schwachen, von der Verbesserung der Energiesituation profitieren und die Veränderungen des Lebensstandards sich auf die gesamte Gemeinde auswirken. Eine Herausforderung liegt dabei in der Bewältigung der gemeinschaftlichen Verwaltung, Betrieb und Wartung der Gemeindeanlagen. Wenn die Anlagen durch Selbstorganisation betrieben und instand gehalten werden, kann im besten Fall die Entwicklung eines Eigentümerbewusstseins, das sich an der Gemeinschaft orientiert, gefördert werden. Eine solche Verbesserung der Lebensumstände durch Energieversorgung sollte darauf abzielen, das Leben auf dem Land attraktiver zu gestalten, um z. B. neue Möglichkeiten der Einkommensgenerierung zu schaffen, ohne die negativen Effekte einer individualisierenden Projektstrategie in Kauf nehmen zu müssen. Das nährt die berechtigte Hoffnung, das Abwandern vom Land in die Städte eindämmen und einem daraus resultierenden Auseinanderbrechen von ländlichen Gemeinden und den hier lebenden Familien bzw. eine Entstehung von ‚Armutsfamilien‘ vorbeugen zu können.

Es ist wichtig, dass die jeweilige EZ-Maßnahme die sozialen und kulturellen Identitäten der lokalen Bevölkerung nicht nur respektiert, sondern sich vielmehr an ihnen orientiert. Das Potenzial stabiler familiärer Strukturen für Entwicklungsprozesse von Gesellschaften sollte in diesem Kontext unbedingt erkannt und zur Grundlage des entwicklungspolitischen Planens und Handelns werden. Vor diesem Hintergrund und mit einer Partizipation der Menschen vor Ort²⁰ kann es gelingen, Akzeptanz und Identifikation mit EZ-Maßnahmen auf Seiten der Lokalbevölkerung zu erreichen und damit eine tatsächliche Nachhaltigkeit von EZ-Projekten zu gewährleisten.

20 Siehe Artikel „Autonomie, Selbstverwaltung und Partizipation“ in diesem Band.

Literatur

- Abels, Heinz (2007): Einführung in die Soziologie. Band 2: Die Individuen in ihrer Gesellschaft. 3. Auflage. Hagener Studentexte zur Soziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Ahrens, Elke (1997): Soziale Risiken und Bewältigungsstrategien armer Bevölkerungsgruppen im südlichen Afrika. In: *Entwicklungsethnologie. Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie E.V.* Heft 1, 6. Jg., Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken.
- Arriagada, Irma (2002): Changes and inequality in latin american families. *Cepal Review* 77.
- Audehm, Kathrin/Wulf, Christoph/Zirfas, Jörg (2007): Rituale. In: Ecarius, Jutta (2007) (Hrsg.): *Handbuch Familie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 424–440.
- Bacon, Francis (1597): *Meditationes Sacrae*. Hrsg. von Spedding, J. (1864): *The Works Of Francis Bacon*, Vol. 14. New York, 79
- Biemann, Ursula: Das Begehren nach Eroberung. Ein Versuch, die sexuelle Ökonomie neu zu kodieren. In: Backes, Martina et al. (2002): *Im Handgepäck Rassismus*. Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, 51-70.
- Boserup, Ester (1982): *Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika*. Edition Cordeliers, Stuttgart.
- Brühl, Dieter (1989): *A terra era nossa vida. Armut und Familie in Nordostbrasilien. Eine Untersuchung zum Familiären Wandel in Stadt-Land-Vergleich*. Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Brühl, Dieter/Zange, Christian (2007): *Einführung in die Sozialisationstheorie*. Unveröffentlichtes Dokument.
- Büchner, Peter/Brake, Anna (2006): *Bildungsort Familie. Transmission von Bildung und Kultur im Alltag von Mehrgenerationenfamilien*. VS Verlag Für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Campanini (2007), In: *Päpstlicher Rat Für Familie (Hg.): Lexikon Familie. Mehrdeutige und umstrittene Begriffe zu Familie, Leben und ethischen Fragen*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Choi, Hyeryung (1983): *Die Veränderung der Familienstruktur in Korea unter besonderer Berücksichtigung der alten Menschen: Zur Anwendbar-*

- keit westlicher Familiensoziologischer Konzepte für koreanische Wandlungsprozesse. Haag Und Herchen Verlag, Frankfurt/ Main.
- Czarnecki, Dorothea (2007): Die Prävention Kommerzieller Sexueller Ausbeutung Minderjähriger im Tourismus am Beispiel des „Code Of Conduct“ in Costa Rica. Diplomarbeit, Carl Von Ossietzky Universität Oldenburg. Unveröffentlichtes Dokument.
- Cordes, Claudia (2008): Straßenkinder und HIV/AIDS in Tansania. Untersucht am Beispiel einer sozialpädagogischen Einrichtung für Straßenkinder in Arusha, Tansania. Diplomarbeit, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Unveröffentlichtes Dokument.
- Culture and Development, International Seminar, 4th and 5th of May 2010, Girona. Conclusion Document.
- Delors, Jacques et al. (1997): Lernfähigkeit. Unser verborgenes Reichtum. *UNESCO Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert. Hrsg.: Deutsche UNESCO-Kommission. Neuwied; Kriftel; Berlin, Luchterhand.*
- End Child Prostitution, Child Pornography And Trafficking Of Children For Sexual Purposes – ECPAT (1996): Prostitution and sex tourism in Costa Rica. Brochure.
- Ehrlich, Paul (1971): Die Bevölkerungsbombe. Carl Hanser Verlag, München.
- Evers, Hans-Dieter (1999): Globalisierung der Wissensgesellschaft. Ansätze einer neuen Entwicklungstheorie. Southeast Asia Programm. Working Paper N°310. Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie.
- Flasco Diálogo (2007): Para pensar la familia en Guatemala. N°58.
- Garrett, Laurie (1996): Die kommenden Plagen. Neue Krankheiten in einer gefährdeten Welt. Frankfurt am Main, Fischer Verlag.
- Grau, Ingeborg (2006): Scramble for Africa. Koloniale Machtergreifung und Wandel gesellschaftlicher Rollen im Kolonialismus. In: Englert/Grau/Komlosy 2006: Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien, Mandelbaum Verlag, 75–97.
- Gronemeyer, Reimer (2002): So stirbt man in Afrika an AIDS. Warum westliche Gesundheitskonzepte im südlichen Afrika scheitern. Eine Streitschrift. Frankfurt am Main, Brandes & Apsel Verlag.

- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)/IBSAE (2005): Baseline-Survey Gansu. Unveröffentlichte Studie.
- Hirschman, Albert O. (1958): The strategy of economic development. Yale University Press, New Haven.
- Hirschmann, Olaf (2003): Kirche, Kultur und Kondome: Kulturell sensible HIV/AIDS-Prävention in Afrika südlich der Sahara. Münster, Lit Verlag.
- Hoefele, Joachim/Rüdiger, Klaus (2000): Personale und kulturelle Identität als Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Würde. Artikel 1: Zeit-Fragen Nr. 7, 18.09.2000.
- Hofmeier, Rolf/Mehler, Andreas (2004): Kleines Afrika-Lexikon. Politik-Wirtschaft-Kultur. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Schriftenreihe. Band 464. München, Verlag C.H. Beck.
- ILO/UNICEF/World Bank (2003): Understanding children's work in Guatemala.
- Jürs, Corinna (2007): Energienutzung in Familienhaushalten in Uganda und ihre subjektiven und objektiven Problemlagen. Diplomarbeit, Carl Von Ossietzky Universität Oldenburg. Unveröffentlichtes Dokument.
- Knieper, Barbara M.C. (2000): Zur Kritik einer westlichen Familienplanung in Afrika. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Kreppner, Kurt (2002): Sozialisation in der Familie. In: Hurrelmann, Klaus/ Ulrich, Dieter (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. 6., überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel, 321-334.
- Lachenmann, Gudrun (2001): Die geschlechtsspezifische Einbettung der Wirtschaft. In: Lachenmann, Gudrun/Dannecker, Petra (Hrsg.) (2001): Die geschlechtsspezifische Einbettung der Ökonomie. Empirische Untersuchungen über Entwicklungs- und Transformationsprozesse. LIT-Reihe Market, Culture and Society, 12) LIT Verlag, Münster, Hamburg, Berlin, London, 15-47.
- Magg, Rosaly: Wild-Fremd-Frau. Weiblichkeitsbilder im Tourismus. In: Backes, Martina et al. (2002): Im Handgepäck Rassismus. Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, 71-84.
- Mitterauer, M./Ortmayr, N. (Hrsg.) (1997): Familie im 20. Jahrhundert. Traditionen, Probleme, Perspektiven. Historische Sozialkunde 9. Brandes & Apffel/Südwind, Wien.

- Mitterauer, M./Sieder, R. (1980, 2. Auflage): Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie. Verlag C. H. Beck, München.
- Netzler, Andreas (2002): Ökonomisierung – im Sinne der Kinder? In: Neubauer, Georg/Fromme, Johannes/Engelbert, Angelika (Hrsg.) (2002): Ökonomisierung der Kindheit. Sozialpolitische Entwicklungen und ihre Folgen, Opladen.
- Op, Philippe Denis (2005): Sexualität und AIDS in Südafrika. In: Heideemanns, Katja/Moerschbacher, Marco 2005: Gott Vertrauen? AIDS und Theologie im südlichen Afrika. Band 32. Freiburg, Verlag Herder, 40–57.
- OIT (Organización Internacional De Trabajo)/IPEC (Programa Internacional Para La Erradicación Del Trabajo Infantil) (2003): Explotación sexual comercial de personas menores de edad en Centroamérica, Panamá y República Dominicana. Síntesis Regional, o. O.
- OIT (Organización Internacional De Trabajo)/IPEC (Programa Internacional Para La Erradicación Del Trabajo Infantil)/Ine (Instituto Nacional De Estadística) (2003): Estudio Cualitativo Sobre El Trabajo Infantil En Guatemala. Informe Final. Guatemala.
- Peuckert, R. (2008, 7. Auflage): Familienformen im sozialen Wandel. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Pieper, Barbara/Pieper, Michael (1975): Familie – Stabilität und Veränderung. sozialwissenschaftliche Texte. Hrsg: Helga Recker. Ehrenwirth Verlag, München.
- Overwien, Bernd/Claudia Lohrenscheid/Gunnar Specht (1999): Arbeit und Lernen in der Marginalität. Pädagogische Ansätze im Spannungsfeld zwischen Kompetenzerwerb und Überlebenssicherung im Informellen Sektor. Frankfurt am Main, IKO-Verlag.
- Potthast-Jutkeit, Barbara (Hrsg.) (1997): Familienstrukturen in kolonialen und postkolonialen Gesellschaften. Periplus Parerga, Band 3, Lit Verlag, Münster.
- Schaub, Horst/Zenke, Karl (1996): Wörterbuch Pädagogik. Dtv Verlag, München.
- Schneider, Gerlind: Frauen-Arbeit-Netzwerke: „We share ideas, we help each other“. In: Lachenmann, Gudrun/Dannecker, Petra (Hrsg.) (2001): Die geschlechtsspezifische Einbettung der Ökonomie. Empirische Untersuchungen über Entwicklungs- und Transformationsprozesse. LIT-Reihe

- Market, Culture and Society, 12) LIT Verlag, Münster, Hamburg, Berlin, London, 113–132.
- Tietze, Sarah (2006): Die AIDS-Pandemie in Sub-Sahara-Afrika. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33. Bonn, SZ Offsetdruck-Verlag, 32–38.
- UNICEF (2006): World report on violence against children, Genf.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2002): Desarrollo humano, mujeres y salud. Quinto informe nacional de desarrollo humano. PNUD Guatemala.
- Veith, Herrmann (2001): Das Selbstverständnis des modernen Menschen. Theorien des vergesellschafteten Individuums im 20. Jahrhundert. Campus Verlag, Frankfurt/Main.
- Wilmink, Tanja (2008): Ursachen von HIV/AIDS-Epidemien im subsaharischen Afrika aus systemischer Sicht. Bewältigungsstrategien von UNAIDS. Diplomarbeit, Carl Von Ossietzky Universität Oldenburg. Unveröffentlichtes Dokument.

Internetquellen

- CEPAL (Comisión Económica Para América Latina Y El Caribe)/UNFPA (United Nation Population Fund) (2007): Familias y políticas públicas en América Latina: Una historia de desencuentros. Santiago de Chile: www.Eclac.Org/Publicaciones/Xml/9/31999/Lp96_Familia_Lcg2345.Pdf [15.11.2009]
- CELADE (Centro Latinoamericano Y Caribeño De Demografía)/CEPAL (Comisión Económica Para América Latina Y El Caribe)/UNFPA (United Nation Population Fund) (2007): Patrones emergentes en la fecundidad y la salud reproductiva y sus vínculos con la pobreza en América Latina y el Caribe. Serie Población y Desarrollo, N° 72. Santiago de Chile: www.Cepal.Org/Publicaciones/Xml/3/28733/Lcl2652-P.Pdf [17.11.2009]
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (o. J.): Anteil der städtischen Weltbevölkerung nach Region. Info-Blatt. www.Weltbevoelkerung.De/Pdf/Wbb07_Staedt_Bev_Regionen.Pdf [02.05.2009]
- Grau, Inge/Hanak, Irmi/Stacher, Irene (1997): „The Marriage Rite Is Never Completed“. Die Entwicklung in Afrika südlich der Sahara. In:

- Mitterauer, M./ Ortmayr, N. (Hrsg.) (1996): Familie im 20. Jahrhundert. Beiträge zur historischen Sozialkunde. Brandes & Apsel/Südwind, Wien, 136–164. www.Univie.Ac.At/Ecco/Doc/Hanak-031997-Familie.Pdf [20.05.2009]
- Hansjürgens, Bern/Heinrichs, Dirk (2007): Mega-Urbanisierung: Chancen und Risiken. Bpb Dossier. www.Bpb.De/Themen/Otb0za,0,0,Megaurbanisierung%3a_Chancen_Und_Risiken.Html [02.05.2009]
- Häußermann, Hartmut (o. J.): Es kommt auf die soziale Integration an – In allen Städten. Bpb Dossier. Www.Bpb.De/Themen/Jajkn8.Html [02.05.2009]
- Herzberger-Fofana, Pierrette (2005): www.Bpb.De/Themen/Fstk9d,4,0,Die_Afrikanische_Familie.Html [05.02.2010]
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2008): Global employment trends for women. http://www.ilo.org/global/About_the_ILO/Media_and_public_information/Press_releases/lang--en/WCMS_091102/index.htm [02.08.2010]
- Kompass: http://www.Kompass.Humanrights.Ch/Cms/Front_Content.Php?Idcat=1539 [21.02.2009]
- Münz, Rainer (2007): Fertilität und Geburtenentwicklung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/faktoren/fertilitaet.html> [20.01.2010]
- Nuscheler, Franz (2008): Bevölkerung und Entwicklung – Eine Einleitung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. www.Berlin-Institut.Org/Fileadmin/User_Upload/Handbuch_Texte/Pdf_Nuscheler_Bevoelkerung_Entwicklung_01.Pdf [05.05.2009]
- Population Reference Bureau: 2009 World Population. Data Sheet. Washington, D.C.: www.Prb.Org/Pdf09/09wpds_Eng.Pdf [17.11.2009]
- Population Reference Bureau: 2008 World Population. Data Sheet. Washington, D.C.: www.Prb.Org/Pdf08/08wpds_Eng.Pdf [14.11.2009]
- Schulz, Wolfgang (2004): Mitschrift zur Soziologievorlesung, Universität Wien. [74.125.47.132/Search?Q=Cache:Mr7rms25ltkj;www.Alexanderweit.Com/Documents/Schulz-Schlag.Doc+Familienstruktur+Bev %C3%B6lkerungsentwicklung+Entwicklungsl%C3%A4nder&Cd=33&Hl=De&Ct=Clnc&Client=Firefox-A](http://74.125.47.132/Search?Q=Cache:Mr7rms25ltkj;www.Alexanderweit.Com/Documents/Schulz-Schlag.Doc+Familienstruktur+Bev+%C3%B6lkerungsentwicklung+Entwicklungsl%C3%A4nder&Cd=33&Hl=De&Ct=Clnc&Client=Firefox-A) [05.05.2009]

UNFPA: www.Unfpa.Org/Mothers/Contraceptive.Htm [14.11.2009]

United Nations, Population Division (2010): World Urbanization Prospects, the 2009 Revision: Highlights: http://esa.un.org/unpd/wup/doc_highlights.htm [16.06.2010]

UNRIDS (United Nations Research Institute for Social Development)/Deere, Carmen Diana (2005): The Feminization of Agriculture? Economic Restructuring in Rural Latin America. <http://www.unrisd.org/publications/opgp1> [02.08.2010]

Dieter Brühl, Dorothea Czarnecki, Norris Haberland

Autonomie, Selbstverwaltung und Partizipation als Wege für den erfolgreichen Techniktransfer in ländliche Armutsgemeinden in Entwicklungsländern

1 Einleitung

Eines der Hauptprobleme der Entwicklungsländer sind auch heute noch ihre infrastrukturellen Defizite. So leiden vor allem ländliche Regionen in ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung an dem Mangel an funktionierenden Versorgungsstrukturen für z. B. Trink- und Tränkwasser, Energie und Kommunikation. Dieser Mangel ist inzwischen zu einem grundlegenden Charakteristikum von Armut in den Entwicklungsländern geworden. Zugleich konzentrieren sich hierin einige der Hauptursachen für das Auftreten bzw. das sich rapide Verbreiten von endemischen Hungerkrisen und Epidemien und für die Chancenlosigkeit der Bevölkerung, diesen aus eigener Kraft widerstehen zu können. Ein Beitrag zur Lösung der infrastrukturellen Problemstellungen ist damit zugleich ein Beitrag zur Bekämpfung von extremer Armut und der ihr innewohnenden Bedrohungen für die menschliche Existenz.

Die zumeist technisch basierten Strategien zur Problemlösung lassen jedoch häufig die weitergehende Lebensrealität der Betroffenen außer Acht, wie in dieser Untersuchung verdeutlicht wird: Sonnenenergie, meist reichlich in den Entwicklungsländern vorhanden und noch viel zu wenig genutzt, kann dazu verwendet werden, die Grundwässer als Trink- und Tränkwasserreserven schonend zu verwenden. Pumpsysteme zur Wasserversorgung, die die vorhandene Sonnenenergie nutzen, erweisen sich dabei in inzwischen vielen Fällen¹ als eine situationskonforme Technologie. Die besonderen technischen Designeigenschaften lassen sich vorzüglich den (vor allem dezentralen

1 Siehe dazu z. B. GTZ: Final PVP Conference (1995).

ländlichen) Standortbedingungen anpassen. Sie entsprechen zumeist den klimatischen und ökologischen Bedingungen der Standorte und lassen sich durch kluge Projektdesigns der realen Bedürfnislage der angesprochenen ländlichen Gemeinden anpassen. Energie und Wasser sind zudem mit die wichtigsten Grundlagen, um sinnvolle Armutsbekämpfung zu leisten.

2 Die Folgen technischer Entwicklung

Wie jeder Technologietransfer in Entwicklungsländer schaffen aber auch modernste Wasserversorgungssysteme in den Gesellschaften der Länder, die Adressaten solcher Projekte sind, neue Risiken und Problemstellungen; vor allem sozialer, kultureller, ethischer und ökologischer Natur. Wenn diese nicht gelöst werden, können sie die Vorteile, die die Einführung der Technik mit sich bringen kann, erheblich einschränken und soziale Desorganisation hinterlassen.

Das betrifft vor allem die mit der Einführung von hochtechnisierten Systemen wie z. B. auf Nutzung von Sonnenenergie beruhenden Pumpsystemen in ländlichen Gemeinden, auftretenden sozialen Problemstellungen. Theoretisch gesprochen bestehen diese im Wesentlichen darin, dass ein von außen kommander Eingriff (hier bedingt durch den Technologietransfer) in ein Sozialsystem (sozialer Impakt) erfolgt, der zwangsläufig sozialen Wandel bewirkt. Betrachtet man die negativen Folgen, lässt sich dieser beispielsweise in Identitätskrisen, Anomien, kultureller Diffusion, Mentalitätsveränderungen, Strukturkrisen, Modifizierung bzw. Auflösung tradierter Institutionen, Abwanderung u.v.m. dokumentieren.

Ein Beispiel mit zunächst positiver Tendenz ist die sich anbietende Möglichkeit, durch die Nutzung von auf Photovoltaik beruhenden Pumpsystemen das in vielen Gesellschaften übliche, oft zeitintensive und körperlich außerordentlich belastende Wasserholen durch Frauen und Kinder deutlich zu erleichtern. Es müssen nun weder Handpumpen oder Zugbrunnen betätigt noch das Wasser aus entfernten Wasserstellen geschöpft und über lange Strecken transportiert werden. Neben den positiven gesundheitlichen Effekten entstehen so in der Regel neue Zeitressourcen, die für andere Tätigkeiten, wie handwerkliche Produktion oder auch intensivere Bildung für Kinder und Erwachsene genutzt werden können. Daran wird erkennbar, dass die soziale Ordnung unmittelbar berührt sein kann, wenn sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu Gunsten der Frauen verändert oder Kinder ihren Anspruch

auf bessere Bildung (z. B. durch den jetzt erleichterten regelmäßigen Schulbesuch) realisieren können.

Das muss nicht zwangsläufig das vollständige infrage stellen von traditionellen Sozialsystemen bedeuten. Denn sozialer Wandel bedeutet zugleich immer auch die Chance der nachholenden Entwicklung und der Anpassung der gesellschaftlichen Strukturen an die Anforderungen der Gegenwart bis hin zu der Lösung von bisher als nichtlösbar erscheinenden Problemen. In vielen Armutsregionen der Welt sind die Formen des Wasserbesorgens eher Ausdruck der Resignation vor den immer schwierigeren Bedingungen, Wasser für den täglichen Bedarf zu finden, als Ausdruck eines zu bewahrenden kulturellen Selbstverständnisses.

3 Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit

Soziale Impakte sind demnach von außerhalb der Systemgrenzen herrührende Systemanreize, die strukturelle Veränderungen hervorrufen können, welche für das Überleben von Systemen erforderlich sind. In der Realität bedeutet das für die betroffenen Menschen, dass sie in ihren Gemeinden herausgefordert werden zu lernen, mit fremden kulturellen Einflüssen, neuer Technik und/oder neuen Organisationsformen umzugehen, sie sinnvoll in ihren Lebensalltag einzubauen und die dafür erforderlichen organisatorischen und strukturellen Veränderungen in ihrem Gemeinwesen und in ihren Familien vorzunehmen. Das sind enorme Leistungen, denn gefordert sind nicht unerhebliche Eingriffe in die gewohnten und erprobten traditionellen Verhaltensweisen, in Strukturen ihres sozialen Umfeldes und in das kulturelle Selbstverständnis (Identitäten) der Menschen. Das ist meistens ganz allein nicht zu bewältigen, sondern bedarf der Unterstützung von außen, der sozial und kulturell verständigen Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem auch in der Lage ist, Kultur zu verstehen und kulturelle Freiheit zu respektieren, Wissen zu vermitteln und Lernprozesse zu initiieren. Dies ist entscheidend, denn insbesondere technologische Neuerungsprojekte machen nur dann Sinn, wenn die Beteiligten vor Ort die Technologie akzeptieren und sie in ihr soziales Leben integrieren können und integrieren wollen.

Daran lässt sich schon erkennen: Entwicklung und gesellschaftliche wie technische, ökonomische und organisatorische Modernisierung wird von den Menschen in den Dörfern, Gemeinden, Favelas, suburbanen Stadtvierteln selbst geleistet und nicht von den Projektmachern in fremden Ministerien,

Entwicklungsagenturen, Großunternehmen und Nichtregierungsorganisationen. Diese sind lediglich Mittler, Helfer, Erzieher und Anbieter von Technik und monetären Instrumenten, aber auch manchmal – wie uns Afghanistan heute lehrt – lediglich die Verkaufsagenten von global agierenden Produzenten beliebiger technischer, finanzieller militärischer oder auch nur organisatorischer Produkte. Sieht man von letzterem einmal ab und interpretieren die ‚Entwicklungshelfer‘ ihre Rolle in diesem reduzierten Sinne, haben sie bereits einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung getan: Sie sind auf dem Weg in ein sozial und kulturell definiertes Verständnis ihrer Aufgabe in den Gemeinwesen, die sie bei ihrem schwierigen Weg in die Chancen, Möglichkeiten aber auch Gefahren der Gegenwart begleiten sollen.

4 Technische, ökonomische und soziale Aspekte am Beispiel photovoltaischer Pumpsysteme

Viel zu einfach ist die naive Vorstellung, dass das Verfügbarmachen von Trinkwasser in den Gemeinden – dies ist nicht selten die vereinfachte Formel von Trinkwasserprojekten – gewissermaßen im Selbstlauf eine fühlbare Verbesserung der Lebensverhältnisse bewirken könne. Doch im Gegenteil: Die Lösung eines technischen Problems schafft neue Probleme und stellt die Herausforderung dar, mit der damit verbundenen Verfügungsmacht und neuen sozialen Aufgabenstellungen fertig zu werden. Ein soziologischer Beobachter dieser Projekte bemerkte sehr treffend in Simbabwe: „In allen PV-Pump-Projekten weltweit haben wir die Erfahrung gemacht, dass es einfacher ist, eine Wasserversorgung zu errichten, als ihre fortdauernde Nutzung und Instandhaltung sicherzustellen“². Der Einsatz photovoltaischer Pumpsysteme zwecks einer Verbesserung der ländlichen Wasserversorgung stellte bei der Übertragung dieser Technik und der damit verbundenen organisationalen und ökonomischen Prozesse in armen ländlichen Gemeinden einen höchst komplexen sozialen Prozess dar. Dieser forderte die Projekte heraus, die technische und ökonomische Konzeption mit einer sozialen Durchführungsstrategie zu verbinden. Dies implizierte ebenso die Notwendigkeit, deren Auswirkungen auf die sozio-kulturellen Gegebenheiten der Gemeinden zu beobachten und zu verstehen, um negative Impakte identifizieren und gemeinsam durch soziales Lernen bewältigen zu können.

2 GTZ (1995) Results of the Sociological Monitoring, Annex 10.

Für diese Projekte stellte sich also relativ frühzeitig die Frage ihres Selbstverständnisses. Konzipiert als Pumpentestprogramm, das die technische Reife der photovoltaischen Pumpenanlagen demonstrieren und ihren wirtschaftlichen Einsatz klären sollte, stand ebenso von Beginn an die Frage nach der ‚Akzeptanz‘ der hochtechnisierten Systeme durch ‚Nutzer und Betreiber‘ auf der Tagesordnung. Diese Fragestellung – obwohl äußerst abstrakt und von ihrem Selbstverständnis gesehen als unüblich für die als Projektleiter eingestellten Ingenieure und Techniker formuliert – erwies sich aber in der Realität der Projektgemeinden zunehmend als grundlegend für die Durchführbarkeit der Projekte. Wirtschaftlicher Einsatz der hochtechnisierten Wasserversorgungssysteme war in vielen Gemeinden nur zu realisieren, wenn diese bereit waren, die finanzielle und soziale Verantwortung für diese Systeme zu übernehmen. Dies bedeutete, dass z. B. Eigenleistungen beim Bau der Anlagen erbracht und/oder Wassergeld eingeführt sowie erhebliche Verwaltungsleistungen durch Arbeit und Zeit in Selbstverwaltungsgremien einschließlich der dadurch notwendig werdenden Ausbildungsleistungen gefordert werden sollten.

Für die meisten Dorfbewohner ländlicher Armutsgebiete ist dies eine schwerwiegende Entscheidung. So stellt das Eingehen auf eine vorgeschlagene Projektkonzeption einen großen Vertrauensvorschuss für diejenigen dar, die Technologieprojekte in Armutsregionen einbringen und betreuen wollen. Für die Armutsbevölkerung bedeutet es nämlich, ihr Zeit- und Ressourcenbudget dahingehend zu verändern, dass sie den sozialen, ökonomischen und vor allem zeitlichen Ansprüchen der Projektmacher gerecht werden können. Partizipation am sozialen Leben ist meistens für die Armutsbevölkerung die große Ausnahme, die Regel ist eher die soziale Ausgrenzung. Das bedeutet auch, dass sie solche Anforderungen von partizipativ gestalteten Projekten in einen langwierigen Prozess erlernen und in die alltäglichen Lebensabläufe einbauen müssen. All dies muss die Bevölkerung leisten im Hinblick auf künftige, d. h. von Fremden versprochene Vorteile von Projekten, die zunächst nicht in ihrem soziokulturellen Kontext verortbar sind. So sind komplexe technische Systeme, wie die auf Nutzung von Sonnenenergie betriebenen Wasserversorgungsanlagen für eine selten oder nur rudimentär alphabetisierte Bevölkerung bezüglich Funktionsweise, Wirkungen und Leistung nicht ohne weiteres einsichtig.

Deshalb ist das Einleiten von Lernen in verständlicher, kulturnaher und an den Alltagsbedürfnissen orientierter Form von zentraler Bedeutung für die soziale Akzeptanz von Technologieprojekten.

4.1 Was ist technische/ökonomische Reife?

Es reicht aus diesem Grund auch nicht aus, von dem abstrakten Begriff der ‚technischen und ökonomischen Reife‘ der photovoltaisch betriebenen Pumpsysteme auszugehen. Dies sagt schließlich nur aus, dass in der Vorstellungswelt westlicher Ingenieure und Ökonomen nach der erfolgreichen Durchführung von Machbarkeitsstudien solche Projekte aus einem technischen und ökonomischen Blickwinkel betrachtet durchführbar sind. Von der sozialen und kulturellen Reife solcher Anlagen wird selten gesprochen und noch seltener werden ‚Machbarkeitstudien‘ in diesem Sinne durchgeführt. Zumindest die ökonomische Durchführung würde sich auf Grund solcher Überlegungen verändern müssen, wenn die zuvor erwähnten sozialen Kosten der Einführung solcher Anlagen ernsthaft berücksichtigt würden. Erst die Einbindung der sozialen und kulturellen Faktoren im Produktdesign könnte in Entwicklungsprojekten ein reales Tor für die Beteiligung der Bevölkerung an der technischen und ökonomischen Modernisierung ihrer Gemeinden öffnen.

Für die Menschen in Projektgemeinden wird das Angebot einer Modernisierung der Wasserversorgung in der Regel zu einer gänzlich praktischen Fragestellung, die ein Projektmanager nicht übersehen darf: Wie wirken sich Anlagen, die in ihrer Leistungsfähigkeit und Bedienbarkeit deutliche Veränderungen erbringen, auf die bisherigen Modalitäten der Wasserversorgung aus? Diese sind vor allem durch das regelmäßige Wasserholen von Frauen und Kindern bestimmt. Diese müssen von meist entfernten Wasserlöchern, Flussauen oder Wasserstellen mit oder ohne Handpumpen Wasser mühevoll zu ihren Wohnstellen transportieren. Können auf diesem Weg auch die ökonomisch und ökologisch fragwürdigen Versorgungssysteme mit Dieselmotoren ersetzt werden, die nicht selten bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz genießen? Diese Systeme verursachen in vielen Gemeinden der Welt unsägliche Umweltverschmutzung, immense Kosten für Treibstoff, Wartung und Kreditierung, aber einen unmittelbaren Zugang zur alltäglichen Wasserversorgung. Solarbetriebene Pumpsysteme müssen ja entweder Wasser speichern oder mit Batteriesystemen verbunden sein, um bei fehlendem Sonnenlicht in den Abend- und Nachtstunden oder bei Regen Wasser verfügbar bleiben zu können.

Die Folge ist, dass allein schon relativ minimale Veränderungen in den Eigenheiten der Wasserversorgung den Arbeits- und Lebensrhythmus, die Beziehungsverhältnisse in den Familien, die Zeitorganisation und vieles mehr beeinflussen. Ein soziales Projektmanagement sollte dies berücksichtigen, da für eine Verhaltensumstellung Lernprozesse initiiert werden müssen. Nicht selten müssen auch negative Auswirkungen, insbesondere im Hinblick auf den ökonomischen, ökologischen und hygienischen Umgang mit Wasser und bzgl. Anlagen mit Dieselmotoren beachtet werden. Das bedeutet, dass grundsätzlich der Umgang mit Wasser und den traditionell vorhandenen Fähigkeiten der Bevorratung von Wasser erkannt und daran angeknüpft werden sollten. Auf diese Weise können kulturell bedingte Potentiale wiederbelebt, ins Bewusstsein der betroffenen Bevölkerung zurückgerufen und der Umgang mit Wasser so neu gelernt werden. Erst dann kann man von auch sozial und kulturell ausgereiften Technikkonzepten sprechen. Auch sind tradierte Wertssysteme zu berücksichtigen. Wie wird in einer Gemeinschaft Wert ausgedrückt, welche sind die anerkannten „Zahlungsmittel“. Oft handelt es sich dabei um soziales Kapital. So ist es beispielsweise im ländlichen Brasilien, wo der Zugang zu Wasser ein Ausdruck von Macht ist und Geld als Währung einen untergeordneten Stellenwert einnimmt, nicht üblich, Wasser in der Landeswährung zu bewerten und den Zugang zu Wasser an der Höhe des Geld-Vermögens der Haushalte zu koppeln. Die Konzeption eines Gemeinde-Wassersystems, das auf der Erhebung von Wassergeld beruht, würde ohne weitere Maßnahmen und gegenseitigen Austausch zwischen Gemeinde und Projektleitung schlicht nicht angenommen werden.

4.2 Orientierung an der tatsächlichen Lebenssituation

Solche und ähnliche Probleme verdeutlichen, dass die Durchführung eines Projektes, das moderne Technik in ein soziales Umfeld einbringt, welches durch Traditionalismus und Armut gekennzeichnet ist, sich nicht an Hand von Abstrakta definieren kann, sondern nur durch die jeweils anstehenden, meist elementaren Problemstellungen. Diese müssen aus der Realität und den Bedürfnissen der jeweiligen Gemeinschaft verstanden werden, die die angebotene Technik übernehmen und nutzen soll. Das bedeutet beispielsweise so etwas scheinbar völlig Selbstverständliches, wie tunlichst zu respektieren, ein neues, leistungsfähiges Wasserversorgungssystem nicht gegen den Willen einer Gemeinde einzuführen.

Ein Beispiel dazu: In Projekten der Wasserversorgung, die Systeme mit Dieselmotoren durch solche mit Photovoltaik ersetzen sollten, wo also eine mehr oder weniger funktionierende Wasserversorgung durch eine Option ersetzt werden sollte, die sich erst einmal bewähren musste, konnte es durchaus sein, dass die Bevölkerung einem solchen Projekt – meist verklausuliert, selten offen – Widerstand entgegen brachte. In so einem Fall ist es entscheidend, dass das Projekt ein aus der Gemeinde selbst rührendes Problemkonzept vorweisen kann. Das sollte aufzeigen, welchen Beitrag die technische Lösung zu den in der Gemeinde bestehenden Problemen leistet, welche Vorteile und Nachteile sie hat, und welche Chancen für die künftige Entwicklung in ihr enthalten sind – dass sie aber nicht den aktiven und vor allem erfolgreichen Lösungsbeitrag der Menschen in den Gemeinden ersetzen kann.

5 Zum Begriff Partizipation

Es ist selbstverständlich, dass eine solche Vorgehensweise nicht nur eine sehr gründliche Kenntnis der jeweiligen Gemeinde voraussetzt, sondern ebenso das grundlegende Verständnis der sozialen und kulturellen Rechte der Menschen, ihr Leben selbst zu bestimmen und den Weg in die Zukunft selbst zu wählen und zu gestalten. Das ist der eigentliche und einfache Inhalt des manchmal bis zur Unkenntlichkeit verschlissenen Begriffs Partizipation. Er bedeutet für diejenigen, die sich entschließen Projekte in Entwicklungsländern durchzuführen, eine politische, moralische und praktische Entscheidung für sich selbst und für das eigene Handeln beim nicht selten ungefragten Eindringen in fremde Welten zu treffen. ‚Entwicklungshelfer‘ müssen sich also in erster Linie selbst fragen, wie sie ihre Partizipation am sozialen Lebensalltag der Gemeinden begründen, vermitteln, rechtfertigen und auch persönlich ausgestalten. Partizipation hat also immer zwei Seiten: Einerseits das selbstverständliche Recht, das eigene Schicksal selbst zu bestimmen und andererseits die Begründbarkeit des Eingriffs derjenigen, die für sich einen moralischen, politischen oder faktischen Vorteil in Anspruch nehmen, um an diesem Prozess teilnehmen zu dürfen. Aus dieser Perspektive heraus ist es elementar, sich mit den (Aus-)Wirkungen des Handelns im Rahmen eines Projektes reflektiert und systematisch zu beschäftigen.

Entschließt sich also ein Projekt für eine solche integrierte, problemorientierte und partizipative Strategie, hat das gleichzeitig zur Folge, dass überlegt werden muss, wie die nun zentralen sozial definierten Komponenten des Projektes in der Projektarbeit praktisch berücksichtigt werden können. Dahinter

steht die Annahme, dass Autonomie, Selbstverwaltung und Partizipation praktisch zu lösende Grundaufgaben von Projekten sind. Diese sind zumindest im Ansatz lösbare Aufgabenstellungen für Entwicklungsprojekte in der Kooperation zwischen armen und reichen Ländern. Das wird immer dann nicht gelingen, wenn z. B. die akuten Bedürfnisse einer Armutsbevölkerung die Lösung ihrer Überlebensprobleme in den Vordergrund stellt und insofern konträr zu dem angebotenen technologischen Projektansatz steht. Auch wäre zu fragen und gemeinsam mit den Projektpartnern zu erarbeiten, worin konkret das Entwicklungsangebot bestehen kann. Das schafft selbstverständlich eine völlig andere Ausgangslage für ein Projekt als das oft aufdringliche ‚Anbieten‘ einer bereits formulierten Lösung für ein vermeintlich objektiv festgestelltes Problem. Dies impliziert, dass die Projektpartner über die Entscheidungen im Projekt nicht nur konsequent und umfassend informiert werden, sondern auch an ihnen teilhaben, ebenso wie an dem finanziellen bzw. Arbeitsaufwand des Projektes.

6 Soziokulturelles Management

Letztlich ist die Frage: Wie kann sozial- und kulturwissenschaftliches ‚Know-how‘ in ein Techniktransferprojekt integriert werden? Diese Frage kann auf zwei Wegen, die sich nicht gegenseitig ausschließen müssen, beantwortet werden. Zum einen kann schon in der Projektplanung frühzeitig durch Personalauswahl und -vorbereitung sowie durch konzeptuelle Entscheidungen in Richtung einer sozialen Dimensionierung der Projektstrategie (einschl. ihrer finanziellen Absicherung) eine solche Einbeziehung erfolgen. Wie beispielsweise die Erfahrung des Umgangs mit der Gender-Problematik lehrt, bleibt allerdings zu befürchten, dass dies meistens bei Worthülsen, nicht erfüllbaren Anforderungen und politischen Rechtfertigungsideologien verbleibt.

In der Realität entscheidet die technische, finanzielle, politische und organisatorische Machbarkeit und nicht selten auch die ‚in house‘ Interessiertheit über die Konfiguration eines Projektes. Die soziale Problemstellung taucht erst dann als eine wichtige Aufgabenstellung auf, wenn die Dinge nicht so gelaufen sind, wie geplant, also nach den ersten Misserfolgen. Es muss folglich in dieser Situation ein anderer Weg gefunden werden. Hierfür sollte über eine externe soziale Begleitung bzw. der Aufbau eines funktionierenden kulturell abgesicherten Sozialmanagements als Lösungsansatz nachgedacht werden. Sie bietet sich vor allem für Projekte an, die den Transfer von Technik zum Gegenstand haben (so z. B. auf Photovoltaik beruhenden Wasserver-

sorgungs- oder Beleuchtungssystemen). In der Praxis von Wasserversorgungsprojekten hat sich gezeigt, dass es sich anbietet, externe Begleitprogramme zu entwickeln, die sich eng an der sozialen und kulturellen Realität orientieren und die technischen Berater nicht mit zusätzlichen sozialen Aufgabenstellungen überfrachten.

Externe sozialwissenschaftliche Begleitung kann zudem an die im Land vorfindbaren sozialwissenschaftlichen Ressourcen angepasst werden, also bereits einen innerkulturellen Beitrag zur Projektdurchführung definieren. Allerdings setzt diese Vorgehensweise auch voraus, dass entsendete Projektberater/manager/leiter über ausreichende soziale Erfahrungen und Grundsensibilitäten verfügen, um die Notwendigkeiten einer sozialen Projektstrategie richtig einschätzen und an den Projektpartner im Lande vermitteln zu können. In einer solchen Konzeption des soziokulturellen Projektmanagements ist es eine unabdingbare Voraussetzung, auch die Projektpartner in den soziokulturellen Teil des Managements voll zu integrieren.

Es zeigt sich nämlich in vielen Technikprojekten, dass die über Entscheidungsmacht verfügenden Partner aus Politik und Wirtschaft in den Entwicklungsländern häufig allein auf den Technik- (und Finanz-)Transfer hin orientiert sind und den sozialen Voraussetzungen und Folgen des Techniktransfers hingegen wenig Aufmerksamkeit schenken. Nicht selten ist das ein Ausdruck von Hilflosigkeit, denn in vielen Entwicklungsländern sind der sozialwissenschaftliche Erfahrungsschatz, Forschungen und Praxis dünn gesät. Erschwerend kommt hinzu, dass die häufig aus den Mittelschichten rekrutierten Angestellten der staatlichen Institutionen und privaten Firmen sich gegenüber der meistens sehr armen, kaum alphabetisierten Landbevölkerung als Elite verstehen und insofern deren sozialen und kulturellen Fähigkeiten mit großem Misstrauen und Unverständnis begegnen. Dabei hätte die bloße Verpflanzung von Technologie ohne die Initialisierung und Unterstützung sozialer Entwicklungsprozesse langfristig nicht nur wenig Aussicht auf Erfolg, sondern auch potentiell negative Effekte, die ohne Intervention gar nicht erst entstanden wären.

Andererseits hat sich in vielen Projekten gezeigt, dass die Akzeptanz für eine soziale Projektstrategie wächst, wenn externe Projektberater überzeugend ihre Notwendigkeit und Machbarkeit nicht nur darstellen können, sondern auch durch organisatorisch-strategische, finanzielle und pädagogische Maßnahmen ein soziales Projektmanagement einzurichten in der Lage sind.

6.1 Das Konzept der externen sozialen Begleitgruppe

Das Konzept der externen sozialen Begleitgruppe ist in Entwicklungsprojekten überall dort gefragt, wo die Projektzielstellung nicht unmittelbar auf die Lösung einer sozialorganisatorischen Kernproblemstellung gerichtet ist, wie beispielsweise in Gemeindeorganisationsprojekten oder auch Ausbildungsprojekten. Das ist vor allem in Projekten der Fall, die Technik fokussieren, also deren soziale Akzeptanz mit der sinnvollen Integration in das Gemeinwesen steht und fällt.

Ein typisches Beispiel sind Wasserversorgungsprojekte, in denen elementare technische Verbesserungen in enger Verbindung mit der sozialen Organisation der Gemeinde stehen. Hier ist der langfristige Erfolg von eingebrachter Technologie direkt abhängig von der Fähigkeit und Bereitschaft der Gemeinde, ihre Anwendung, Wartung und finanzielle Absicherung langfristig zu organisieren. In Analogie zum Verhältnis von Hard- und Software kann man von der ‚Orgware‘ im Zusammenhang mit der Gemeindeorganisation sprechen, um die enge Verknüpfung von sozialen, kulturellen, ökonomischen und technischen Aspekten im Hinblick auf die Lösung eines auf das Gemeinwesen bezogenen sozialen Problems, nämlich das der Wasserversorgung, darzustellen und in der Projektpraxis umzusetzen.

Tatsächlich kann gesagt werden, dass im Kontext der sog. Entwicklungsländer technische Problemstellungen (im Sinne von ‚nachhaltigen Lösungen‘) in der Regel sozialer Lösungen bedürfen, ebenso wie in vielen Fällen die Lösung sozialer Problemstellungen ohne den sinnvollen Einsatz von Technik kaum noch denkbar ist. Will man z. B. in Brasilien das immer dringendere Problem der Landflucht von Jugendlichen angehen, so erfordert das ohne Zweifel eine grundlegende Umgestaltung der ländlichen Lebenswelt, insbesondere (aber nicht nur) in der Produktionssphäre.

Das verlangt allerdings in erster Linie eine Umorganisation der produktionsorientierten Grundhaltungen, z. B. von tauschwirtschaftlichen Selbstversorgungskonzepten zu marktorientierten-monetären Verhaltensweisen.

Diese Umorientierungen sind aber nicht zu realisieren ohne eine grundlegende Verbesserung der Lebensqualität in den Dörfern. Das bedeutet auch: Ohne moderne und realistische Konzepte der Energieversorgung, der Wasserversorgung, der Bewässerungstechnik, der Bodenbearbeitung, der Landmaschinentechnik etc. sind Jugendliche nicht mehr auf dem Land zu halten, wenn ihnen nicht die praktisch-materiellen Lösungen, Mittel und Wege

glaubhaft und verstehbar gemacht werden, anhand derer die ländliche Lebenswelt menschenwürdig gestaltet werden kann. Auch hier ist das dann nicht allein eine Frage des ‚zur Verfügung Stellens‘ von Technik, Bodenrechten und Krediten, sondern ebenso das ‚zur Verfügung stellen‘ der sozialen Mittel (vor allem Bildung), um sie verstehen, anwenden, verwalten und ökonomisch nutzen zu können.

Natürlich kann es an dieser Stelle nicht darum gehen, ein Universalrezept der soziokulturellen Begleitung zu modellieren. Dies gibt es nicht und kann es auch nicht geben, ohne dem Gedanken dieses Ansatzes selbst zu widersprechen: Die Lebensbedingungen und Hintergründe der Bevölkerungen in unterschiedlichen Regionen, Ländern und Kontinenten sind schlicht zu vielschichtig und different. Im Rahmen der soziokulturellen Begleitung muss es schließlich genau darum gehen, diese speziellen Konfigurationen für das Projekt sichtbar und nachvollziehbar zu machen und im Dialog zu erkennen, wie der Weg unter gegebenen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen zu einem nachhaltigen Projektergebnis und Entwicklungsprozess zu gestalten ist.

6.2 Bereitschaft und Fähigkeit als Schlüssel zum Erfolg

Auch an diesem Beispiel wird deutlich, dass die soziale Begleitung von Projekten, die solche Problemlösungen angehen, vor der doppelten Aufgabenstellung steht, sowohl die Bereitschaft als auch die Fähigkeiten der an einem Projekt teilnehmende Bevölkerung zu fördern, Modernisierungsprozesse selbst gestalten zu wollen. Bereitschaft bedeutet dabei in erster Linie, motivationale Prozesse einzuleiten, um so die Akzeptanz in einer Gemeinde für notwendig gewordene Entwicklung zu fördern, Veränderungen anzunehmen und schließlich als Selbstgestaltungsaufgabe zu übernehmen. Fähigkeit hingegen bedeutet, Lernprozesse in der Gemeinde zu initiieren, die sie in die Lage versetzt, Problemlösungen zunehmend selbst vornehmen zu können. Dass beide Aspekte eng zusammenwirken ist eine Grunderkenntnis der Projektarbeit: Etwas gelernt zu haben schafft Motivation, also Bereitschaft zu Handeln und mitzuwirken bei den anstehenden Vorhaben. Handeln jedoch zeigt Grenzen auf und bewirkt die Erkenntnis der Notwendigkeit und den Willen, also Motivation zu lernen um Grenzen zu überwinden.

Technische, ökonomische, organisatorische und soziale Wissenskomponenten müssen erworben werden, um Ursachenanalyse von Problemen und die

von außen angebotenen Lösungskonzepte verstehen und bearbeiten zu können. Das ist aber nur über ein umfassendes Bildungskonzept möglich. Zielstellung beider Prozesse sind grundlegende Einstellungs- und Verhaltensänderungen, die für nachhaltige Entwicklungsprozesse in den Gemeinden unabdingbar sind.

Zugleich wird deutlich, dass diese beide eng miteinander verbundenen Prozesse erkannt werden wollen, wie dies generell für Bildungsprozesse nicht nur in den sog. Entwicklungsländern, sondern ebenso auch in den reichen Ländern gilt. Zustimmung, soziale Motiviertheit, Begeisterung für eine neue Technik in der Wasserversorgung z. B. und hohe Akzeptanz eines Projektes wird jedoch zum Strohfeuer, wenn nicht zugleich die stabilisierenden längerfristigen pädagogischen Prozesse eingeleitet werden, die den Menschen die geistigen Mittel an die Hand geben, Problemlösungen selbst zu erarbeiten und widerstandsfähiger in kritischen Situationen zu werden. Kenntniserwerb und -anwendung sind die geeignetsten Mittel für die motivationale Stabilität in einer Gemeinde.

Man soll sich nicht täuschen: Lernen von Neuem, Ungewohntem bedeutet gerade in der Wirklichkeit ländlicher Gemeinden in den Entwicklungsländern immer einen äußerst mühevollen Prozess, der zunächst einmal zu Lasten der alltäglichen Überlebensanstrengungen der Menschen geht. Damit soll gesagt werden, ohne Überzeugungsarbeit, Bewusstseinsbildung und Begeisterungsfähigkeit werden diese Mühen nicht freiwillig übernommen werden. Manipulation und (geheimer und offener) Zwang wären hier verantwortungslos, da so die Überlebensfähigkeit der Gemeinden geschwächt würde. Die Nutzlosigkeit solcher Methoden für die nachhaltige Entwicklung zeigt sich spätestens dann, wenn die Manipulateure und Kontrolleure am Projektende ihr Handwerk aufgeben müssen. Gemeinden, die dann nicht von ihrem Entwicklungsweg überzeugt sind und gelernt haben, sich selbst zu bestimmen und Probleme selbständig zu lösen, werden in einen verhängnisvollen Prozess der inneren Auflösung geraten: Zu viele Erwartungen wurden geweckt und zu viele Veränderungen haben bereits im sozialen Kontext der Gemeinde stattgefunden, als dass es möglich wäre, zu dem Vorprojektzustand, also zu dem traditionellen Überlebenskontext, zurückzukehren. Solche Gemeinden sind die typischen Kandidaten für die häufig beklagten Entwicklungsruinen, die in ihren Folgeerscheinungen durch soziale Auflösungsprozesse und schließlich Landflucht gekennzeichnet sind.

Es ist also klar, dass die soziale Begleitung eine sehr komplexe, kulturabhängige Aufgabenstellung in den Entwicklungsprojekten wahrzunehmen hat. Dabei gilt es zwei Grundvoraussetzungen zu berücksichtigen, die die Leistungsfähigkeit der sozialen Begleitung bedingen. Zum einen müssen unterschiedliche Typen von Kenntnissen vorhanden sein und zum anderen sollte eine gewisse kritische Distanz zu dem Projektapparat und unabhängige Handlungsfähigkeit möglich sein. Das ist ein weiterer Grund, weshalb hier eine externe Projektbegleitung gefordert wird, die aber nicht mit der sozialen und kulturellen Kompetenz des externen Projektleiters zu verwechseln ist.

6.3 Typen sozialer Begleitkonzepte

Natürlich gibt es bereits eine Vielzahl von Entwicklungsprojekten, in denen das Bewusstsein der Beteiligten für die geschilderten Zusammenhänge zwischen soziokultureller Problemlagen und der Einführung von technischen Innovationen relativ groß ist. Aus unseren Erfahrungen mit solchen Projekten haben wir einige typische Konstellationen für eine soziokulturelle Gestaltung der Projektarbeit hier zusammengestellt.

Studienkonzept: Das Anfertigen von sozioökonomischen und soziokulturellen Studien, die es der Projektleitung ermöglichen sollen, ihre Vorgehensweisen bei der Projektdurchführung in einen sozialen Kontext zu stellen und die spezifischen Handlungsweisen an Hand von Sozialdaten besser legitimieren zu können.

Kampagnenkonzept: Die Durchführung zeitlich limitierter Kampagnen, innerhalb derer mit der technischen Durchführung nicht unmittelbar verbundene Aufgabenstellungen (Bau von Toiletten, Hygiene- und Gesundheits-erziehung, Bau von Waschplätzen und Gemeindezentren, Einrichtung von Dorfapotheken etc.) durchgeführt werden, um die Akzeptanz der ‚eigentlichen‘ Aufgabenstellung – z. B. den Bau eines Sonnenergie-Pumpsystems zur Wasserversorgung – in der jeweiligen Gemeinde zu erhöhen.

Kontinuierliches Gemeindefarbeitskonzept: Durchführung zeitlich nicht limitierter Begleitaufgaben in den Projektgemeinden. Hierfür werden Spezialisten (Sozialwissenschaftler, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen) langfristig beauftragt und in die Projektgruppe integriert. Ziel ist die aktive Beteiligung der Zielbevölkerung an den Projektmaßnahmen und die Übernahme der Selbstverwaltung der Wasserversorgung über das eigentliche Projektende hinaus.

Da dies hier lediglich eine Typologisierung ist, zeigt sich in der Praxis, dass die Übergänge dieser Konzeptionen fließend sind und nicht selten ein Konzeptionswechsel in den verschiedenen Projektphasen stattfindet. So findet das *Studienprojekt* zumeist vor oder zu Beginn der eigentlichen Projektarbeit statt – selten wird daraus ein das Projekt begleitendes Monitoring. Das *Kampagnenkonzept* findet man besonders dann, wenn die ersten Besuche in den Projektgemeinden oder Regionen die schwierige Lebenslage der Bevölkerung in Armutsgebieten deutlich werden lassen. Es gibt dann externe Projektbetreuer, die aus dieser unmittelbaren Wahrnehmung von Armut den Schluss ziehen, dass man in den für das Projekt vorgesehenen Gemeinden nur dann die eigentliche technisch anspruchsvolle Projektaufgabe durchführen können, wenn dieses oder jenes Grundproblem in den Gemeinden einer Lösung zugeführt wird. Ein Beispiel sind sog. Toilettenkampagnen, für die man bei den verschiedensten internationalen Organisationen zusätzliche Mittel bekommen kann, um Familien hygienische Einfortoiletten zur Verfügung zu stellen. Die Annahme dabei ist, dass auf diesem Wege soziale Akzeptanz für die eigentliche Projektaufgabe erreichbar ist oder Widerstände gegen das Projekt abgebaut werden können. Manchmal dient eine solche Kampagne auch nur zur Beruhigung des sozialen Gewissens der externen Projektbegleiter.

Der dritte Typus, der hier als *kontinuierliches Gemeindekonzept* bezeichnet wird, ist selten in der Grundkonzeption eines Technikprojektes vorgesehen. Die Ausgangslage ist meistens ganz ähnlich wie zuvor für das Kampagnenprojekt beschrieben. Lediglich die Schlussfolgerungen, die die Gestalter eines Projektes aus solchen Erfahrungen ziehen, sind grundlegend anders. Auf der Basis eines ganzheitlichen Gemeindeverständnisses wird angenommen, dass singuläre Hilfe nicht einen umfassenden, Armut allmählich überwindenden Entwicklungsprozess initiieren kann. Ziel ist dann nicht der Techniktransfer, sondern eine stabile, sich selbst tragende Entwicklung der Gemeinde, in der z. B. die technische Modernisierung der Wasserversorgung nur Mittel zu diesem Zweck ist. In der Praxis bedeutet dies, dass die Projektstrategie insgesamt neu durchdacht werden muss in dem Sinne, dass kontinuierlich überprüft wird, wie sich die jeweilige Aktivität des Projektes auf die Entwicklung der Gemeinde auswirkt. Dafür ist dann ein regelmäßiges soziokulturelles Monitoring erforderlich, um die Projektwirkungen methodisch abgesichert wahrnehmen zu können und in eine permanent kritische Revision der Projektarbeit münden zu lassen.

7 Die faktischen Grundkonzepte der Enwicklungszusammenarbeit

Die formalen Arbeitskonzepte der sozialen Begleitung lassen sich zumeist auf eine implizit vorhandene *Projektstrategie* zurückführen. Diese inhaltlichen Orientierungen lassen sich in drei Grundkonzepte zusammenfassen, die gemäß der entwicklungspolitischen Grundorientierungen internationaler wie nationaler Entwicklungsagenturen für die *Nachhaltigkeit* der Projektmaßnahmen in den Gemeinden förderlich sein sollen:

7.1 Projekte mit technokratisch-ökonomistischer Ausrichtung

Diese Grundorientierung ist zu Beginn der meisten Entwicklungsprojekte bei den meisten Beteiligten das bevorzugte bzw. implizite Denkmodell für das Projektmanagement. Mit zunehmendem Projektverlauf aber erweist sich diese Konzeption in der sozialen Realität von Entwicklungsprojekten als hilfloser technokratischer Idealismus, der im positiven Fall im Projektverlauf durch andere, eher sozialorientierte Konzeptionen ersetzt wird oder im negativen Fall zu einem potentiellen Scheitern des Vorhabens führen kann.

Die *technokratisch-ökonomistische Konzeption* nimmt an, dass allein mittels der technologischen und ökonomisch durchführbaren Modernisierung ohne zusätzliche begleitende Maßnahmen eine positive Entwicklung in den Gemeinden erreicht werden könne. Die ideologische Komponente, die hier wirksam wird, beruft sich auf die Selbstregulierungsmechanismen unter der Annahme, dass diese vermeintlich den technologisch begründeten Systemen immanent seien und es zum Funktionieren lediglich der Unterwerfung des Menschen unter ihre zweckrationale Logik bedürfe. Soziale, kulturelle und ethische Entwicklung wird als zwangsläufige Folge technologischer und der damit verbundenen ökonomischen Modernisierung interpretiert. Die *aktive und selbstbestimmte Teilnahme (Partizipation)* der Bevölkerung am Projektzyklus wird nur gesucht, wenn dies auf Grund von äußeren Umständen (z. B. latenten oder offenen Widerständen der Bevölkerung, Ansprüchen der Politik, korruptiven Vorgängen) und aus technischen sowie ökonomischen Gründen unumgänglich ist.

Nachhaltigkeit des Projektes soll durch technisch und ökonomisch überzeugende Anlagen der Wasser- bzw. Stromversorgung erreicht werden, die für die Zielbevölkerung ein funktionsfähiges *Angebot zur Nutzung* darstellt. Ob und wie die Bevölkerung dieses Angebot nutzt, liegt jenseits des Handlungsrahmens des Projektes. Ebenso wird die soziale Folgenabschätzung als uner-

heblich für den Projekterfolg angesehen, der allein von seiner potentiellen technologischen Leistungsfähigkeit aus gesehen interpretiert wird. Von den Adressaten technologischer Modernisierung – meist eine extrem arme, von den sozio-ökonomischen sowie geografischen Bedingungen abhängige und dadurch hilflos gewordene Bevölkerung – werden unabdingbare Anpassungsleistungen gegenüber den Segnungen der Technik gefordert, auch wenn sie den Sinn der Technik für ihr Leben nicht verstehen können. Die angenommene *Macht des Faktischen* ist der Hintergrund solcher Nachhaltigkeits-erwartungen.

7.2 Das Folgemodell: Die funktional administrative Ausrichtung von Technologieprojekten

Eine von solchen Vorstellungen getragene Projektkonzeption hat in den Jahrzehnten ihrer Dominanz in Entwicklungsprojekten lediglich eines bewiesen, nämlich ihre Fähigkeit zum Scheitern. Diese Erfahrung hat durchaus Folgen für die Weiterentwicklung der Projektkonzeptionen in zweierlei Hinsicht. Zum einen ist die Erkenntnis gewachsen, dass Entwicklung auch in technologischen Projekten ohne eine Beteiligung der betroffenen Menschen kaum möglich ist und zum anderen, dass gerade in Technologieprojekten diese Beteiligung eine Folge von Bildung ist. Daraus resultiert, was hier *funktional-administrative Konzeption* genannt wird.

Dieser Ansatz sieht bereits die Bildung einer sozialen Begleitkomponente in den Projekten vor. Diese hat dann die Aufgabe, die Gemeinde für die möglichst reibungslose Einführung der geplanten technologischen und ökonomischen Modernisierung vorzubereiten, die Verwaltung bzw. Selbstverwaltung der Wasser- bzw. Stromversorgung zu organisieren und die Menschen dafür auszubilden.

Die *Partizipation* am gesamten Projektzyklus ist funktional bestimmt und hat folgerichtig ihre Schwerpunkte in administrativ-organisatorischen und auf Technik bezogenen Aufgabenstellungen. Die Ausbildungs- und Organisationsmaßnahmen sind vor allem auf die Post-Projekt-Phase gerichtet. Im Zentrum steht die Einführung von Entgelten für die Versorgung mit Wasser bzw. Energie. Meistens ist vorgesehen, dass diese Entgelte entweder an die zentralen staatlichen oder privaten Versorger abgeführt werden oder von den Selbstverwaltungseinrichtungen, die zuvor mit Hilfe des Projektes organisiert wurden bzw. bereits in der Gemeinde existierten, verwaltet werden. Als Ziel

wird angenommen, dass die Gemeinde nach Ende des Projektes in der Lage ist, für die Wartung bzw. Ersetzung von Anlagenteilen selbständig aufzukommen.

Nachhaltigkeit des Projektes wird so definiert, dass die ökonomischen, technischen und organisatorischen Mittel in der Gemeinde vorhanden sind, um langfristig die Funktionsfähigkeit der Wasserversorgung für die Gemeinde zu gewährleisten. Dabei spielt es für das Projekt keine wesentliche Rolle, ob diese Mittel vollständig in der Gemeinde vorhanden sind oder über einen zuständigen staatlichen oder privaten Versorger garantiert werden. Weitergehende soziale Begleitmaßnahmen, die die Gesamtheit der Bedürfnisse der Gemeinde und Probleme im Auge haben, werden von dem Projektteam entweder nicht in Betracht gezogen (und als Mittel- und Zeitverlust interpretiert) oder (ökonomisch betrachtet) als sekundär bewertet. Sie werden also nur dann in Angriff genommen, wenn sie nicht die (ökonomisch begründete) Realisierung der Hauptzielstellung erkennbar gefährden bzw. ihr unmittelbar nützen. Als Hauptindikatoren für die Überprüfung der *sozialen Akzeptanz* als Grundlage von Nachhaltigkeit bei der Zielbevölkerung werden Indikatoren wie die *Höhe des Wasserverbrauchs*, die *regelmäßige Zahlung* eines für die Wirtschaftlichkeit der Anlage angemessenen Wasser- bzw. Energieentgeltes und das *reibungslose Funktionieren* des Erhebungssystems angenommen.

Diese Konzeption kann insofern nicht befriedigen, als dass sie nicht den entscheidenden Schritt zu einer tatsächlichen und selbstbestimmten, aktiven Teilnahme der Bevölkerung an ihrer eigenen sozialen, kulturellen, ethischen und ökonomischen Entwicklung vorsieht. Der Zweck einer ganzheitlichen, selbstbestimmten Entwicklung wird nicht konsequent verfolgt, sondern den ökonomischen und technologischen Mitteln unterworfen. Deren Sinn sollte ja darin bestehen, einen Schritt in der Bewältigung von Armut zu leisten, indem zur Überwindung der Hoffnungs- und Hilflosigkeit, als Ausdruck von Identitätsverlust und sozialer Exklusion von Menschen im Elend, Mittel an die Hand gegeben werden, das Leben selbstbestimmt anzugehen. Das erfordert eine grundlegende Umorientierung der Sinnbestimmung von Entwicklungsprojekten: Entwicklung ist immer soziale, kulturelle und ethische Entwicklung, dem sich die Anwendung aller technischen, ökonomischen und organisatorischen Mittel eines Projektes zuzuordnen haben.

7.3 Technologie als Grundlage von Gemeindeentwicklung

Der entscheidende Übergang zu einer tragfähigen Nachhaltigkeitskonzeption für Technologieprojekte ist ihre Grundlegung in *gemeindezentriert-integrierten Ansätzen für die Projektarbeit*. In diesem Typus von Ansätzen wird von der Überlegung ausgegangen, dass, ähnlich wie jede technische Intervention in einer Gemeinde, diese als soziales Ganzes beeinflusst, das Projekt deshalb die Gemeinde auch als Ganzheit zu behandeln habe. Daraus wird gefolgert, dass die *soziale Akzeptanz* der technologischen Erneuerung der Wasserversorgung von zahlreichen Faktoren abhängig ist, die sich aus der Gemeinde in ihrer Gesamtheit erklären und nicht etwa nur aus Problemstellungen, die unmittelbar aus der Wasser- bzw. Energieversorgung resultieren. Das erfordert in erster Linie das soziokulturelle Verstehen der betroffenen Bevölkerung bzw. das grundsätzliche Zubilligen kultureller Freiheit. Die Erkenntnis, dass jegliche Projektaktivität einen Eingriff in das soziale, kulturelle und ethische Gefüge einer Gemeinschaft darstellt, ist überhaupt erst die Grundlage für das Durchführen von Entwicklungsprojekten.

Für Projektmacher, die allein an kurzfristig messbaren Indikatoren den Erfolg ihrer Projekte wahrhaben wollen, ist dies ein schwieriges Unterfangen. Die Ergebnisse von Projektinterventionen sind selten kurzfristig, sondern nur in längerem Zeitraum erkennbar. Das hat damit zu tun, dass sie kaum voraus-berechenbare Eingriffe in den *unsichtbaren* soziokulturellen Kontext, in den Motivationshaushalt, in die angestammten Verhaltensweisen und in die bewusstseinsmäßige und ethische Resistenz von sozialen Gruppen darstellen, die durch Entwicklungsprojekte technischem Fortschritt und sozioökonomischer Modernisierung unterworfen werden. Damit ist implizit angenommen, dass die *soziale Akzeptanz* der Aufgabenstellung eines mit Technik befassten Entwicklungsprojektes durch die sog. Zielbevölkerung die wesentlichste Grundlage für die *Nachhaltigkeit des Projektes* ist. Dabei spielt das Selbstverständnis des Projektes als ein *Gemeindeentwicklungsprojekt* eine zentrale Rolle: Die technische Intervention in die Wasser- bzw. Energieversorgung geschieht nicht um ihrer selbst willen, sondern um als Kristallisationskern für einen Entwicklungsschub der Gemeinde als Ganzes zu wirken.

Um dies zu ermöglichen, wird auf der Basis einer Problemanalyse der Gemeinde ein Set von Begleitmaßnahmen zusammen mit dieser entworfen und durchgeführt, die die unterschiedlichsten Problemfelder berühren können. Einführung und Selbstverwaltung von Entgeltregelungen für den Verbrauch von Energie und Wasser beispielsweise ist eine Maßnahme, deren Notwen-

digkeit und Bedeutung für den Projektverlauf je nach soziokulturellem Kontext unterschiedlich von dem Projekt beantwortet werden kann. Es wird in der Gemeinde nichts durchgeführt und vermittelt, was diese nicht bewusstseinsmäßig und kulturell mitbringen kann, wofür sie noch nicht ‚reif‘ ist.

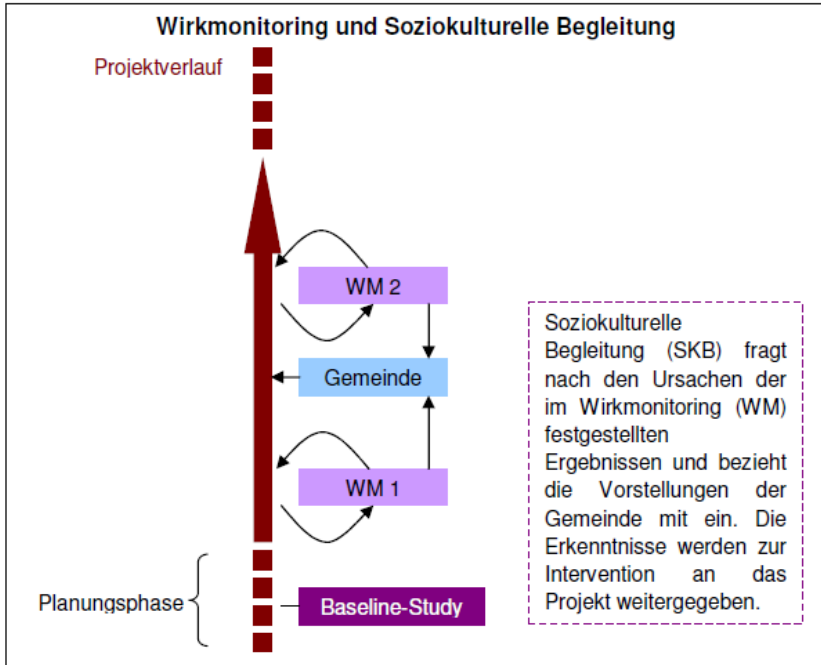


Abb. 3 Wirkmonitoring und Soziokulturelle Begleitung. Eigene Quelle

Es wird versucht, die Gemeinde am gesamten Projektzyklus zu beteiligen, wobei Partizipation als ein zu erlernender Prozess verstanden wird. Diese *idealtypische* Darstellung der aus zahlreichen Projekten herausgefilterten inhaltlichen Konzeptionen für die soziale Begleitung ist in der Realität der Projekte häufig als *Mischform bzw. als zeitliche Entwicklung der Projekte selbst* anzutreffen. Das bedeutet, dass einzelne Entwicklungsvorhaben zwar letztendlich inhaltliche Schwerpunkte in den beschriebenen Konzeptionen setzen, dass aber Elemente der jeweils anderen Konzeptionen durchaus vorhanden waren und in manchen Abschnitten des Projektzyklus' sogar vorherrschend konnten. So können z. B. Fragen der Administration wasserwirtschaft-

licher Projekte als Aufgabenstellung der Selbstverwaltung der Gemeinde betrachtet werden. Dasselbe gilt für die Vermittlung von technischen Kenntnissen und die Ausbildung von lokalen Fachleuten. Entscheidend ist lediglich, dass die Auswirkungen auf die Gemeindeentwicklung erkannt, in auf Partizipation beruhenden Kontexten kommuniziert und diskutiert werden und Folgen für die Durchführung des jeweiligen Projektes haben. Diesen Prozess zu gestalten und vor allem am Leben zu erhalten ist die zentrale Aufgabe der von uns angedachten kontinuierlichen soziologischen Begleitung und eines soziokulturellen Monitoringsystems.

8 Abschließende Überlegungen

Wir haben anhand des Beispiels von hochtechnisierten Energieprojekten versucht darzustellen, wie Technologietransfer in der Entwicklungszusammenarbeit unter Einbezug soziokultureller Wirkfaktoren einen erfolgreichen Beitrag zur Entwicklung neuartiger Konzepte und damit zur Lösung eines der zentralen Infrastrukturprobleme in ländlichen Armutsregionen leisten kann. Mit dezentral organisierten Energie- und Trinkwasserversorgungskonzepten in ländlichen Gemeinden lässt sich ein wesentlicher Aspekt von Armut bekämpfen: neben den technisch-ökonomischen Komponenten geht es auch darum, mit dem Aufbau einer funktionierenden, auf photovoltaischer Energiegewinnung beruhenden Trinkwasserversorgung die Verbesserung der Lebensbedingungen ländlicher Bevölkerungsteile die Lebensqualität nachhaltig zu betreiben. Trotz der Vielzahl möglicher Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit können Programme nur dann ihre Leistungsfähigkeit demonstrieren, wenn versucht wird, partizipativ die Interessen, Bedürfnisse und Möglichkeiten der armen ländlichen Bevölkerung in den Projektkonzeptionen zu berücksichtigen. Im Hinblick auf solarstrombetriebene Pumpanlagen müssen die Chancen einer sozialverträglichen Einführung dieser Nutzungstechnik gesehen und auch Verfahren erprobt werden, wie mit Hilfe sozialer Begleitmaßnahmen soziale Impakte von Technik erkannt und gestaltet werden können. Zudem dürfen die Aktivitäten des Projektes keine Probleme oder negativen Wirkungen in der Gemeinde mit induzieren.

In Entwicklungsprojekten geht es meist weniger um den ‚reibunglosen‘ Transfer von Technik die Gemeinden, als um die aktive, keineswegs konfliktfreie Auseinandersetzung zwischen Projekt und Gemeinde über den Sinn der Projekte und darüber, wie die langfristige Erhaltung, Nutzung und Akzeptanz der geplanten Anlagen zu erreichen sei. Besonders eine frühzeitige und

umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in die Projektdurchführung ist entscheidend für den nachhaltigen Projekterfolg. Je mehr Projekte in der Lage sind, sich an die reale Bedürfnislage der Gemeinden anzupassen, je mehr sie bereit sind, Kultur, Recht auf Selbstbestimmung und Wahrung der eigenen Identität in das Zentrum der Projektstrategie zu stellen, um so mehr werden die Projekte in den Dörfern zur Keimzelle für nachhaltige, autonome Entwicklung und Modernisierung der Lebensverhältnisse.

Britta Malinski, Norris Haberland

Soziokulturelles Monitoring

Die sozialen, kulturellen und ökonomischen Thematiken, die in dieser Publikation diskutiert werden – Entwicklung, Kultur, Familie und alternative Finanzierungsstrukturen – sind von großer Relevanz für das Verständnis des soziokulturellen Handlungsrahmens und damit für eine wirkungsvolle Herangehensweise an Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Arbeitsstelle IBSAE an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit dem Jahr 2002 mit der Fragestellung, wie die soziokulturelle Umgebung von Entwicklungsmaßnahmen erfahrbar gemacht und in deren Planung und Durchführung berücksichtigt werden kann. Zentraler Forschungsgegenstand war dabei die Entwicklung eines partizipativen, soziokulturellen Wirkungsmonitorings sowie dessen Erprobung und Optimierung im Rahmen von EZ-Projekten in Uganda und China. Im vorliegenden Artikel werden Hintergrund, methodische Konzeption und Erfahrungen in der Umsetzung dieses Monitoringkonzeptes dargestellt. Ziel ist es, die bisherige Herangehensweise und Erfahrungen einer weiterführenden Diskussion zu öffnen, damit das Instrument des soziokulturellen Monitorings für seinen Einsatz in der praktischen EZ weiterentwickelt werden kann.

1 Hintergrund des soziokulturellen Monitorings

Nachdem sich in den 1970er und 80er Jahren Maßnahmen der sog. Entwicklungshilfe einem zunehmenden Legitimationsdruck seitens der politisch Verantwortlichen sowie der Öffentlichkeit ausgesetzt sahen, sind zunehmend Instrumente der Evaluation in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit eingeführt und sukzessiv weiterentwickelt worden. Anfangs standen dabei im Rahmen einer projektorientierten Prozessevaluation der technische Projekterfolg und die Einhaltung wirtschaftlicher Zielvorgaben im Vordergrund. Im

Zuge eines angefachten entwicklungspolitischen Diskurses fanden später weitere Faktoren Beachtung, wie beispielsweise ökologische Wirkungen eines Projektes auf die Projektumwelt.

So bildet seit dem Jahr 2005 die abschließende Projektevaluation einen festen Bestandteil im Rahmen von Projekten der Weltbank. Dabei erfolgt eine Evaluationsphase nach dem Abschluss eines Projektes, in der das zuständige Department der Weltbank prüft, welche direkten Wirkungen (Outcomes) gegenüber den ursprünglichen Zielsetzungen erreicht werden. Die daraus erstellten, nicht-öffentlichen „Impact Evaluation Reports“ bewerten den ökonomischen Wert eines Projektes und schätzen seine langfristigen Wirkungen auf Menschen und Umwelt ab. Dieser ‚zweite Blick‘ sollte fünf bis acht Jahre nach dem Abschluss seiner Finanzierung auf ein Projekt geworfen werden.

2 Abschlussevaluation als Legitimations- und Machtinstrument

Die konkrete Evaluation einer Entwicklungsmaßnahme wurde einmalig nach deren Abschluss vorgenommen. Ein solcher Ansatz stand damit stellvertretend für eine Art der Projektevaluation, die vornehmlich auf die Legitimation eines Projektes gegenüber externen Anspruchsgruppen (Geldgeber, Politik, Öffentlichkeit) ausgerichtet zu sein scheint. Die Möglichkeit, diese Erkenntnisse zur Steuerung und Optimierung eines laufenden Projektes zu nutzen, entfällt. Zudem sind die Studienergebnisse nur wenigen, zumeist externen Partnern zugänglich. Insbesondere lokale Anspruchsgruppen, die (un)mittelbar durch ein Projekt tangiert werden, erhalten somit keine Kenntnis wichtiger Steuergrößen und Projektergebnisse. Eine partizipative bzw. partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der Projektebene wird damit nicht gefördert, stattdessen entwickelt sich das Wissen um Wirkungsketten zum Machtfaktor.

Durch die Ausgrenzung der lokalen Bevölkerung aus grundlegenden Prozessen der Projektplanung und -steuerung werden Entwicklungs-, Lern- und Austauschpotentiale vernachlässigt, die sonst einen gleichberechtigten Wissens- und Erfahrungsaustausch aller an der Projektrealisierung beteiligten Personengruppen bieten würden. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit laufen damit Gefahr, Wirklichkeiten zu konstruieren, die nicht der tatsächlichen Lebenssituation der lokalen Bevölkerung entsprechen und am eigentlichen Ziel vorbei steuern, den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu

werden. Der Artikel „Autonomie, Selbstverwaltung und Partizipation“ dieses Bandes führt diesen Gedanken weiter aus.

Schließlich interessierten sich Abschlussberichte häufig primär für ökologische und ökonomische Zusammenhänge, ohne ein ganzheitliches Verständnis der Projektauswirkungen auf die jeweiligen familiären, lokalen und regionalen Kontexte zu generieren. Auch die Interdependenz der zahlreichen soziokulturellen Faktoren und angenommenen Wirkzusammenhänge kann mit diesem beschränkten Blickfeld weder analysiert noch hinterfragt werden. Es zeigt sich darin die unbewusste Annahme, dass entwicklungspolitische Eingriffe ‚natürlich‘ und ausschließlich eine allgemeine Verbesserung der Lebensumstände der jeweiligen Gemeinde herbeiführen sollen und können.

3 Monitoring

Auch im Bereich des Monitoring, das ursprünglich der Überwachung von Aktivitäten und Ausgaben – also den „Inputs“ – galt, hat sich spätestens seit der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005¹ eine Trendwende hin zu einem ergebnisorientierten Monitoring vollzogen, um eine Ausrichtung der Projekte auf Wirkungen zu gewährleisten. Zu Beginn der Forschungstätigkeit der Gruppe IBSAE im Jahre 2000 war diese neue Ausrichtung noch nicht in die bestehenden Monitoringkonzepte integriert worden und auch heute noch stellt die Umsetzung einer Orientierung auf Wirkungen eine Herausforderung für die Akteure der EZ dar.

Im Rahmen der deutschen staatlichen EZ ist eine konzeptionelle Ausrichtung der Vorhaben auf Wirkungen und ein entsprechendes Monitoring inzwischen obligatorisch, wobei die Art und Weise, wie die Vorhaben ihr Monitoring konkret gestalten, relativ offen bleibt. Rechenschaftspflichtig sind die Organisationen dabei in erster Linie in Bezug auf die wenigen, mit dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vereinbarten Indikatoren zur direkten Wirkung ihrer Interventionen.

Querschnittsthemen wie Gender und Umwelt finden Berücksichtigung in der jährlichen Berichterstattung, die aus dem projektinternen Monitoring hervorgeht, eine weiterführende Betrachtung soziokultureller Dimensionen ist in den Berichtsstrukturen jedoch nicht vorgesehen.

1 Paris Declaration on Aid Effectiveness 2005, www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf.

Auch eine partizipative Gestaltung und Durchführung des Monitorings und damit ein kontinuierlicher Dialog und Wissensaustausch mit Counterparts und Zielgruppen ist in der Berichterstattung nicht explizit gefordert und findet dementsprechend bisher nicht unbedingt Berücksichtigung im Vorgehen der Projekte. Schließlich zirkulieren die erstellten Fortschrittsberichte lediglich innerhalb der jeweiligen Organisation sowie zwischen Organisation und BMZ und sind für Dritte nicht unmittelbar zugänglich.

4 Soziokulturelles Monitoring nach IBSAE

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Kritikpunkte und dem damit verbundenen Forschungsbedarf beschäftigte sich die Arbeitsstelle IBSAE mit der Erarbeitung, Erprobung und Weiterentwicklung eines partizipativen Ansatzes zum soziokulturellen Monitoring. Von 2002 bis 2006 erfolgte dieser Prozess in China im Rahmen des GTZ-Programms „Renewable Energies in Rural Areas“ und von 2003 bis 2007 in Kooperation mit dem „Energy Advisory Project“ der GTZ in Uganda. IBSAE hat in Uganda seither in sieben Distrikten soziokulturelle Studien zum Thema Energiearmut erarbeitet². Dabei sollte insbesondere der partizipative Ansatz im Vordergrund stehen, weshalb das Konzept nicht allein mit dem GTZ-Projekt, sondern unter dem Namen „Participatory Impact Monitoring Project“ (PIMP) vor allem mit weiteren Anspruchsgruppen vor Ort erarbeitet wurde. In China wurden insgesamt fünf Baseline- bzw. Monitoring-Studien durchgeführt³.

Es ging dabei nicht ausschließlich um die Entwicklung eines verbesserten Instrumentariums für das Monitoring und die Evaluation von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Wird Monitoring nur als Prozess der Datenerhebung, -verarbeitung und Dokumentation zur Überprüfung von Wirkungsketten verstanden, greift dies zu kurz, denn Grundlage einer solchen Überprüfung sind immer die bereits – möglicherweise unbewusst – angenommenen Vorstellungen von bestimmten Wirkungsketten bzw. Wenn-dann-Hypothesen und Prozessen. Entscheidend sind hier das Hinterfragen und die Bewertung unterstellter Korrelationen vor dem gegebenen soziokulturellen Hintergrund und das partizipative Erlangen und Diskutieren von Wissen über diese Wir-

2 Vgl. Müller 2003a/b; Zange 2003 a/b; Jürs 2004; Malinski 2006; Seum 2006; Wilmlink 2007.

3 Brühl & Haskamp 2003b; Brühl & Müller 2004; Haberland & Zange 2005; Zange & Haberland 2005; Zheng & Zange 2006.

kungsketten. Zentraler Bestandteil der Forschungsarbeit war somit eine kontinuierliche Diskussion der sozialen und kulturellen Zusammenhänge, die in der vorliegenden Publikation besprochen werden.

4.1 Das Konzept des soziokulturellen Monitorings nach IBSAE

Die von IBSAE konzipierten Monitoring-Zyklen werden auf Projektebene als Instrument zur Steuerung von Projektaktivitäten verstanden, bei welchem der Berücksichtigung des jeweiligen soziokulturellen Kontextes, in dem das Projekt durchgeführt wird, eine zentrale Bedeutung zukommt.

IBSAE hat sich in seiner Arbeit intensiv mit dem Kulturbegriff und seiner Bedeutung in der Entwicklungszusammenarbeit auseinandergesetzt und legt diese Erkenntnisse seinem Monitoringkonzept zugrunde. Wie im Text ‚Kultur und Entwicklung‘ näher beschrieben, stellen Kulturen und kulturelle Dynamiken die entscheidende Grundlage für Entwicklung dar, nicht zuletzt wenn der Bedeutungs- und Wissensvorrat einer Kultur als Basis menschlichen Handelns verstanden wird. Systematisches, soziokulturelles Monitoring soll den durchführenden Entwicklungsorganisationen ermöglichen, die Grenzen der eigenen Wahrnehmung zu erkennen und durch eine gemeinsame Informationsanreicherung mit allen beteiligten Strukturen zu verfestigen, die zu einer tatsächlichen Kooperation aller führt. Damit wird erreicht, dass Kultur auf Projektebene reflektiert wird. Diese kulturrealitätsnahe Betrachtung der angenommenen Wirkhypothesen ermöglicht den EZ-Akteuren eine Selbstevaluation ihres eigenen Vorgehens im jeweiligen soziokulturellen Kontext und eine daraus folgende Anpassung der Handlungsansätze, die den gewonnen Erkenntnissen Rechnung trägt. Wie der dritte Text ‚Autonomie, Selbstverwaltung und Partizipation‘ veranschaulicht, ist dies kein Selbstzweck, sondern dient direkt dem Projekterfolg.

Soziokulturell meint in diesem Zusammenhang den internalisierten Hintergrund des Verhaltens von Menschen, sowie deren Wert- und Moralvorstellungen, die das tägliche Leben beeinflussen. Als Konsequenz impliziert diese Definition konventionelle sozioökonomische Fragestellungen und Problemlagen, welche eng verwoben sind mit den bezeichnenden sozialen Spezifikationen und Eigenschaften einer Kultur. Der Begriff ‚soziokulturell‘ umfasst dabei u. a. persönliche Beziehungen und soziale Netzwerke, Handlungs- und Verhaltensweisen, sowie gewohnte Lebensmuster, z. B. in Bezug auf Arbeit,

Familienstrukturen, Gender-Beziehungen und schließlich religiöses und ethnisches Verhalten.

4.2 Baseline Studies

Das Monitoring basiert auf sog. Baseline Studies, die vor Projektbeginn zu erstellen sind und einen Ist-Zustand vor Beginn eines Projektes beschreiben. Erst so wird ein kontinuierliches Monitoring ermöglicht, da diese Baseline Studies zu einem gegebenen Zeitpunkt einen Referenzzustand definieren. Sie erfassen ein Gesamtbild des soziokulturellen Kontextes, auf dessen Grundlage Wirkhypothesen zu formulieren sind, die sich durch die Veränderung bestimmter Variablen auf den lokalen und regionalen Kontext abbilden. Weiterhin beinhalten soziokulturelle Baseline Studies Informationen, die für die Definition, Erhebungsmethode und schließlich den Vergleich von spezifischen Monitoringvariablen von Bedeutung sind.

Im Rahmen des oben genannten PIMP-Projekts beabsichtigte IBSAE, Baseline Studies in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinden und NGOs zu erarbeiten. Dazu wurde ein Team gebildet, welches sich aus Vertretern der unterschiedlichen Ebenen zusammensetzte. Dieses Team wurde von IBSAE bei der Entwicklung einer gemeinsamen Monitoringstrategie unterstützt. Dazu wurde zunächst ein Abgleich der Zielvorstellungen eines Wirkungsmonitorings von allen Beteiligten vorgenommen, auf dessen Grundlage gemeinsam Methoden zur Darstellung, Auswertung und Evaluation im Rahmen des Monitoring gewählt bzw. weiterentwickelt werden sollten. Aufgrund von im Folgenden genauer beschriebenen Schwierigkeiten ließ sich dieser partnerschaftliche Ansatz in der Praxis nicht vollständig verwirklichen. Grundsätzlich jedoch ist besonders an dieser Stelle ein kooperativer Ansatz elementar, um zu gewährleisten, dass Ansprüche und Nutzen eines Monitorings allen Akteuren gerecht werden und auch um eine Beeinträchtigung der Konzeption durch eine zu starke Außenperspektive zu mindern. So sollte immer gewährleistet sein, dass das Monitoring durch Erfahrungen, Wissenshintergründe, Erwartungen und Wünsche aller Beteiligten eines untersuchten Kontextes geprägt wird. Ein solches „Grounding“ war als Basis für eine gemeinsame Konstruktion von Wirklichkeit vorgesehen, die dann eine Formulierung von Qualitätskriterien und Wirkzusammenhängen ermöglichen sollte, die dem jeweiligen soziokulturellen Kontext gerecht würden. Eine gemeinsame Wissensbasis schließlich kann nicht durch das Sammeln von Dokumenten (Reports) geschaffen werden – wenngleich Dokumente eine wichtige Hilfe dafür

sind. Vielmehr ist es notwendig, dass der Prozess des Dialogs zu einer Verbindung der Wissenden führt.

4.3 Methodenvielfalt, Indikatorenmatrix und Wirkhypothesen

Das Monitoring setzt anschließend im Projektverlauf bei einem Vorher-Nachher-Vergleich im Sinne einer Diskrepanzanalyse an – beschränkt sich dabei jedoch nicht lediglich auf die Auswertung quantitativer Erhebungswerte. Vielmehr wurde stets versucht, unter Abwägung der Zielsetzung und Umsetzbarkeit eine möglichst weit reichende Methodenvielfalt zu erreichen. So kamen für die Primärerhebung qualitative Befragungen, Fragebögen, Experteninterviews sowie, in beschränktem Maße, quantitative Instrumente zum Einsatz und es wurde auf zusätzliche Sekundärquellen zurückgegriffen. Da Wirkungen auf soziokultureller Ebene selten direkt beobachtet oder gemessen werden können, ist ein vielschichtiges Variablensystem nötig. Grundlage der Monitoringstrategie bildet daher eine Indikatorenmatrix, die für jeden der gemäß Baseline Study zu beobachtenden Wirkungsbereiche spezifische Indikatoren benennt, welche Wirkungen einer Intervention auf den sozialen Kontext anzeigen und nach Möglichkeit mittels spezifisch definierter und untereinander verknüpfter Variablen messbar machen. Ziel ist es, Indikatoren zu entwickeln, mit deren Hilfe die formulierten Wirkhypothesen verifiziert bzw. falsifiziert werden können.

Eine solche Indikatorenmatrix war auf der Grundlage einer Baseline Study an den jeweiligen Kontext anzupassen. So ist beispielsweise die (soziale) Wirkung von Energie-Projekten nicht an nur einem Faktor messbar. Vielmehr beeinflussen sie die unterschiedlichsten sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Bereiche in der jeweiligen Gesellschaft. Sie machen sich unter anderem bemerkbar in Veränderungen bezüglich der zwischenmenschlichen Beziehungen oder sozialen Netzwerke, auf Handlungstendenzen, Umgang mit Traditionen und Religion, sowie durch Wirkungen auf die Arbeit, familiäre Strukturen, das Verhältnis von Geschlechtern und Gesundheit. Zum Beispiel führte die Einsparung von Feuerholz durch die Einführung verbesserter Kochherde in Uganda zu einer körperlichen und zeitlichen Entlastung. Frauen und Kinder mussten nun weniger oft mühsam Brennholz sammeln und über weite Entfernungen nach Hause schleppen und waren zudem beim Kochen mit verbesserter Technik einer geringeren Rauchbelastung ausgesetzt. Damit beeinflusste die Einführung, abgesehen von ökologischen und ökonomischen Auswirkungen, auch den Alltag der Frauen und ihre Rolle im

familiären Kontext sowie ihr gesundheitliches Wohlergehen. Auswirkungen sind dabei nicht ausschließlich positiv. Während sich eine geringere körperliche Belastung positiv auf die Gesundheit auswirkt, kommt zum Beispiel die gewonnene Zeit einigen Frauen zu Gute, anderen nicht. So können sich die einen mehr ihrem sozialen Umfeld widmen, bei anderen wiederum führte sie nicht notwendigerweise zu einer Entlastung, da sie durch zusätzliche Feldarbeit und Aufgaben in der Familie ausgefüllt wurde.

Aufgrund dieser Komplexität von Interdependenzen formulierte IBSAE vielfältige Dimensionen, in denen sich Wirkungen von Projekten äußern können und wählte für seine Untersuchungen die im jeweiligen Kontext relevanten Wirkbereiche aus. Durch die Formulierung von Wirkungshypothesen wurden Ursachen-Wirkungszusammenhänge aufgestellt, die die Beteiligten in diesen ausgewählten Wirkbereichen vermuteten. Wirkungshypothesen beschreiben die erwarteten direkten und indirekten Veränderungsprozesse. Ob und in welchem Maß diese Vermutungen zutreffen, muss mit Hilfe der zu formulierenden Indikatoren überprüft werden. Im Rahmen der letzten Überarbeitung der Indikatorenmatrix das Energy Advisory Projektes in Uganda wurden in diesem Sinne die Wirkbereiche Technische Gegebenheiten, Wirtschaftlichkeit, Gesundheit, Ökologie, Migration, Bildung und Geschlechtergerechtigkeit untersucht. Diese sind dabei nicht als einzelne Teilgebiete, sondern als interdependent zu verstehen, was in der erarbeiteten Indikatorenmatrix durch die Benennung von Korrelationen und Bezügen unter den Indikatoren berücksichtigt wurde.

Die Monitoring-Studien überprüften die in der Indikatorenmatrix beschriebenen Wirkzusammenhänge und ermöglichten zudem, durch eine breit angelegte Basis an identifizierten Variablen auch Rückschlüsse auf positive oder negative Wirkzusammenhänge zu ziehen, die im Vorfeld nicht als solche erwartet wurden. Die Erkenntnisse, die durch die Studien gewonnen wurden, boten für die Projekte einen Orientierungsrahmen, um kurz-, mittel- und langfristige Effekte abschätzen und die Projektstrategie entsprechend anpassen zu können.

Sowohl die Konzeption eines soziokulturellen Monitorings als auch seine Umsetzung sollte, wie oben bereits begründet, in den Händen der Akteure auf den verschiedenen Ebenen einer Entwicklungsmaßnahme liegen. Ziel des ursprünglichen Konzeptes von IBSAE war es, sämtliche Beteiligte zu befähigen, ein gemeinsames Monitoring zu planen und die damit verbundenen Umsetzungsprozesse gemeinsam durchzuführen.

5 Zentrale Ergebnisse, Herausforderungen und Weiterentwicklungsbedarf

In zahlreichen Forschungsprojekten⁴ hat sich erwiesen, dass das von IBSAE erprobte Monitoringverfahren ein geeignetes Instrument darstellt, um sowohl positive Wirkungen in den analysierten Bereichen aufzuzeigen als auch unerwartete negative, die eine Entwicklungsintervention hervorrufen kann. So ergab beispielsweise eine Monitoring-Studie in Yunnan, VR China, dass die Arbeitsbelastung der Frauen aufgrund der Elektrifizierung ihres Dorfes stark anstieg und sich damit die bestehende Geschlechterungleichheit verstärkte.⁵ Der ‚Output‘ (Produkt, Leistung) einer Entwicklungsmaßnahme, in diesem Falle die Anzahl elektrifizierter Haushalte, kann in seiner Nutzung immer auch negative Auswirkungen haben, die sich meist indirekt im gesellschaftlichen Kontext niederschlagen. Genauso sind es häufig die spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten im Partnerland, die bei der Implementierung von Projekten nicht ausreichend berücksichtigt und damit aus Sicht der EZ-Akteure zu einem Hemmnis für den Erfolg von Entwicklungsmaßnahmen werden. Das entwickelte Monitoring kann dazu beitragen, dass die soziokulturelle Umgebung der betroffenen Gruppen in Projektplanung und -durchführung untersucht wird und spezifische Bedürfnisse, soziale Strukturen oder relevante Traditionen nicht unberücksichtigt bleiben.

Unsere Praxiserfahrung zeigt jedoch, dass die Anforderung an ein Monitoring-System nicht immer in erster Linie in einer kritischen Reflexion der erzielten (Neben-)Wirkungen besteht. Auch seine Funktion eines „soziokulturellen Projektcontrollings“, das darauf abzielt, den Projektverlauf zu optimieren und an veränderte Bedingungen anzupassen, wird nicht immer in Anspruch genommen. Vielmehr schienen die Erkenntnisse, die durch das Monitoring gewonnen werden können, teils als Datenbasis zur Darstellung der abschließenden Projektresultate zu dienen. Die Schlüsselfunktion des entwickelten Monitoring-Systems, eine Feedbackschleife zu sein und eine Rückkopplung zwischen Projektleitung und soziokultureller Realität in den Planungs- und Durchführungsprozessen herzustellen, bleiben oft ungenutzt. Dies scheint nicht zuletzt auf den bereits beschriebenen Rechtfertigungsdruck zurückzugehen, dem Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusam-

4 Brühl, Müller, Zange 2004, Brühl & Haskamp 2003a/b, Brühl & Müller 2004, Haberland & Zange 2005, Jürs 2004, Malinski 2006, Müller 2003a/b, Seum 2006, Wilmink 2007, Zange 2003a/b, Zange & Haberland 2005, Zheng & Zange 2006.

5 Haberland & Zange 2005.

menarbeit ihren Gebern gegenüber ausgesetzt sind, und der die Quantifizierung von Wirkungen bei gleichzeitiger bestehender Ressourcenrestriktion in den Vordergrund des Interesses rückt.

Die Forschungsgruppe IBSAE erhielt nach der Durchführung von Auftragsstudien für Entwicklungsvorhaben oftmals nur geringes Feedback hinsichtlich der Berücksichtigung der Studienergebnisse im weiteren Projektverlauf. An den Prozessen der Planung und Steuerung, die sich aus den Erkenntnissen der Monitoring-Studien ergeben, war IBSAE im Rahmen des Auftragsverhältnisses nicht beteiligt. Nachfolgende Monitoring-Studien ließen den Schluss zu, dass eine Rückkopplung der Erkenntnisse nur bedingt stattgefunden hatte. Dies könnte einerseits auf das oben aufgeführte mangelnde Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung zurück zu führen sein. Andererseits weist es aber auch auf einen Bedarf an Hilfestellungen und Verfahren hin, um aus den umfangreichen Erkenntnissen des Monitorings zu lernen und Strategien und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die es dann in der weiteren Projektplanung umzusetzen gilt. Eine beratende Instanz zur Ausgestaltung der entworfenen Projekt-Optimierung könnte zudem Wege aufzeigen, wie sich die Modifikationen in das tägliche Projektgeschehen einbinden lassen. Die Erkenntnisse aus der Anwendung des hier beschriebenen Verfahrens unterstreichen die Annahme, dass die verschiedenen Wirkbereiche einer Entwicklungsmaßnahme vielfältig miteinander verknüpft sind. Sie stehen, äquivalent zu den verschiedenen Dimensionen von Armut, in wechselseitiger Beziehung zueinander. EZ-Projekte können um so erfolgreicher sein, wenn sie dieser Interdependenz Rechnung tragen und damit auch sensibel in Bereichen agieren, die nicht ihrem fachlichen Schwerpunkt entsprechen, bzw. ihre Arbeit mit anderen Akteuren (z. B. zivilgesellschaftlichen Organisationen) abstimmen, um negative Effekte in anderen Wirkbereichen zu vermeiden.

Zentrales Charakteristikum des entwickelten Konzeptes ist sein partizipativer Ansatz. Soziokulturelles Monitoring soll als Instrument dazu eingesetzt werden, die Grenzen der eigenen Wahrnehmung zu erkennen und durch eine gemeinsame Informationsanreicherung Strukturen zu verfestigen, die zu einer tatsächlichen Kooperation aller Beteiligten in der Entwicklungszusammenarbeit führt. So sollte das Monitoring gemeinsam entworfen und den Bedürfnissen der verschiedenen Akteure gerecht werden. Genauso sollte die Umsetzung des Monitoring-Zyklus von allen Gruppen getragen und die gewonnenen Erkenntnisse dementsprechend für alle Beteiligten zur Verfügung stehen.

In der Praxis stieß diese gleichberechtigte Einbeziehung aller Akteure bisher auf Schwierigkeiten, hervorgerufen durch bestehende Machtstrukturen, divergierenden Zielvorstellungen der Teilnehmenden, Mangel an adäquaten Kommunikationsmitteln sowie durch den erforderlichen Arbeits- und Zeitaufwand.

So ist es bei der Durchführung des Participatory Impact Monitoring Projekt nicht gelungen, eine angemessene Zusammenarbeit zwischen den beteiligten NGOs und der durchführenden Organisation bei der Entwicklung einer Monitoringstrategie in Uganda zu erreichen. Da die NGOs in ihre eigenen Aktivitäten stark eingebunden waren, konnten oder wollten sie der Entwicklung eines gemeinsamen Monitoring nicht die Aufmerksamkeit schenken, die notwendig gewesen wäre, um in einem sehr eng bemessenen Zeitrahmen Anregungen, Erfahrungen und die Kritik der Teilnehmenden in das Konzept mit aufnehmen zu können und eine Identifikation der Teilnehmenden mit dem Verfahren zu gewährleisten. Die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des kooperativen Ansatzes sind vielfältig und werden nicht nur in der Planungsphase, sondern auch in Umsetzung und Nutzung der Monitoring-Erkenntnisse deutlich. So wurde beispielsweise in Uganda eine Zurückhaltung von Seiten der Geberorganisation deutlich, wenn es darum ging, die erstellten Studienergebnisse den am Projekt beteiligten lokalen Organisationen zur Verfügung zu stellen. Die Verwirklichung des kooperativen Anspruches, insbesondere auch das Erreichen einer angemessenen Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, bleibt somit auch weiterhin eine wesentliche Herausforderung.

Monitoring ist als kontinuierlicher Prozess zu begreifen, der fest im Projektzyklus verankert sein sollte. Geschieht dies nicht, verschlechtern sich damit die Aussichten auf den Nutzen des Monitorings als Steuerungsinstrument für den weiteren Projektverlauf. So wurden im Energieberatungsprojekt in Uganda teilweise zwar vor Projektbeginn die vorgesehenen Baseline Studies beauftragt, das weitere Monitoring des Projektes dann durch die Projektleitung aber nicht als fester Bestandteil in den Projektzyklus integriert. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass eine wissenschaftliche, soziokulturelle Begleitung nicht zum Standard bei EZ-Projekten gehört und somit in der Regel in ihrer Ressourcen-Ausstattung nicht berücksichtigt wird. Das kann daran liegen, dass der unmittelbare Nutzen eines solchen Ansatzes und die positiven Auswirkungen auf den langfristigen Erfolg eines EZ-Projektes zu kurzfristig gegenüber Kosten und Aufwand abgewogen werden. Im beschriebenen Fall führte dies zu einer unregelmäßigen Durchführung von

Monitoring-Studien, die in der Regel zu spät, nämlich erst am Ende der Projektaktivitäten in einer Region durchgeführt werden konnten. Die Erkenntnisse des Monitorings konnten somit zwar Berücksichtigung bei der weiteren Implementierung des Projektes in anderen Regionen finden, auf den eigentlich untersuchten Projektstandort hatten sie allerdings keinen Einfluss mehr. Die Beauftragung regelmäßiger Studien mit einem kontinuierlichen Zeitplan⁶ für die Umsetzung der Monitoring-Strategie wäre hier wünschenswert gewesen. Da allerdings Studien nur unsystematisch und von externen Bedingungen abhängig angefragt wurden, konnte das Potential des Monitorings für die Entwicklungsmaßnahmen nicht hinreichend entfaltet werden, sodass eine kontinuierliche Verbesserung der Abläufe im Wesentlichen unterblieb.

6 Schlussbewertung

Es besteht in der Umsetzung eines soziokulturellen Monitoringverfahrens in der Regel ein Zielkonflikt zwischen dem Anspruch einer hohen Repräsentativität und Qualität der Datenerhebung gegenüber einer meist begrenzten Bereitschaft, finanzielle bzw. zeitliche Ressourcen in seine Durchführung zu investieren. Repräsentative Studien im gesellschaftlichen Kontext sind komplex und umfangreich, erfordern ein Set unterschiedlicher Methoden der Sozialforschung sowie ein umfangreiches Sample. Die verstärkte Anwendung qualitativer Methoden wird dem Einsatz quantitativer Methoden grundsätzlich vorgezogen, ist jedoch in der Projektpraxis aufgrund eng bemessener zeitlicher Ressourcen nur durch eine Verringerung der Studien-Grundgesamtheit zu erreichen, die wiederum die Belastbarkeit der Ergebnisse verringert. Hier ist ein generelles Umdenken der Akteure der Entwicklungszusammenarbeit notwendig, die umfangreichen Wirkanalysen ihrer Arbeit einen zu geringen Stellenwert einräumen, was sich unter anderem im dafür vorgesehenen Budget niederschlägt.

Im Rückblick auf unsere Vorgehensweise ist deutlich geworden, dass die erläuterten Verfahren wesentlich von der Bereitwilligkeit der Institutionen abhängig sind, welche die Entwicklungszusammenarbeit tragen. Entscheidend ist der Wille zur kritischen Selbstreflektion der institutionellen wie persönlichen Absichten und Strategien in der Entwicklungsarbeit. Dies erfordert ausgeprägte individuell entwickelte und institutionell abgesicherte Fähigkei-

6 Einen Vorschlag dazu s. Brühl Haskamp 2003a.

ten der Wahrnehmung und vor allem der Priorisierung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse derjenigen Völker und Staaten, die Unterstützung bei der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung wünschen. Gemäß unserer Erfahrungen ist dieser konzeptionelle Aspekt von Entwicklungszusammenarbeit noch immer viel zu sehr von Interessenlagen im politischen, ökonomischen, militärischen und organisationsbezogenen Bereich überlagert. Soziokulturelles Monitoring verkommt hierbei leicht zum Aushängeschild bzw. Rechtfertigungskonzept für in Wirklichkeit – bezüglich sozialen und kulturellen Fragen – konzeptionslose Entwicklungsprojekte.

Die vorangegangene Ausführung zu dem von IBSAE entwickelten Monitoring und den Erfahrungen bei dessen Umsetzung zeigt auf, dass der Anspruch und die Komplexität des entwickelten Konzeptes sowie dessen Umsetzung hoch sind. Im Gegenzug birgt das Verfahren große Potentiale für die verschiedenen Akteure und betroffenen Gruppen, die bisher noch nicht ausgeschöpft wurden. EZ-Akteuren bietet das entwickelte Instrument die Möglichkeit, Kultur im Kontext ihrer Interventionen mehrdimensional zu verstehen und ihr eigenes Handeln vor diesem Hintergrund zu reflektieren, um Projekte nachhaltig wirkungsvoll gestalten zu können. Es stellt damit einerseits ein minimalistisches Konzept der Kulturwahrnehmung dar und eröffnet andererseits Wege zur Reflektion der eigenen Handlungsansätze. Das soziokulturelle Monitoring birgt damit die Chance, Entwicklungsmaßnahmen so zu konzipieren und zu steuern, dass sie im Sinne der Bedürfnisse und Lebenswelten der betroffenen Bevölkerungsgruppen durchgeführt werden und somit die angestrebten Wirkungen nachhaltig erzielen können. Letztlich geht es dabei darum, Synergien zu entwickeln, die sich langfristig auf die ökonomische, politische aber auch soziale und kulturelle Entwicklung eines Landes und somit insgesamt auf die Lebensqualität der betroffenen Menschen positiv auswirken.

Von IBSAE erstellte Studien und Dokumente (unveröffentlicht):

- Bicker, Julia (2005): Participatory Impact Monitoring-System for Energy Related Projects, Manual.
- Brühl, Dieter, Müller, Anke; Zange, Christian (2004): Proposal Development of Impact-Monitoring, Inter(Trans)kulturelle Austausch- und Bildungsprozesse und ihre Bedeutung für die Strategien der Armutsminderung in der Entwicklungskooperation (IBSAE), Arbeitsstelle an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.
- Brühl, Dieter; Haskamp, Sandra (2003a): Bericht über den Arbeitsaufenthalt im Projekt „Erneuerbare Energien in ländlichen Gebieten“ in den Provinzen Qinghai und Yunnan (VR China) vom 21.09.02 bis 26.10.02.; Erstellt im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH; Dezember/Januar 2002-03.
- Brühl, Dieter; Haskamp, Sandra (2003b): Bericht II Datenauswertung Base-Line-Haushaltsbefragung: „Erneuerbare Energien in ländlichen Gebieten“ in den Provinzen Qinghai und Yunnan (VR China) vom 21.09.02 bis 26.10.02.; Erstellt im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH; März/Juli 2003.
- Brühl, Dieter; Müller, Anke (2004): Socio-cultural and socioeconomic Impact-Monitoring for the Project „Renewable Energies in Rural Areas“ (GTZ) in the Provinces Qinghai and Yunnan, PRC China.
- Haberland, Norris; Zange, Christian (2005): Monitoring Cycle Yunnan 2005: Evaluation of Socio-Cultural and Socio-Economic Indicators for the Project „Renewable Energies in Rural Areas“ (GTZ) in the Province Yunnan, PRC China; On behalf of the German Technology Cooperation – GTZ; August 2005.
- Jürs, Corinna (2004): Baseline Study, Energy Poverty Kampala District; On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development, Energy Advisory Project, supported by the GTZ, 2004.
- Malinski, Britta (2006): Impact Monitoring Study. The Rocket Lorena Stove Dissemination in Bushenyi District. On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development (MEMD) under the „Energy Advisory Project“ supported by GTZ, University of Oldenburg.

- Müller, Anke (2003a): Baseline Study, Energy Poverty Masindi District; On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development, Energy Advisory Project, supported by the GTZ, 2003.
- Müller, Anke (2003b): Baseline Study, Energy Poverty Bushenyi District; On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development, Energy Advisory Project, supported by the GTZ, 2003.
- Seum, Kristina (2006): Baseline Study – Full Report. Energy Poverty in Rakai District. On behalf of the Ministry of Energy and the Mineral Development (MEMD) under the „Energy Advisory Project“ supported by GTZ. University of Oldenburg.
- Wilmink, Tanja (2007): Impact Monitoring Study. The Rocket Lorena Stove Dissemination in Bushenyi District (Bushenyi II). On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development (MEMD) under the „Energy Advisory Project“ supported by GTZ, University Oldenburg.
- Zange, Christian (2003a): Baseline Study – Full Report: Energy Poverty in Arua District. Kampala : Energy Advisory Project, Uganda; On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development, Energy Advisory Project, supported by the GTZ, December 2003.
- Zange, Christian (2003b): Baseline Study – Full Report : Energy Poverty in Mbale District. Kampala : Energy Advisory Project, Uganda; On behalf of the Ministry of Energy and Mineral Development, Energy Advisory Project, supported by the GTZ, December 2003.
- Zange, Christian; Haberland, Norris (2005): Socio-Cultural and Socio-Economic Impact Monitoring Qinghai Province Baseline Study 2005: Evaluation of Socio-Cultural and Socio-Economic Indicators in East Agricultural and Wutong Village on behalf of Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) for the Sino-German Technical Cooperation Program „Renewable Energies in Rural Areas“.
- Zheng, Yi; Zange, Christian (2006): Monitoring Bericht Naqu 2006 Evaluation von soziokulturellen und sozioökonomischen Faktoren in der Präfektur Naqu, Autonome Provinz Tibet, VR China für das Projekt „Erneuerbare Energien in ländlichen Gebieten“ (GTZ).

Norris Haberland

Kulturorientierte Alternativen in der Finanzierung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit

Amartya Sen stellt in einem Essay 2002 fest, dass im ökonomischen Denken die Frage nach dem kulturellen Einfluss auf die Ökonomie einer Gesellschaft kaum gestellt bzw. als vernachlässigbar charakterisiert wird. Dem widerspricht er vehement und stellt fest, dass sich die Betrachtung des Einflusses von Kultur auf ökonomische und soziale Belange durch Ökonomen als sehr ergiebig erweisen könne. Er führt aus, dass Entwicklungsorganisationen wie beispielsweise die Weltbank diesem Versäumnis zumindest zu einem gewissen Grad Rechnung tragen sollten, da gerade sie bestimmt sind durch eine streng ökonomische und finanzielle Sichtweise (Sen 2002, 1).

Stimmt man dem zu, so folgt daraus, dass es im Bereich der ökonomischen Dimension von EZ-Projekten einen Rahmen zu schaffen gilt, der eigenständige, selbstbestimmte und kultursensible Entwicklung ermöglicht. Diese Entwicklung soll insofern nachhaltig sein, als dass die Akteure in den sog. Entwicklungsländern befähigt werden, an der Gestaltung von Projekten gleichberechtigt mitzuwirken und in der Lage sein sollen, das so Erreichte langfristig eigenständig und erfolgreich fortzuführen. Die Projektfinanzierung generell und insbesondere im Sinne einer Folgefinanzierung von Instandhaltung, Reparaturen, Löhnen, Strom/Wasser oder (Verbrauchs) Materialkosten ist dabei ein wesentliches Thema. Können diese Kosten und Leistungen nicht dauerhaft aus der Projekt-Gemeinschaft heraus erbracht werden, ergeben sich aus dem Projekt neue Abhängigkeiten, die langfristige Akzeptanz innerhalb der Gemeinschaft sinkt und der nachhaltige Erfolg ist gefährdet. Zunächst ist somit zu fragen, ob und welche Möglichkeiten bestehen, vor allem die Projektfolgekosten für die Betroffenen selbst abschätzbar und finanziell tragbar zu gestalten. Darüber hinaus bleibt zu hinterfragen, wel-

chen positiven oder auch negativen Einfluss die Anbindung einer Gemeinschaft an ein Finanzierungssystem auf ihre soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung ausüben kann.

Das Ziel einer autonomen Projektfolgefinanzierung stellt bereits an die Ausgestaltung von EZ-Projekten einen besonderen Anspruch, denn fortlaufende finanzielle oder materielle Verpflichtungen im Nachgang eines Projektes werden Nutzer nur dann eingehen, wenn sie in das Projekt einbezogen waren oder zumindest von dessen unmittelbaren und langfristigen Nutzen überzeugt sind. Ein gelebter partizipativer, oder besser kooperativer, Ansatz bei Planung und Durchführung des EZ-Projektes ist eine Grundlage, um die Unterstützung durch die Gemeinschaft für das im Projekt Erreichte langfristig sicherzustellen und die nötige soziale Dynamik für den weiteren Unterhalt zu entfachen. Auch die Gemeinschaft wird durch die Bewältigung von Projektfolgekosten mit neuen Fragestellungen konfrontiert: Werden beispielsweise Instandhaltungs- oder Reinigungsarbeiten hierarchisch delegiert, entsprechend der Nutzungsintensität auf die Nutzer verteilt oder pauschal durch sämtliche Gemeinschaftsangehörige übernommen? Die Beantwortung dieser Fragen ist in der Regeln nicht Bestandteil des konkreten EZ-Projektes, was dazu führen kann, dass auch nach Projektende keine umsetzbaren Vorschläge in Bezug auf die weitere Fortführung, Unterhalt und Instandhaltung des Erreichten vorliegen. Aufgabe im Rahmen eines EZ-Projektes sollte es sein, einen Austausch der Gemeinschaft darüber zu initiieren und zu moderieren, in welcher Form, mit welchen Mitteln, in welchen Zeiträumen und von wem das Projekt auch nach dessen Ende weiterhin unterhalten werden kann, so dass sich in der erzielten Einigung anschließend auch die kulturellen Werte der Gemeinschaft widerspiegeln.

Antworten ergeben sich dabei maßgeblich aus dem kulturellen Umfeld des EZ-Projekts; dazu ein Beispiel: Wo traditionell Selbstversorgungs- bzw. Subsistenzwirtschaft betrieben und Transaktionen überwiegend durch Tauschhandel abgewickelt werden, ist die Erhebung von Wassergeld bereits behindert durch historisch fehlende Erfahrung und ggf. mangelndes Vertrauen in ein System, das auf dem abstrakten Prinzip ‚Geld‘ beruht. Auch der Begriff ‚Finanzierung‘ verweist auf ein Abstraktum, das zunächst nicht unmittelbar zugänglich ist, da Waren oder Leistungen von Ihrem materiellen Wert entkoppelt und mit einem objektivierbaren (Markt)wert taxiert werden. Das Verständnis eines solchen Konzeptes innerhalb einer Gemeinschaft ist nicht zwingend vorhanden und entwickelt sich teils sehr langsam (in westlichen

Gesellschaften nahm der Entwicklungsprozess von der Tausch- zur Geldwirtschaft, in welcher das Zahlungsmittel selbst keinen materiellen sondern nur noch einen nominalen Wert hat, mehrere Jahrhunderte ein).

Auch wenn Geldsysteme heute in nahezu allen Staaten der Welt offiziell eingeführt sind, bedeutet dies nicht, dass das Verständnis von Geld als Zahlungsmittel in der Lebensrealität der Bevölkerungen von Bedeutung ist. Dies bedeutet, dass in vielen Fällen die Vorstellungen über die Verhältnismäßigkeit und Dimensionen von Geld deshalb nicht sehr ausgeprägt sind, weil es dafür in Gesellschaften mit Subsistenzwirtschaft keine Notwendigkeit gab und somit Erfahrung vor allem im langfristigen Umgang mit Geld kaum vorhanden sein kann.

Nicht jede Gesellschaft übersteht eine zu abrupte Konfrontation mit Marktmechanismen unbeschadet, also ohne Verlust von Teilen ihrer kulturellen Identität¹. Da es genau dies zu vermeiden gilt, stellt sich bzgl. der Finanzierung auf EZ-Projektebene die Frage, wie diese ausgestaltet sein sollte, um die kulturelle Selbständigkeit der Partner aufrecht zu erhalten. Dies bedeutet, dass es nicht genügt, die (Folge)Finanzierung von EZ-Projekten als isoliertes Fachthema zu erörtern. Vielmehr sind im Rahmen der Finanzierungsplanung kulturelle Faktoren unbedingt zu berücksichtigen.

Entsprechend unserem eingangs dargestellten Verständnis von ‚Entwicklung‘, das Familienbeziehungen und Gemeindestrukturen als wichtige Ressource und Grundlage von Entwicklung versteht, werden im Rahmen der folgenden Betrachtung Finanzierungskonzepte diskutiert, die eine Stärkung und Befähigung der Familien und Gemeinden als kleinste ökonomische Einheiten ermöglichen. Wesentliche Herausforderung bleibt generell die Verfügbarkeit finanzieller Mittel und der Umgang mit diesen. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass Prinzipien wie Entgelte für Infrastrukturleistungen (z. B. Nutzungsgebühren für öffentliche Güter), gemeinschaftliche Bewirtschaftung und Instandhaltung nicht in allen Gesellschaften üblich sind und darauf gerichtete Lernprozesse erst vom EZ-Projekt initiiert und von der Gemeinschaft getragen werden müssen.

1 Dies zeigt – leider – sehr eindrucksvoll die Entwicklung Chiles seit der Durchsetzung des Kapitalismus und der wirtschaftlichen Liberalisierung unter Pinochet seit 1973, die zwar den Führenden 5 Prozent der Bevölkerung Reichtum und Wohlstand brachte, gleichzeitig aber auch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen und vor allem sozialen Stellung der Unterschicht und der Ureinwohner, der ‚Mapuches‘.

Ausgehend von einer kurzen Darstellung der wesentlichen Unzulänglichkeiten klassischer Angebote des formalen Finanzsektors im ersten Kapitel bietet der Artikel im darauf folgenden Teil einen Überblick über alternative Finanzierungssysteme in sog. Schwellen- und Entwicklungsländern. Abschließend sollen diese Betrachtungen auf bisher begleitete EZ-Projekte bezogen werden, um daraus Empfehlungen für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit abzuleiten.

1 Marktversagen im konventionellen Finanzsektor erfordert alternative Finanzsysteme Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit

Kleine und mittlere privatwirtschaftliche Unternehmen bieten die Möglichkeit zum Einkommenserwerb ggf. sogar für mehrere Arbeitnehmer und stellen so einen wesentlichen Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Vor allem im ländlichen Raum sog. Schwellen- und Entwicklungsländer gestaltet sich für Klein- und Kleinstunternehmer jedoch der Zugang zu Krediten und anderen Finanzdienstleistungen als schwierig oder ist gänzlich unmöglich. Ebenso ist es insbesondere ärmeren Bevölkerungsgruppen häufig nicht möglich, Finanzdienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Grund ist eine Vielzahl von Faktoren, die zu einem Marktversagen im konventionellen Finanzsektor führen, sodass nur ein (sehr) geringer Teil der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen versorgt wird, so zum Beispiel:

1.1 Zu geringe Anlage- und Kredit-Volumina

Da der Erlös aus kleinen Darlehen und Spareinlagen die Transaktionskosten² für reguläre Geschäftsbanken nicht deckt, wird dieses Segment durch diese selten bedient³. Kleinst- und Kleinverdiener können sich somit im regulären Bankensystem nicht mit marktgerechten Krediten versorgen oder zur Vermögensbildung verzinsliche Beträge einzahlen.

2 Unter Transaktionskosten werden sämtliche realen und kalkulatorischen Kosten der Geschäftsanbahnung, -Abwicklung, -Anpassung und -Kontrolle verstanden, z. B. Personalkosten für die Beratung und Verwaltung, Porto, anteilige Kosten für Unterhalt von Computersystemen aber auch Kommunikationsbedarf, Abstimmung, etc.

3 Das Thema ‚Mikrokredite‘ wird später gesondert erörtert.

Informelle mobile Geldeinsammler bündeln Kleinstanzahlungen und sind so in der Lage eine Verbindung zum Banksystem herzustellen, verlangen jedoch für die Inanspruchnahme ihrer Finanzdienstleistung eine Gebühr, die häufig den üblichen Zinssatz überschreitet, sodass auch auf diesem Wege keine langfristige Kapitalbildung ihrer Kunden möglich ist.

1.2 Mangelnde Erreichbarkeit

In abgelegenen ländlichen Gegenden, in denen sich der Betrieb von Zweigstellen aufgrund der geringen Betriebs- oder Bevölkerungsdichte nicht rentiert, ist der Zugang zu Finanzinstitutionen geografisch bedingt nicht bzw. nur schwerlich möglich. Dort, wo auch die zuvor genannten informellen Geldeinsammler nicht tätig sind, besteht somit kein oder nur sehr spärlicher Zugang zum formalen Banksystem.

1.3 Unsteter Ertragsfluss

Gleichsam stellen die in der Landwirtschaft oftmals unregelmäßigen und unsicheren Erträge ein schwer kalkulierbares Moment dar, das konventionelle Finanzinstitute bei der Kreditvergabe meiden, da dies – auch im Rahmen eines Sparkonzeptes – von klassischen Banken nicht akzeptierten erhöhten Verwaltungsaufwand verursacht.

1.4 Analphabetismus

Aufgrund fehlender oder mangelhafter Lese- und Schreibkenntnisse scheuen Antragsteller den oft bürokratischen Umgang mit Vertragsunterlagen und nehmen die erheblich überbeurteilten, aber unbürokratischen Leistungen informeller Geldverleiher in Kauf oder weichen auf verwandtschaftliche Solidarsysteme aus.

1.5 Mangelnde Sicherheiten

Innerhalb eines auf Monetarisierung potentieller Risiken beruhenden Banksystems wird ein Kreditantrag ohne Nachweis über pfändbaren Besitz oder solvente Bürgschaften häufig abgelehnt. Ärmere Bevölkerungsgruppen erhalten bei Geschäftsbanken somit keinen Zugang zu Krediten. In besonderem Maße betrifft dies Frauen, da diese in vielen sog. Entwicklungsländern kei-

nen oder einen erschwerten (rechtlichen) Zugang zu (Grund)Besitz haben bzw. ihnen die Geschäftsfähigkeit abgesprochen wird.

Der mangelnde Zugang zu Leistungen des Finanzsektors bremst die wirtschaftliche Entwicklung und verhindert auch auf Gemeinde-, Familien und individueller Ebene die Lösung finanzieller Missstände. Die Bildung und Mehrung von Kapital wird verhindert, sodass Investitionen zur Geschäftserweiterung unterbleiben und sich die Vulnerabilität gegenüber unvorhergesehenen Ereignissen, wie Krankheit, Ernteausfall, Naturkatastrophen oder steigender Rohstoffpreise erhöht, die bis zur Existenzbedrohung führen können (physiologische Armut). Ebenso kann der mangelnde Zugang zu kurzfristigen Liquiditätsmitteln beispielsweise zu Zwecken wie Feiern, Festlichkeiten, Mitgift etc. dauerhaft die soziale Stellung von Individuen oder Familien schwächen (sozio-kulturelle Armut). Im gleichen Zuge ergeben sich Auswirkungen im Bildungsbereich, wo der Besuch weiterführender Institutionen mit der Aufnahme von Krediten verbunden wäre, was sich wiederum direkt auf die Zukunfts-Chancen auswirkt. Der erschwerte oder mangelnde Zugang zu Finanzdienstleistungen (Sparen und Kredite) ist somit eine der Ursachen und Katalysatoren für Armut, die deutlich mehr umfasst als den bloßen Mangel an Liquidität – legt man die international anerkannte Perspektive eines Armutskonzeptes als multidimensionales, komplexes Phänomen mit physiologischen und sozio-kulturellen Aspekten zugrunde⁴. Die Versorgung mit Finanzdienstleistungen stellt daher einen essentiellen Faktor nicht nur für die regionale, überregionale und nationale Entwicklung dar, sondern ebenso einen bedeutsamen Bestandteil des täglichen Lebens und einen Faktor der Armutsbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Gleichzeitig ist das Thema ‚Finanzierung‘ eine direkte, erfolgsrelevante Variable in EZ-Projekten. Denn ohne Sicherstellung einer langfristig zu erreichenden finanziellen Unabhängigkeit von Geberinstitutionen kann eine EZ-Maßnahme im Nachhinein eine neue Abhängigkeitsfacette mit sich bringen oder aber das Erreichte kann langfristig nicht in seiner Fortführung gesichert werden⁵. Abhilfe könnte hier ein soziales, gemeinschaftlich organisiertes Finanzierungs-System schaffen, das laufende Kosten, z. B. Wartung einer Photovoltaik-Anlage, Bevorratung und Austausch von Glühlampen in Dorf-

4 Für eine umfassendere Auseinandersetzung mit dem Armutsbegriff vgl. Lotz 2004.

5 Auch wenn einige EZ-Projekte keine hohen Investitionen erfordern, wie es z. B. im Bereich der Weiterbildung oder Aufklärung der Fall ist, können sich Folgekosten durch Lernmaterial, Kosten des Lehrpersonals, Räumlichkeiten etc. ergeben.

straßen und in den Häusern oder Werkzeug für die Reparatur von Produktionsmaschinen auf alle Nutzer umlegt. Um dieses mit den nötigen Mitteln für größere Instandhaltungsinvestitionen, Erweiterungen oder für das Ansparen von Einnahmen zu versorgen, die etwa aus dem Verkauf von Strom aus photovoltaischen Anlagen an Nachbardörfer resultieren, ist die Anbindung an Finanzdienstleistungen nötig. Da nur ein geringer Teil der Bevölkerung in sog. Entwicklungsländern durch konventionelle Finanzinstitutionen versorgt wird, gilt es, alternative Konzepte des Sparens bzw. der Kapitalbeschaffung zu erschließen, die im anschließenden Kapitel vorgestellt werden.

2 Formen alternativer Finanzierungsstrukturen

Die Versorgung mit Bankprodukten außerhalb des klassischen Banksektors kann über formelle und sog. informelle Akteure erfolgen.

2.1 Kleinkredite – Formeller Sektor

2.1.1 Nicht-Regierungsorganisationen (NRO)

NRO engagieren sich für den Zugang zu Mitteln aus Kreditfonds solventer Geber und verteilen diese Gelder. Zudem bieten sie zusätzlich Betreuungs- und Beratungsleistungen sowie Bildungs- und Weiterbildungsangebote an und stellen somit im Idealfall einen wichtigen Entwicklungskatalysator dar. Allerdings können aufgrund ineffizienter Organisation hohe Kosten entstehen. Zudem wird der Mix von Ausbildung, Beratung und Kreditdienstleistungen als wenig transparent und schwer evaluierbar bemängelt. Aufgrund fehlender Kontrolle seitens der Geber und der NROs eröffnen sich Möglichkeiten des Missbrauchs und der Korruption. Schmidt und Zeitinger fordern daher einen Ausbau von kreditgebenden NRO zu effizienten Finanzinstituten (Schmidt/Zeitinger 1997). Fraglich ist auch die Herkunft der Finanzmittel, mit denen NROs ausgestattet sind und deren mögliche Verknüpfung mit Zielen und Auflagen, welche die eigenständige Entwicklung von Gemeinschaften untergraben können.

2.1.2 Credit Unions

Credit Unions beruhen auf dem Genossenschaftsprinzip nach dem Deutschen F. W. Raiffeisen, bei dem die Mitglieder gleichzeitig kollektive Eigentümer und individuelle Nutzer der Dienstleistung sind. Sie stellt die am weitesten

verbreitete Form der Spar- und Kreditgenossenschaft dar. Die Unions bemühen sich um Unabhängigkeit vom Staat, um Eigenfinanzierung aus Spareinlagen und häufig um eine Führung mit Fokussierung auf feste Werte. Sie gelten als Nicht-Banken und fallen daher nicht unter die Bankenaufsicht, was Preisvorteile mit sich bringt. Zudem bieten sie die Möglichkeit der aktiven Teilnahme der Mitglieder durch Komitees und die ehrenamtliche Leitung der Genossenschaft. Ansparen erfolgt dort durch regelmäßige Einlagen. Die Vergabe eines Kredites wird auf Antrag geprüft und ggf. im Verhältnis zu den geleisteten Spareinlagen und nach Sicherung über Bürgschaften weiterer Mitglieder bewilligt. Zugang zu Ressourcen für Liquiditätsausgleich, Einlagensicherung und gemeinsamer Infrastruktur entsteht durch die Vernetzung mit anderen Genossenschaften. Zudem bestehen auch Genossenschafts-Modelle, die externe Kredite an ihre Mitglieder weiterleiten, aufgrund der Fremdfinanzierung allerdings als weniger stabil gelten. Bei kleinen Credit Unions erzeugt die Orts- und Personenkenntnis sozialen Druck und gewährt soziale Kontrolle aus dem Gruppenzusammenhalt heraus, was wiederum Systemvertrauen schafft und die Rückzahlungsmoral stärkt. Durch Wachstum entsteht jedoch die Gefahr zunehmender Anonymität und somit Zerfall des sozialen Kontrollsystems sowie die zunehmende Verselbständigung der Führungs- und Kontrollgremien. Geeignet ist dieses Modell daher insbesondere für lokal begrenzte Projekte, z. B. auf Gemeindeebene.

2.2 Kleinkredite – Informeller Sektor

2.2.1 Geldverleiher

Geldverleiher sind selbständige, mobile Unternehmer, die zu extrem hohen Zinssätzen Kredite anbieten, für kurzfristig Kreditsuchende ohne Sicherheiten jedoch meist die einzig realistische Option zur Erlangung von Geldmitteln darstellen. Die Zinssätze für kurzfristige und kurz laufende Kredite können 100 % betragen und überschreiten. Nicht selten führt dies in eine Spirale der Dauerverschuldung, da i. d. R. nur die Zinsen getilgt werden können, nicht der Kredit.

2.2.2 *Informelle Geldeinsammler als Verbindung zwischen Dorfbewohnern und dem formellen Finanzsystem*

Informelle Geldeinsammler (teils auch SuSu Collectors genannt) holen in regelmäßigen Intervallen eine mündlich vereinbarte Summe z. B. bei Marktfrauen ab und zahlen sie gegen eine Kommission zum Sparen ein. Oft kann so auch ein Kleinkredit gewährt werden (mit Zinsen von bis zu 80 % p. a.). Dieser Weg ist häufig nötig, da viele Kreditinstitute keine Kleinstbeträge annehmen oder vergeben bzw. schriftliche Dokumente den Zugang von Analphabeten zu Banken einschränken. Kritisch an dieser Form der Versorgung mit Finanzleistungen ist zum einen die eingeschränkte Verfügbarkeit über die eingezahlten Mittel z. B. in plötzlichen Notfällen und zum anderen die fehlende Sicherheit darüber, dass das „Eingezahlte“ tatsächlich angelegt wurde⁶.

2.2.3 *Rotierende Spar- und Kreditfonds (Rotating Savings and Credit Association – ROSCA)*

ROSCAs stellen ein weltweit verbreitetes, informelles Modell einer Spar- und Kreditorganisation dar, das nicht in das offizielle Finanzsystem integriert ist und somit nicht auf offizielle Unterlagen angewiesen ist. Ebenso entfallen externe Prüfungen durch die Bankenaufsicht und die Berechnung von Steuern, sodass Preisvorteile gegenüber Geschäftsbanken entstehen.

ROSCAs basieren auf einer Gruppe sich persönlich bekannter Individuen. Der damit verbundene Zusammenhalt stellt ein soziales Kapital dar und bewirkt eine wirkungsvolle gegenseitige soziale Kontrolle. ROSCAs werden i. d. R. mündlich gegründet und funktionieren auf der Basis einer rotierenden Einlagepflicht bzw. Entnahmerecht der Mitglieder. Geleitet wird eine Rosca von einem Mitglied der sie konstituierenden sozialen Gruppe. Mitglied eines anerkannten ROSCAs zu sein, ist mit sozialem Prestige verbunden. Bei den regelmäßigen Treffen zahlt jedes Mitglied einen Betrag in den gemeinsamen Fonds ein, die Ausschüttung erfolgt nach einer vorab vereinbarten Methode einer bestimmten Reihenfolge z. B. nach dem Eintrittsalter oder der Einlagehöhe.

Möglich ist auch ein Sonderkredit für Familien in besonders schwieriger wirtschaftlicher Situation. Ein ROSCA ist vergleichbar mit zinslosem Sparen und Kredit. Bei Fehlverhalten droht der Ausschluss aus dem ROSCA und

6 So berichtet bspw. die Organisation IFAD aus Ghana von Diebstahlfällen, <http://www.ifad.org/gender/learning/sector/finance/41.htm>.

soziale Ausgrenzung, daher besteht ein hoher Druck, die fälligen Beiträge aufzubringen aber auch hier gelten Sonderregelungen für in Not geratene Mitglieder.

Beschränkungen von ROSCAs sind darin zu sehen, dass sie fast ausschließlich lokal funktionieren, da meist nur dort ein engmaschiges soziales Geflecht gegeben ist, wo Menschen sich persönlich bekannt sind und deshalb soziale Sanktionen Wirkung zeigen können. ROSCAs sind nicht offen und funktionieren i. d. R. nur innerhalb der Gruppe, deren Teilnehmerzahl begrenzt ist, sodass sie sich für regionale oder überregionale Dimensionen kaum eignen. So sind sie Großstädten aufgrund weniger dichter sozialer Netzwerke selten anzutreffen. Die Ersparnisse unterliegen zudem der Entwertung durch Inflation, da für die eingezahlten Gelder keine Zinsen eingenommen werden, sodass sich dieses System nicht zur langfristigen Kapitalbildung eignet.

2.2.4 *Mikrokredite*

Als Klein- oder Mikrokredite durch Microfinance Institutions (MFI) werden Programme bezeichnet, die kleine und Kleinst-Kredite an sehr arme Antragsteller zum Zweck des Aufbaus selbständiger Erwerbsmöglichkeiten vergeben, wodurch es ihnen ermöglicht werden soll, für sich und ihre Familien zu sorgen⁷. Als Kreditsicherheit werden dafür Fahrräder oder Schmuck, aber auch „Sozialkapital“ akzeptiert, etwa durch die Bildung von „Solidaritätsgruppen“ unter den KreditnehmerInnen oder die Betreuung ganzer Dorfgemeinschaften („Village Lending“). Diese Gruppen werden in den meisten Fällen von Frauen gestellt (ca. 85 %) (Daley-Harris 2007, 2), die Rückzahlungsquoten liegt oft bei deutlich über 90 Prozent. Soweit MFIs dazu in der Lage sind, werden auch „Konsum“-Kredite (Überbrückungshilfen in Notlagen, für Arztkosten, Schulgebühren etc.), Sparprodukte, bargeldlose Zahlungsabwicklung, Geldtransfers sowie „Mikroversicherungen“ für arme Haushalte und Mikro-/Kleinunternehmen angeboten. Die Zinskonditionen orientieren sich dabei am üblichen Marktpreis, so dass Kreditnehmer weder a priori durch extreme Gebühren übermäßig belastet werden, noch ist der Zins so niedrig, dass die Rückzahlungsmoral davon negativ betroffen wird⁸.

7 The Microcredit Summit 1997, <http://www.gdrc.org/icm/what-is-ms.html>.

8 Vgl. zahlreiche Initiativen, die mit subventionierten Zinssätzen Rückzahlungsquoten um 50 % aufweisen, Sütterlin 2007.

Bekannteste Pioniere im Bereich der Mikrofinanzierung waren etwa die 1976 von Mohamad Yunus gegründete Grameen Bank in Bangladesch, die sich heute über Geschäftsanteile der Mitglieder, über Regierungs- und Gebergelder finanziert oder die BancoSol in Bolivien. Heute bestehen weltweit deutlich mehr als 3.300 Mikrofinanzinstitutionen, die bereits mehr als 150 Millionen Kunden betreut haben (Daley-Harris 2009, 3). Dabei ist zu beachten, dass Microfinance zunächst lediglich einen Sammelbegriff für kleine Kredite mit kurzen Laufzeiten darstellt und die einzelnen Institutionen sich voneinander in ihrer Organisationsform unterscheiden können. Letztlich lässt sich die Bewegung in zwei Schulen trennen: In eine, die möglichst schnell die Selbstfinanzierung anstrebt, und eine andere, die Microfinance als Entwicklungsinstrument sieht, das vor allem an seiner Effektivität und Auswirkung auf die Zielgruppe gemessen werden sollte.

Zunächst positiv zu bewerten sind Mikrokredit-Programme im Rahmen der EZ, weil sie den von Krediten abgeschnittenen Teilen der Bevölkerung eine Möglichkeit zur Bewältigung existenzbedrohender Krisen und Selbstentfaltung durch das Wahrnehmen von Geschäftschancen eröffnet. Mikrofinanzierung wird daher als wirtschaftliches Entwicklungskonzept auch von außen politisch unterstützt, da es sowohl mehr Privatinitiative und weniger Staatsengagement fördert als auch den oft konträr dazu vorgetragenen Forderungen nach selbstbestimmter Entwicklung entspricht.

Dem stehen allerdings inzwischen auch weniger positive Erfahrungen gegenüber, wie beispielsweise die oft ausgeblendete Gefahr, in eine Schuldenfalle abzurutschen, wenn sich ein Geschäft nicht oder nur schleppend entwickelt. Zudem hat sich das Geschäft mit Mikrokrediten in einigen Teilen der Welt als so profitabel erwiesen, dass inzwischen eine Vielzahl daraus erwachsener Finanzinstitute um ihre Kunden buhlen, sogar mit Konsumkrediten, die absehbar nicht bedient werden können, da sie schlichtweg keine Investition in eine Erwerbsgrundlage darstellen⁹.

Inzwischen häufen sich Berichte über das Geschäft mit Mikrokrediten auf Kosten der Kreditnehmer aufgrund einer mangelnden Kreditwürdigkeitsprüfung. Mikrokredite werden zum Renditegeschäft für Banken und kurzfristigen Ausweg aus der Zahlungsnot für die Ärmsten – mit bislang unabsehbaren Folgen (Yamamoto 2010).

9 Vgl. Sütterlin 2007.

3 Die Entwicklungszusammenarbeit benötigt kulturell angepasste Finanzierungsmodelle

Die traditionell weit verbreiteten und stark genutzten rotierenden Sparfonds (ROSCAs), die auf dem Zusammenhalt der beteiligten Familien und Gemeinden beruhen, verdeutlichen die Bedeutung der Gemeinschaft als wichtige Ressource im Rahmen der EZ. Soziale Bindungen ermöglichen den Erwerb und den Einsatz von sozialem Kapital, das Kapitalsicherheiten von anonymen Banken ersetzt. Entsprechend den Betrachtungen der vorangegangenen Kapitel sind Familie und Gemeinde als Ansatzpunkt für langfristig nachhaltige Projekte der EZ zu sehen. Ihre Einbeziehung in EZ-Projekte sollte aber nicht erst dann relevant werden, wenn es um die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung der Projektergebnisse durch monetäre, materielle oder immaterielle Leistungen geht. Familien und Gemeinden sollten kontinuierlich in die Projektgestaltung eingebunden werden, sodass die generelle Akzeptanz des Projektes wächst und es in einen gemeinschaftlichen Kontext eingebunden wird. Die Aufgabe der Moderation kann während der Laufzeit eines Projektes dessen Leitungsgremium übernehmen, dem unbedingt auch lokale Mitarbeiter angehören sollten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass ein künstlich aufgestülptes Finanzsystem nur schwerlich Akzeptanz finden bzw. nicht verantwortungsvoll genutzt werden wird, wenn es den kulturellen Wurzeln entwachsenen Bedeutungskontexten nicht entspricht. Ökonomie und Kultur sind an dieser Stelle in einem sehr engen Verhältnis der gegenseitigen Beeinflussung zu sehen, die es auch bei einer EZ-Maßnahme zu berücksichtigen gilt. Es ist wichtig zu verstehen, wie der kulturelle Kontext geformt und gewachsen ist, welche Werte er enthält bzw. benötigt, damit ein System zur langfristigen (finanziellen) Sicherung von Projektergebnissen Erfolg hat. Dies erfordert eine hohe Sensibilität gegenüber den je nach Zielgruppe sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen, die bspw. durch die Einbeziehung spezialisierter, externer Projektbeobachter geschärft werden kann.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung alternativer Finanzierungssysteme hat sich gezeigt, dass auch Mikrokredit-Programme keine Universalantwort auf Unzulänglichkeiten im klassischen Finanzsystem darstellen¹⁰. Im Kontext der Armutsbekämpfung ist dieser Ansatz noch nicht hinreichend, da er

10 Dies verdeutlichen auch die vielfachen Berichte über die Entstehung eines Mikrokredit-Massenmarktes und die damit einhergehende weniger strenge Kreditwürdigkeitsprüfung bei der Kreditvergabe, die bereits zahlreiche Kreditnehmer in die sog. Zinsfalle getrieben hat. Vgl. Die Tageszeitung, 03.08.2010, S. 9; ebd. 04.08.2010, S. 4.

zu einseitig auf das augenscheinlichste Symptom von Armut, der „Geldarmut“, eingeht und dabei weitere, zu Beginn dieses Textes erörterte Hemmnisse für wirtschaftliche Integration unbeachtet lässt. Es ist hier zu berücksichtigen, dass der Zugang zu Geldmitteln zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für eine langfristig funktionierende Unternehmung bzw. ein Projekt darstellt. Weitaus wichtiger ist es, diese Systeme so zu gestalten, dass sie sich in den kulturellen Hintergrund ihrer Adressaten einzufügen und deren vielfältige Lebensbedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten berücksichtigen. Dieser kulturelle Bezug ist bei ökonomisch handelnden Institutionen nicht unmittelbar vorhanden. Es bedarf der Initiierung von Lernprozessen innerhalb der Institutionen wie auch innerhalb der betroffenen lokalen Bevölkerungen, um ökonomische Denkweisen mit kultursensiblen Handeln zu ermöglichen. Nicht nur gebietet dies der Grundgedanke einer *Entwicklungszusammenarbeit*, die das kulturelle Erbe und die Eigenständigkeit der zu beratenden Partner zu wahren und zu fördern verpflichtet ist. Sondern auch unter streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten dient ein solches Vorgehen dem langfristigen Erfolg und somit der Rentabilität der Entwicklungsmaßnahme. Die Einbeziehung soziokultureller Kriterien stellt für Mikrofinanzinstitutionen eine wichtige Bedingung dar, um ihr Abgleiten in die Prozesse der Bürokratisierung und Geschäftspraktiken formeller Finanzdienstleister zu verhindern.

Erforderlich sind nicht nur Ergänzungen hinsichtlich flexibler Finanzierungsmöglichkeiten zu langfristigen und nachhaltigen Nutzung der durch EZ-Projekte eingeführten Ressourcen. Planung und Durchführung von EZ-Projekten erkennen heute bereits die Notwendigkeit der Vermittlung von Verwaltungs- und Managementkenntnissen, z. B. im Bereich der Unternehmensführung, Finanzierungsmöglichkeiten, Verwaltung, Infrastrukturleistungen (Transportleistungen, Energie, Kommunikationsmitteln) und sollten dies stärker fördern. Darüber hinaus ist auch ein funktionierender Rechtsapparat zur Durchsetzung von Ansprüchen durch die Projektinitiatoren und Geldgeber unentbehrlich. Erst die Nutzbarkeit vieler wesentlicher Infrastrukturleistungen bildet die Basis für eine künftige wirtschaftliche Prosperität.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es vorrangig darum gehen muss, konkret vor Ort gemeinsam mit lokalen und regionalen Akteuren eine tragbare Finanzierungs- und Unterhaltslösung für Projekte bzw. Unternehmungen zu erarbeiten, die die gewachsenen soziokulturellen Gegebenheiten berücksichtigt. Als Ansatzpunkt sollte vor allem die Familie und Gemeinde in Be-

tracht gezogen werden, da in diesem Rahmen bereits ein hoher Vorrat an nötigen sozialen Ressourcen versammelt ist. Für die Institutionen der EZ bedeutet dies, dass die Ausgestaltung der Projekt(folge)finanzierung nicht losgelöst bereits im Vorfeld einer EZ-Maßnahme festgelegt, sondern Bestandteil eines Dialoges der beteiligten Projektpartner sein sollte.

Literatur

- Daley-Harris, Sam (2007): State of the Microcredit Summit Campaign Report 2007, Microcredit Summit Campaign Director, http://www.Microcreditsummit.org/pubs/reports/socr/2007/SOCR07_Eng.pdf.
- Daley-Harris, Sam (2009): State of the Microcredit Summit Campaign Report 2009, Microcredit Summit Campaign Director, http://www.microcreditsummit.org/uploads/socrs/SOCR2009_English.pdf.
- Lotz, Guido (2004): Work in Progress. Armut verstehen und Armut messen. Bezugsgrundlagen für eine armutsmindernde Berufsbildungszusammenarbeit, Hannover.
- Münkner, Hans-H. (2004): Kleinkredite als Alternative zum Großkapital, veröffentlichter Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung <Konflikte in Gegenwart und Zukunft>, Philipps-Universität Marburg.
- Nayak, Purusottam / Mishra, B. (2005): Limits of micro credit for rural development. A cursory look. <http://129.3.20.41/eps/get/papers/0509/0509021.doc>.
- Schmidt, Reinhard H./Zeitinger, Claus-Peter (1998): Critical Issues in Micro-business Finance.
- and the Role of Donors, in: Kimanyi/Wieland/Von Pischke, eds., Financial Services and the Poor, Avebury (UK) 1998.
- Sen, Amartya (2002): How does culture matter? Essay, Trinity College, Cambridge <http://www.cscs.res.in/dataarchive/textfiles/textfile.2009-08-24.9377468545/file>.
- Sütterlin, Sabine (2007): „Mein Wort zählt“. Mikrokredite: Kleines Kapital – große Wirkung. Brandes & Apsel, Frankfurt a. M.
- Yamamoto, Chikako (2010): Selbstmord einer großen Idee. DIE ZEIT, 23.11.2010, <http://www.zeit.de/2010/47/Mikrokredite-Indien?page=3>.

Fazit

Bei der Beantwortung der eingangs aufgeworfenen Frage nach den Herausforderungen für die bevorstehende Neuordnung der Entwicklungszusammenarbeit steht die stärkere Berücksichtigung kultureller Eigenständigkeit der Projektpartner im Mittelpunkt, damit die angestrebte partizipative Zusammenarbeit verwirklicht werden kann. Es müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich EZ-Projekte in ihrer Zielsetzung als auch in ihrer Vorgehensweise stärker an den sozialen und vor allem an den kulturellen Gegebenheiten vor Ort orientieren, wird Kultur als Nährboden für alle gesellschaftlichen Veränderungsprozesse verstanden. Erst durch das Erkennen und Einbinden der kulturellen (Wissens)ressourcen und Verhaltenskomponenten einer Gemeinschaft in Entwicklungsprojekten, kann die Chance zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit entstehen.

Dieser Ansatz wird seit Jahrzehnten in entwicklungspolitischen Kreisen diskutiert und hat in der Praxis bereits zunehmend an Bedeutung gewonnen. Allerdings bewirkt der bisherige Ablauf von EZ-Projekten (Zieldefinition – Projektdesign – Durchführung und schließlich Evaluation) weiterhin einen Grad der Zielfokussierung, der einen partizipativen Austauschprozess nur in den Grenzen des bereits vorgefertigten Projektrahmens ermöglicht. Zielorientierung ist dabei ohne Frage eine wünschenswerte Eigenschaft der Entwicklungszusammenarbeit. Sie ermöglicht es in einem partizipativen und gleichberechtigten Kontext, die Ziele einer gemeinsamen Entwicklungsarbeit zu bestimmen und ihre Prioritäten auszuhandeln. In einem solchen Kontext kommunikativer Zusammenarbeit können die Bedeutung von Zielen für den jeweiligen soziokulturellen Kontext genau festgelegt und Effizienzkriterien im Verhältnis zum Schutz der kulturellen Identitäten abgestimmt werden. Gleichzeitig sollte eine gewisse Flexibilität gewahrt bzw. geschaffen werden, um in der Entwicklungszusammenarbeit auch unter variierenden Bedingungen einerseits hohe Zeit/Kosten-Effizienz und andererseits kulturelle Identitätssicherung vereinbaren zu können.

Die deutsche EZ muss deshalb eine Möglichkeit finden, im entstehenden Spagat zwischen notwendiger Zielorientierung und angestrebter Zieloffenheit zu vermitteln. Dies erfordert auch eine grundlegende Diskussion, was Effizienz in Entwicklungsprojekten bedeutet.

Ein Lösungsansatz könnte darin bestehen, anstelle der bisher anerkannten und stark gewichteten quantitativen Ziele auch die Qualität des Prozesses eines EZ-Projektes in die Zieldefinition aufzunehmen bzw. verstärkt in Monitoring- und Evaluationsstudien zu berücksichtigen. Neben der Frage, wie viele Kilowatt an erneuerbarer Energieleistung installiert oder wie viele Haushaltsmitglieder an regenerative Stromquellen angeschlossen worden sind, sollte z. B. die Frage an Bedeutung gewinnen, ob es gelungen ist, einen partnerschaftlichen Dialog zwischen den Projektbeteiligten in Gang zu bringen, durch den die vielseitigen Vorstellungen in einem Projekt ihre Entsprechung gefunden haben. Oder ob lokales Wissen eingebracht werden konnte, ob in den Gemeinden erfolgreich ein Diskurs bzgl. Wartung, Finanzierung und Verwaltung dieser Energieerzeuger moderiert und Lösungen gefunden werden konnten. Die projektgestaltenden Instanzen der Entwicklungszusammenarbeit sollten sich von ihrer Fixierung auf planbare, feste Ziele lösen, da bereits die *Entwicklungszusammenarbeit*, wenn sie zu Recht als solche bezeichnet werden darf, einen erfolgreichen Ansatz in Entwicklungsprojekten darstellt. Dann nämlich erhalten Projektverantwortliche die Möglichkeit, auf projektgefährdende Signale wie z. B. Abwanderung oder erhöhte Frauenarbeit zu reagieren, statt an Planzahlen festhalten zu müssen. Dies wiederum erhöht nicht nur die langfristige Erfolgswahrscheinlichkeit des Projektes, sondern wird auch durch die Projektpartner vor Ort beobachtet und als angemessenes Vorgehen anerkannt. Bedenken wir, dass jeder Austauschprozess auch ein Lernprozess ist, kann hier ein erheblicher Mehrwert verbucht werden.

Es ist sicherlich fragwürdig, wenn Versorgung von Gemeinden mit Energie oder Wasser dazu führt, dass durch technisch und ökonomisch optimale Standortbestimmungen eine Vertiefung der sozialen Spaltung in den Gemeinden oder auch zwischen Gemeinden einer Region entsteht. So führt z. B. die Tendenz, Stromversorgungsmaste an den Straßen zu verlegen zur Begünstigung derjenigen, deren Wohnsitz an solchen Hauptstraßen liegt und in der Regel die Bessergestellten der Gemeinde sind – und sich so mit relativ geringen Kosten einen Stromanschluss leisten können. Die ärmere Bevölkerung, deren Wohnplätze abseitig der Straßen und damit der Stromversorgung liegen, können die die Kosten für einen Stromanschluss in der Regel nicht

oder nur unter sehr großen Mühen aufbringen. Nicht selten bilden sich so zusätzlich informelle Versorgungssysteme heraus, in denen auf der Basis klassischer Abhängigkeit armer von den reicheren Familien einer Gemeinde die Armen den Strom von den Reichen kaufen müssen, so wie dies in ostasiatischen Projekten beobachtet werden konnte. Im südwestafrikanischen Raum findet man Projekte, in denen dort, wo Leitungsstrom bereits vorhanden ist, bevorzugt Tiefbrunnen mit elektrischen Wasserpumpen gebaut wurden. Dörfer, die jenseits der ökonomisch optimierten Stromversorgungsstrassen lagen, wurden bei der Modernisierung der Wasserversorgung weniger berücksichtigt. So entstand zwischen Dörfern, die sich in Zeiten des Mangels solidarisch zueinander verhielten, nun ein Konkurrenzverhältnis, das zu einer Auflösung traditioneller Solidarsysteme führte. Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit kommt letztlich nur zu Stande, wenn die ökonomischen und technischen Werte durch kulturell bestimmte Stabilität und Dynamik, soziale Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung und soziale Gerechtigkeit ebenfalls im kulturellen Sinn der Betroffenen getragen werden.

Diese Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, die Zieldefinitionen und ihre Abarbeitung an die Realität der mikrokulturellen Bedingungen einer Projektregion anzupassen, bzw. sie, wenn dies im Verlauf eines Projektes z. B. durch soziokulturelles Monitoring erkannt wird, entsprechende Änderungen vorzunehmen. Eine solche Vorgehensweise ist allein schon deshalb in vielen Fällen nicht der Fall, da Projektziele auf zentraler Ebene regelrecht ausgehandelt werden – und damit häufig an den tatsächlichen Bedürfnissen der lokalen Zielgruppen vorbeigehen. Akteure der dezentralen Ebene, die aufgrund von Hierarchien im Partnerland oft nicht in Planungsprozesse einbezogen werden, haben letztlich nur noch die Wahl mitzuziehen oder ihre Kooperation zu verweigern. Ein weiterer Schritt hin zu einer zielgerichteten EZ wäre es somit, den lokalen bzw. dezentralen Akteuren eine stärkere Stimme zu verleihen.

Diese Überlegungen schließen notwendige Änderungen bzgl. der Organisationsform vieler EZ-Institutionen ein, deren bürokratische Strukturen zwar von der Absicht geleitet sind, einen geordneten Projektablauf sicherzustellen oder z. B. die Veruntreuung von Finanz- und Sachmitteln wirksam zu unterbinden. Die ihnen immanente Starrheit macht jedoch dieses beabsichtigte geordnete Vorgehen vor Ort eher zum erwünschten Verhalten als zur beobachtbaren Realität. Zu stark beschränken die Denkmechanismen westlicher Bürokratie die in anderen soziokulturellen Umwelten erforderliche Flexibilität.

Dies erschwert es, den Umsetzungsprozess eines Projektes gemeinsam mit den Partnern entsprechend der tatsächlichen lokalen Bedürfnisse zu gestalten bzw. auf unvorhergesehene Veränderungen reagieren zu können, da Ziele, Mittelverwendung und -abfluss etc. bereits vorgeschrieben sind. Den Herausforderungen der EZ kann somit nicht allein durch ein breiteres kulturelles Verständnis der EZ und durch entsprechende Vorgehensweisen entsprochen werden, sondern auch durch eine dafür besser geeignete schlanke, praxisnähere und anpassungsfähigere Organisationsform ihrer Institutionen.

Die Autorinnen und Autoren

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Dieter Brühl, geb. 1943, Professor (i. R.) für Familien-, Erziehungs- und Entwicklungssoziologie. Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Psychoanalyse in Saarbrücken und Giessen. Promotion (1978) und Habilitation (1988) in Oldenburg. Gastprofessuren an verschiedenen Universitäten in Brasilien als DAAD-Dozent. 1994–1997 Forschungstätigkeit an der Universität Kassel zum Thema „Soziale Folgen der Klimaveränderung in Entwicklungsländern“. Von 1988 an beratende Tätigkeit in der Entwicklungskooperation in Lateinamerika, Asien und Afrika mit den Schwerpunkten Förderung der interkulturellen Kooperation und Entwicklung, Einrichtung, Monitoring und Begutachtung von soziokulturellen Begleitsystemen in Programmen der technischen Zusammenarbeit. Seit 2004 Leiter der Forschungsgruppe IBSAE.

Kontakt: dbruehl@online.de

Dorothea Czarnecki, geb. 1982, Studium der Allgemeinen und Interkulturellen Pädagogik an der Universität Bamberg und Oldenburg. Derzeit Promotion an der Universität Oldenburg zum Thema Prävention sexueller Ausbeutung Minderjähriger in Guatemala sowie Tätigkeit als Sozialpädagogin im Kinderschutz-Zentrum Oldenburg. 2005–2009 Arbeits- und Forschungsaufenthalte in Costa Rica und Guatemala. Arbeitsschwerpunkte: sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Tourismus, Prävention sexueller Gewalt.

Kontakt: dorothea.czarnecki@gmail.com

Norris Haberland, geb. 1983, BWL-Studium mit jur. Schwerpunkt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Universidad Católica de Valparaíso, Chile. Beratertätigkeit für die GTZ im Bereich sozio-kulturelles Projektmonitoring in 2005. Dipl.-Kfm, seit 2008 Marketingleiter der Meyer Technik Unternehmensgruppe.

Kontakt: norris.haberland@gmx.de

Britta Malinski, geb. 1982, Studium der Erziehungswissenschaften und Interkulturellen Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. 2008 Gutachtertätigkeit für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Bereich Wirkungsmonitoring in Malawi, 2008/2009 Nachwuchsfachkraft für Planung, Monitoring, Evaluierung und Wissensmanagement des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Lesotho. Seit Mitte 2009 Beraterin im Programm zur Förderung der Qualität der Grundbildung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Honduras.

Kontakt: britta.malinski@gmx.de

Tanja Wilmink, geb. 1982, Studium der Interkulturellen Pädagogik an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg, Diplom Pädagogin. Zurzeit Nachwuchskraft für Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Südafrika. 2004–2010 Auslandserfahrung in Peru, Uganda und Südafrika.

Kontakt: tanja.wilmink@gmx.de

Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM)

- 1 Rolf Meinhardt (Hg.): Zur schulischen und außerschulischen Versorgung von Flüchtlingskindern, 1997, 218 S.
ISBN 3-8142-0597-9 € 7,70
- 2 Daniela Haas: Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene, 1997, (vergriffen; abzurufen im Internet unter: www.bis.uni-oldenburg.de/bisverlag/haafol97/haafol97.html)
- 3 Claudia Pingel: Flüchtlings- und Asylpolitik in den Niederlanden, 1998, 129 S.
ISBN 3-8142-0637-1 € 7,70
- 4 Catrin Gahn: Adäquate Anhörung im Asylverfahren für Flüchtlingsfrauen? Zur Qualifizierung der „Sonderbeauftragten für geschlechtsspezifische Verfolgung“ beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 1999, 165 S.
ISBN 3-8142-0680-0 € 7,70
- 5 Gabriele Ochse: Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 1999, 175 S.
ISBN 3-8142-0694-0 € 7,70
- 6 Susanne Lingnau: Erziehungseinstellungen von Aussiedlerinnen aus Russland. Ergebnisse einer regionalen empirischen Studie, 2000, 154 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 7,70
- 7 Leo Ensel: Deutschlandbilder in der GUS. Szenarische Erkundungen in Rußland, 2001, 254 S.
ISBN 3-8142-0776-9 € 10,20
- 8 Caren Ubben: Psychosoziale Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen, 2001, 298 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 11,80
- 9 Iris Gereke / Nadya Srur: Integrationskurse für Migrantinnen. Genese und Analyse eines staatlichen Förderprogramms, 2003, 268 S.
ISBN 3-8142-0860-9 € 13,00
- 10 Anwar Hadeed: Sehr gut ausgebildet und doch arbeitslos. Zur Lage höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen, 2004, 169 S.
ISBN 3-8142-0913-3 € 13,90
- 11 Yuliya Albayrak: Deutschland prüft Deutsch. Behördliche Maßnahmen zur Feststellung der Deutschbeherrschung von Zugewanderten, 2004, 224 S.
ISBN 3-8142-0919-2 € 12,00
- 12 Oliver Trisch: Globales Lernen. Chancen und Grenzen ausgewählter Konzepte, 2004, 145 S.
ISBN 3-8142-0938-9 € 7,70
- 13 Iris Gereke / Rolf Meinhardt / Wilm Renneberg: Sprachförderung in Kindertagesstätten und Grundschulen – ein integrierendes Fortbildungskonzept. Abschlussbericht des Pilotprojekts, 2005, 198 S.
ISBN 3-8142-0946-X € 12,00
- 14 Barbara Nusser: „Kebab und Folklore reichen nicht“. Interkulturelle Pädagogik und interreligiöse Ansätze der Theologie und Religionspädagogik im Umgang mit den Herausforderungen der pluriformen Einwanderungsgesellschaft, 2005, 122 S.
ISBN 3-8142-0940-0 € 8,00

- 15 Malve von Möllendorff: Kinder organisieren sich!? Über die Rolle erwachsener Koordinator(innen) in der südafrikanischen Kinderbewegung, 2005, 224 S.
ISBN 3-8142-0948-6 € 10,00
- 16 Wolfgang Nitsch: Nord-Süd-Kooperation in der Lehrerfortbildung in Südafrika. Bericht über einen von der Universität Oldenburg in Kooperation mit der Vista University in Port Elizabeth (Südafrika) veranstalteten Lehrerfortbildungskurs über Szenisches Spiel als Lernform im Unterricht (16. Januar bis 7. Februar 2003), 2005, 210 S.
ISBN 3-8142-0939-7 € 13,90
- 17 Nadya Srur, Rolf Meinhardt, Knut Tielking: Streetwork und Case Management in der Suchthilfe für Aussiedlerjugendliche, 2005, 235 S.
ISBN 3-8142-0950-8 € 13,90
- 18 Kerstin Tröschel: Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen in der vorschulischen Sprachförderung, 2005, 258 S.
ISBN 3-8142-0982-6 € 13,00
- 19 Seyed Ahmad Hosseinizadeh: Internationalisierung zwischen Bildungsauftrag und Wettbewerbsorientierung der Hochschule. Modelle und Praxis der studienbegleitenden Betreuung und Beratung ausländischer Studierender am Beispiel ausgewählter Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 2005, 373 S.
ISBN 3-8142-0978-8 € 19,00
- 20 Susanne Theilmann: Lernen, Lehren, Macht. Zu Möglichkeitsräumen in der pädagogischen Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, 2005, 155 S.
ISBN 3-8142-0983-4 € 9,00
- 21 Anwar Hadeed: Selbstorganisation im Einwanderungsland. Partizipationspotentiale von Migranten Selbstorganisationen in Niedersachsen, 2005, 266 S.
ISBN 3-8142-0985-0 € 13,90
- 22 Carolin Ködel: Al urs al abiad, Scheinehe, le mariage en papier: eine filmische Erzählung über illegale Migration und Möglichkeiten ihres Einsatzes im interkulturellen und antirassistischen Schulunterricht, 2005, 122 S.
ISBN 3-8142-0996-6 € 9,00
- 23 Sebastian Fischer: Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Eine kritische Diskussion von Erklärungsansätzen und Interventionsmustern in pädagogischen Handlungsfeldern, 2006, 190 S.
ISBN 3-8142-2011-X / 978-3-8142-2011-6 € 13,00
- 24 Maureen Guelich: Adoptionen aus dem nicht-europäischen Ausland. Eine Studie zur Selbstverortung erwachsener Migrantinnen und Migranten, 2006, 211 S.
ISBN 3-8142-2031-5 / 978-3-8142-2031-4 € 12,80
- 25 Steffen Brockmann: Diversität und Vielfalt im Vorschulbereich. Zu interkulturellen und antirassistischen Ansätzen, 2006, 136 S.
ISBN 3-8142-2036-6 / 978-3-8142-2036-9 € 7,80
- 26 Ira Lotta Thee: Englischunterricht in der Grundschule unter besonderer Berücksichtigung von Kindern mit Migrationshintergrund, 2006, 96 S.
ISBN 3-8142-2032-3 / 978-3-8142-2032-1 € 6,80
- 27 Heidi Gebbert: Ansätze internationaler Schülerbegegnungsprojekte und interkulturelles Lernen, 2007, 114 S.
ISBN 978-3-8142-2049-9 € 6,80
- 28 Angela Schmitman gen. Pothmann: Mathematik und sprachliche Kompetenz, 2007, 175 S.
ISBN 978-3-8142-2062-8 € 9,80

- 29 Inga Scheumann: Die Weiterbildung hochqualifizierter Einwanderer 2007, 212 S.
ISBN 978-3-8142-2064-2 € 12,80
- 30 Rolf Meinhardt: Hochschule und hochqualifizierte MigrantInnen – bildungspolitische Konzepte zur Integration in den Arbeitsmarkt. Internationale Tagung 01./ 02. Dezember 2005 in Oldenburg, 2006, 172 S.
ISBN 978-3-8142-2111-3 € 10,80
- 31 Wiebke Scharathow: Diskurs – Macht – Fremdheit, 2007, 259 S.
ISBN 978-3-8142-2094-9 € 12,80
- 32 Yvonne Holling: Alphabetisierung neu zugewanderter Jugendlicher im Sekundarbereich, 2007, 205 S.
ISBN 978-3-8142-2097-0 € 12,80
- 33 Silvia Kulisch: Equality and Discrimination, 2008, 177 S.
ISBN 978-3-8142-2119-9 € 9,80
- 34 Petra Norrenbrock: Defizite im deutschen Schulsystem für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, 2008, 87 S.
ISBN 978-3-8142-2129-8 € 7,20
- 35 Lena Dittmer: „Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit“, 2008, 177 S.
ISBN 978-3-8142-2120-5 € 11,80
- 36 Mirjam Tünschel: Erinnerungskulturen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Anforderungen an die Pädagogik, 2009, 92 S.
ISBN 978-3-8142-2152-6 € 7,20
- 37 Anja Steinbach: Welche Bildungschancen bietet das deutsche Bildungssystem für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund? 2009, 104 S.
ISBN 978-3-8142-2156-4 € 7,20
- 38 Nathalie Thomauske, Biographien mehrsprachiger Menschen am Beispiel Französisch-Deutscher Bilingualer, 2009, 129 S.
ISBN 978-3-8142-2121-2 € 8,80
- 39 Christine Kamphues, Zur Wirkungsmacht der sozialen Konstruktionen von Geschlecht und Ethnizität, Am Beispiel von Haushaltsarbeit leistenden illegalisierten Frauen in Deutschland, 2009, 132 S.
ISBN 978-3-8142-2148-9 € 8,80
- 40 Imke Robbe: Interkulturelle Elternarbeit in der Grundschule. Die Zusammenarbeit von Schule und Eltern mit Migrationshintergrund unter besonderer Berücksichtigung der Sprachförderung, 2009, 97 S.
ISBN 978-3-8142-2149-6 € 7,80
- 41 Hugues Blaise Feret Muanza Pokos: Schwarzsein im „Deutschsein“? Zur Vorstellung vom Monovolk in bundesdeutschen Geschichtsschulbüchern am Beispiel der Darstellung von Menschen mit Schwarzer Hautfarbe, 2009, 211 S.
ISBN 978-3-8142-2150-2 € 11,80
- 42 Rolf Meinhardt / Birgit Zittlau, unter Mitarbeit von Mailin Heidl, Esther Prosche, Johanna Stutz und Astrid Zima: BildungsinländerInnen an deutschen Hochschulen am Beispiel der Universität Oldenburg. Eine empirische Studie zu den erfolgshemmenden Faktoren im Studienverlauf und Empfehlungen zur Verbesserung der Studienleistungen durch HochschullotsInnen, 2009, 177 S.
ISBN 978-3-8142-2151-9 € 10,80

- 43 Manuel Peters: Zur sozialen Praxis der (Nicht-) Zugehörigkeiten. Die Bedeutung zentraler Theorien von Bourdieu und Goffman für einen Blick auf Migration, Zugehörigkeit und Interkulturelle Pädagogik, 2009, 104 S.
ISBN 978-3-8142-2157-1 € 7,80
- 44 Bettina Schmidt: Den Anti-Bias-Ansatz zur Diskussion stellen. Beitrag zur Klärung theoretischer Grundlagen in der Anti-Bias-Arbeit, 2009, 288 S.
ISBN 978-3-8142-2158-8 € 13,80
- 45 Jennifer Gronau: Auf blinde Flecken zeigen. Eine Diskursanalyse soldatischer Gedenkpraktiken und Möglichkeiten des Widerspruchs am Beispiel der Gebirgsjäger in Mittenwald, 2009, 175 S.
ISBN 978-3-8142-2161-8 € 12,80
- 46 Olga Teufel: Sport und soziale Heterogenität. Orientierung für die Kinder- und Jugendarbeit in Sportvereinen und Sportverbänden, 2009, 110 S.
ISBN 978-3-8142-2180-9 € 10,80
- 47 Rolf Meinhardt / Julia Klausing: Hochschullotsen an der Universität Oldenburg. Evaluierung eines Pilotprojektes, 2009, 107 S.
ISBN 978-3-8142-2166-3 € 12,80
- 48 Andrea Hertlein: Repräsentation und Konstruktion des Fremden in Bildern. Reflexionsgrundlagen Interkultureller Pädagogik, 2010, 195 S.
ISBN 978-3-8142-2186-1 € 16,80
- 49 Katharina Bräuß: Mit Rechten am rechten Ort? Reflexionen und Ergebnisse zur pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, 2010, 229 S.
ISBN 978-3-8142-2159-5 € 13,80
- 50 Jürgen Krause: Das DDR-Namibia-Solidaritätsprojekt „Schule der Freundschaft“. Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Erziehung. 2009, 538 S.
ISBN 978-3-8142-2176-2 € 22,80
- 51 Inger Petersen: Mit Sprachenvielfalt in die Zukunft. Gelingende Sprachförderung zweisprachiger Kinder und Jugendlicher. 2010, 98 S.
ISBN 978-3-8142-2191-5 € 12,80
- 52 Khairoonisa Foflonker: The Integration of Adolescents of Immigrant Origin into the German Education System. Investigating Everyday Racism and Xenophobia: A case study of an integrated public secondary school in Germany. 2010, 146 S
ISBN 978-3-8142-2190-8 € 13,80
- 53 Norah Barongo-Muweke: Gender, Ethnicity, Class and Family Structure in International Labor Migration. The Case of African Woman in Germany and England. 2010, 484 S.
ISBN 978-3-8142-2162-5 in Druck
- 54 Friederike Piderit: Stufenübergreifende Förderung von Deutsch als Zweitsprache. Konzeptionelle Überlegungen und Erfahrungen aus der Praxis, 2010, 113 S.
ISBN 978-3-8142-2206-6 € 12,80
- 55 Britta Behrens: Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen, Überblick – Strategie – Praxis, 2011, 138 S.
ISBN 978-3-8142-2173-1 € 12,80
- 56 Ahmad Baban: Sozialpädagogische Familienhilfe für Familien aus islamischen Kulturkreisen. Erfahrungen, Sichtweisen und Beobachtungen von und zu betroffenen Familien, 2010, 305 S.
ISBN 978-3-8142-2229-5 € 16,80